

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Übereinkommen vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt
und zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Protokoll vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandsockel befinden**

A. Problem und Ziel

Die vorliegenden Protokolle von 2005 vom 14. Oktober 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (SUA-Änderungsprotokoll) und zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (Plattform-Änderungsprotokoll), sollen dazu beitragen, die Wirksamkeit des am 10. März 1988 in Rom beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (Übereinkommen) und des Protokolls vom gleichen Tag zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (Protokoll von 1988) (BGBl. 1990 II S. 494, 496, 508; 1992 II S. 526, 1061), zu verbessern. Insbesondere dienen sie dazu, widerrechtliche Handlungen gegen Seefahrzeuge oder mithilfe von Seefahrzeugen auf Hoher See wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Proliferation von Massenvernichtungswaffen auf dem Seewege effektiver zu verhindern.

Fristablauf: 12. 06. 15

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz soll der Beitritt zu dem SUA-Änderungsprotokoll und dem Plattform-Änderungsprotokoll, die beide international bereits in Kraft getreten sind, ermöglicht werden. Für die Ratifikation bedarf es nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung in Form eines Bundesgesetzes, weil die Protokolle einen völkerrechtlichen Vertrag ändern und ergänzen, der sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Kein Erfüllungsaufwand.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Kein Erfüllungsaufwand.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Bund

Der Bundeshaushalt wird durch diesen Gesetzentwurf mittelbar mit geringfügigen Kosten belastet.

Ein dadurch entstehender etwaiger Mehraufwand beim Bundesamt für Justiz und dem Bundeskriminalamt wird auf der Grundlage der Rechtsvorschriften, die im Rahmen der Umsetzung dieser Protokolle erlassen werden, berücksichtigt. Der Mehraufwand wird finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

Länder und Kommunen

Kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten fallen nicht an. Auswirkungen auf die Einzelpreise, das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

01. 05. 15

Vk – In – R

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Übereinkommen vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt
und zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Protokoll vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandsockel befinden

Bundesrepublik Deutschland
Die Bundeskanzlerin

Berlin, den 1. Mai 2015

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005 zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Dr. Angela Merkel

Entwurf**Gesetz
zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Übereinkommen vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt
und zu dem Protokoll vom 14. Oktober 2005
zum Protokoll vom 10. März 1988
zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandsockel befinden****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den Beitritten der Bundesrepublik Deutschland zu dem am 14. Oktober 2005 in London angenommenen Protokoll von 2005 zum Übereinkommen vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (BGBl. 1990 II S. 494, 496) sowie zu dem am 14. Oktober 2005 in London angenommenen Protokoll von 2005 zum Protokoll vom 10. März 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (BGBl. 1990 II S. 494, 508), wird zugestimmt. Die Protokolle werden nachstehend mit je einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt nach seinem Artikel 18 Absatz 2 und das Protokoll von 2005 zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, nach seinem Artikel 9 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Protokolle ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, weil sie sich, soweit sie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union fallen, auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt nach seinem Artikel 18 Absatz 2 und das Protokoll von 2005 zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, nach seinem Artikel 9 Absatz 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Der Bundeshaushalt wird durch dieses Vertragsgesetz grundsätzlich nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Die Erweiterung der Straftatbestände durch die Änderungsprotokolle ist schon jetzt durch das deutsche Strafrecht abgedeckt.

Die Bundesverwaltung wird grundsätzlich mit geringfügigen Kosten belastet, weil nach dem Inkrafttreten der Protokolle für die Bundesrepublik Deutschland der Eingang entsprechender ausländischer Rechtshilfeersuchen möglich ist.

Ein dadurch entstehender etwaiger Mehraufwand beim Bundesamt für Justiz und dem Bundeskriminalamt wird auf der Grundlage der Rechtsvorschriften, die im Rahmen der Umsetzung dieser Protokolle erlassen werden, berücksichtigt. Der Mehraufwand soll finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden.

Für die Länder und Kommunen entstehen keine Mehrausgaben.

Der Wirtschaft und insbesondere den mittelständischen Unternehmen entstehen durch dieses Gesetz keine zusätzlichen Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise, das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Unmittelbar durch dieses Gesetz entsteht kein Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Verwaltung.

Das Gesetz enthält keine gleichstellungsrelevanten Aspekte. Spezifische Auswirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern sind nicht zu erwarten, weil das Gesetz ausschließlich sachbezogene Regelungen enthält.

Das Gesetz ist zudem mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

Das Gesetz trägt ferner zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Die Managementregeln und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Vorliegend ist der Nachhaltigkeitsindikator 15 „Kriminalität“ betroffen. Mit der Umsetzung der Änderungsprotokolle wird eine Verbesserung der Bekämpfung der internationalen Kriminalität auf Hoher See angestrebt. Damit besteht ein Bezug zum Anliegen der Strategie, die persönliche Sicherheit weiter zu erhöhen.

Protokoll von 2005
zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt

Protocol of 2005
to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts
against the Safety of Maritime Navigation

Protocole de 2005
relatif à la Convention pour la répression d'actes illicites
contre la sécurité de la navigation Maritime

(Übersetzung)

Preamble**Préambule****Präambel**

The States Parties to this Protocol,

Les États Parties au présent Protocole,

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

Being Parties to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation done at Rome on 10 March 1988,

Étant parties à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime, conclue à Rome le 10 mars 1988,

als Vertragsparteien des am 10. März 1988 in Rom beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt,

Acknowledging that terrorist acts threaten international peace and security,

Reconnaissant que les actes terroristes constituent une menace pour la paix et la sécurité internationales,

in der Erkenntnis, dass terroristische Handlungen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen,

Mindful of resolution A.924(22) of the Assembly of the International Maritime Organization requesting the revision of existing international legal and technical measures and the consideration of new measures in order to prevent and suppress terrorism against ships and to improve security aboard and ashore, and thereby to reduce the risk to passengers, crews and port personnel on board ships and in port areas and to vessels and their cargoes,

Ayant à l'esprit la résolution A.924(22) de l'Assemblée de l'Organisation maritime internationale qui demande de réviser les mesures techniques et juridiques internationales existantes et d'envisager de nouvelles mesures permettant de prévenir et réprimer le terrorisme à l'encontre des navires et d'améliorer la sûreté à bord et à terre, de façon à réduire les risques pour les passagers, les équipages et le personnel portuaire, à bord des navires et dans les zones portuaires, ainsi que pour les navires et leurs cargaisons,

eingedenk der Resolution A.924(22) der Versammlung der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation, in der die Revision vorhandener internationaler rechtlicher und technischer Maßnahmen und die Erwägung neuer Maßnahmen gefordert wird, um Terrorismus gegen Schiffe zu verhüten und zu bekämpfen und die Sicherheit an Bord und an Land zu verbessern und dadurch die Gefahr für Fahrgäste, Besatzungen und Hafenpersonal an Bord von Schiffen und in Hafenbereichen sowie für Wasserfahrzeuge und deren Ladungen zu verringern,

Conscious of the Declaration on Measures to Eliminate International Terrorism, annexed to United Nations General Assembly resolution 49/60 of 9 December 1994, in which, *inter alia*, the States Members of the United Nations solemnly reaffirm their unequivocal condemnation of all acts, methods and practices of terrorism as criminal and unjustifiable, wherever and by whomever committed, including those which jeopardize the friendly relations among States and peoples and threaten the territorial integrity and security of States,

Conscients de la Déclaration sur les mesures visant à éliminer le terrorisme international, annexée à la résolution 49/60 de l'Assemblée générale des Nations Unies du 9 décembre 1994, dans laquelle, entre autres dispositions, les États Membres de l'Organisation des Nations Unies réaffirment solennellement leur condamnation catégorique, comme criminels et injustifiables, de tous les actes, méthodes et pratiques terroristes, où qu'ils se produisent et quels qu'en soient les auteurs, notamment ceux qui compromettent les relations amicales entre les États et les peuples et menacent l'intégrité territoriale et la sécurité des États,

im Bewusstsein der Erklärung über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus, die der Resolution 49/60 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1994 als Anlage beigefügt ist und in der die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unter anderem erneut feierlich erklären, dass sie alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken, einschließlich derjenigen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern gefährden und die territoriale Unversehrtheit und die Sicherheit der Staaten bedrohen, gleich wo und von wem sie begangen werden, unmissverständlich als verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen verurteilen,

Noting United Nations General Assembly resolution 51/210 of 17 December 1996 and the Declaration to Supplement the 1994

Prenant note de la résolution 51/210 de l'Assemblée générale des Nations Unies du 17 décembre 1996 et de la Déclaration

im Hinblick auf die Resolution 51/210 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 17. Dezember 1996 und die

Declaration on Measures to Eliminate International Terrorism annexed thereto,

Recalling resolutions 1368 (2001) and 1373 (2001) of the United Nations Security Council, which reflect international will to combat terrorism in all its forms and manifestations, and which assigned tasks and responsibilities to States, and taking into account the continued threat from terrorist attacks,

Recalling also resolution 1540 (2004) of the United Nations Security Council, which recognizes the urgent need for all States to take additional effective measures to prevent the proliferation of nuclear, chemical or biological weapons and their means of delivery,

Recalling further the Convention on Offences and Certain Other Acts Committed on Board Aircraft, done at Tokyo on 14 September 1963; the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, done at The Hague on 16 December 1970; the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, done at Montreal on 23 September 1971; the Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents, adopted by the General Assembly of the United Nations on 14 December 1973; the International Convention against the Taking of Hostages, adopted by the General Assembly of the United Nations on 17 December 1979; the Convention on the Physical Protection of Nuclear Material, done at Vienna on 26 October 1979 and amendments thereto adopted on 8 July 2005; the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, done at Montreal on 24 February 1988; the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, done at Rome on 10 March 1988; the Convention on the Marking of Plastic Explosives for the Purpose of Detection, done at Montreal on 1 March 1991; the International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings, adopted by the General Assembly of the United Nations on 15 December 1997; the International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism, adopted by the General Assembly of the United Nations on 9 December 1999, and the International Convention for the Suppression of Acts of Nuclear Terrorism adopted by the General Assembly of the United Nations on 13 April 2005,

complétant la Déclaration de 1994 sur les mesures visant à éliminer le terrorisme international qui y est annexée,

Rappelant les résolutions 1368 (2001) et 1373 (2001) du Conseil de sécurité des Nations Unies, qui expriment la volonté de la communauté internationale de combattre le terrorisme sous toutes ses formes et dans toutes ses manifestations et qui confient des tâches et des responsabilités aux États à cette fin, et compte tenu des menaces que les attentats terroristes continuent de faire peser,

Rappelant aussi la résolution 1540 (2004) du Conseil de sécurité des Nations Unies qui reconnaît qu'il est nécessaire que tous les États prennent d'urgence des mesures effectives supplémentaires pour empêcher la prolifération des armes nucléaires, chimiques et biologiques et de leurs vecteurs,

Rappelant en outre la Convention relative aux infractions et à certains autres actes survenant à bord des aéronefs, conclue à Tokyo le 14 septembre 1963; la Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, conclue à La Haye le 16 décembre 1970; la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, conclue à Montréal le 23 septembre 1971; la Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 14 décembre 1973; la Convention internationale contre la prise d'otages, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 17 décembre 1979; la Convention sur la protection physique des matières nucléaires, conclue à Vienne le 26 octobre 1979, ainsi que les amendements y relatifs, adoptés le 8 juillet 2005; le Protocole pour la répression des actes illicites de violence dans les aéroports servant à l'aviation civile internationale, conclu à Montréal le 24 février 1988, en complément de la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile; le Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental, conclu à Rome le 10 mars 1988; la Convention sur le marquage des explosifs plastiques et en feuilles aux fins de détection, conclue à Montréal le 1^{er} mars 1991; la Convention internationale pour la répression des attentats terroristes à l'explosif, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 15 décembre 1997; la Convention internationale pour la répression du financement du terrorisme, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 9 décembre 1999, et la Convention internationale pour la répression des actes de terrorisme nucléaire, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 13 avril 2005,

Erklärung zur Ergänzung der Erklärung von 1994 über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus, die dieser als Anlage beigelegt ist,

eingedenk der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in denen der internationale Wille zur Bekämpfung des Terrorismus aller Arten und Erscheinungsformen zum Ausdruck kommt und den Staaten Aufgaben und Verantwortlichkeiten zugewiesen wurden, sowie unter Berücksichtigung der anhaltenden Bedrohung durch terroristische Anschläge,

eingedenk ferner der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, in der die dringende Notwendigkeit für alle Staaten anerkannt wird, zusätzliche wirksame Maßnahmen zu treffen, um die Verbreitung von Kernwaffen, chemischen oder biologischen Waffen sowie ihren Trägersystemen zu verhindern,

sowie eingedenk des am 14. September 1963 in Tokyo beschlossenen Abkommens über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen, des am 16. Dezember 1970 in Den Haag beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, des am 23. September 1971 in Montreal beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, des am 14. Dezember 1973 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Übereinkommens über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten, des am 17. Dezember 1979 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme, des am 26. Oktober 1979 in Wien beschlossenen Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial sowie seiner am 8. Juli 2005 beschlossenen Änderungen, des am 24. Februar 1988 in Montreal beschlossenen Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, des am 10. März 1988 in Rom beschlossenen Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, des am 1. März 1991 in Montreal beschlossenen Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens, des am 15. Dezember 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, des am 9. Dezember 1999 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung

Bearing in mind the importance of the United Nations Convention on the Law of the Sea done at Montego Bay, on 10 December 1982, and of the customary international law of the sea,

Considering resolution 59/46 of the United Nations General Assembly, which reaffirmed that international co-operation as well as actions by States to combat terrorism should be conducted in conformity with the principles of the Charter of the United Nations, international law and relevant international conventions, and resolution 59/24 of the United Nations General Assembly, which urged States to become parties to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation and its Protocol, invited States to participate in the review of those instruments by the Legal Committee of the International Maritime Organization to strengthen the means of combating such unlawful acts, including terrorist acts, and also urged States to take appropriate measures to ensure the effective implementation of those instruments, in particular through the adoption of legislation, where appropriate, aimed at ensuring that there is a proper framework for responses to incidents of armed robbery and terrorist acts at sea,

Considering also the importance of the amendments to the International Convention for the Safety of Life at Sea, 1974, and of the International Ship and Port Facility Security (ISPS) Code, both adopted by the 2002 Conference of Contracting Governments to that Convention, in establishing an appropriate international technical framework involving co-operation between Governments, Government agencies, national and local administrations and the shipping and port industries to detect security threats and take preventative measures against security incidents affecting ships or port facilities used in international trade,

Considering further resolution 58/187 of the United Nations General Assembly, which reaffirmed that States must ensure that any measure taken to combat terrorism

Tenant compte de l'importance de la Convention des Nations Unies sur le droit de la mer, conclue à Montego Bay le 10 décembre 1982, et du droit international coutumier de la mer,

Notant la résolution 59/46 de l'Assemblée générale des Nations Unies, qui réaffirme que la coopération internationale, ainsi que les mesures prises par les États pour lutter contre le terrorisme, devraient être appliquées dans le respect des principes consacrés par la Charte des Nations Unies, des principes du droit international et des conventions internationales pertinentes, ainsi que la résolution 59/24 de l'Assemblée générale des Nations Unies, qui engage vivement les États à devenir parties à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime et à son protocole, les invite à participer à l'examen de ces instruments par le Comité juridique de l'Organisation maritime internationale afin de renforcer les moyens de lutter contre ces actes illicites, y compris les actes terroristes, et les engage de même vivement à prendre les mesures voulues pour assurer l'application effective de ces instruments, en particulier en adoptant, s'il y a lieu, des dispositions législatives pour faire en sorte de disposer d'un cadre d'intervention approprié face aux vols à main armée et aux actes terroristes commis en mer,

Notant également l'importance des amendements à la Convention internationale de 1974 pour la sauvegarde de la vie humaine en mer et du Code international pour la sûreté des navires et des installations portuaires (Code ISPS), qui ont été adoptés en 2002 par la Conférence des Gouvernements contractants à ladite convention en vue de mettre en place un cadre technique international approprié faisant appel à la coopération entre les gouvernements, les organismes publics, les administrations nationales et locales et les secteurs maritime et portuaire pour détecter les menaces contre la sûreté et prendre des mesures de sauvegarde contre les incidents de sûreté qui menacent les navires ou les installations portuaires utilisés dans le commerce international,

Notant en outre la résolution 58/187 de l'Assemblée générale des Nations Unies, qui réaffirme que les États doivent faire en sorte que toute mesure prise pour

der Finanzierung des Terrorismus und des am 13. April 2005 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen beschlossenen Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen,

im Bewusstsein der Bedeutung des am 10. Dezember 1982 in Montego Bay beschlossenen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des völkerrechtlichen Seegewohnheitsrechts,

im Hinblick auf die Resolution 59/46 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der bekräftigt wurde, dass die internationale Zusammenarbeit sowie die Maßnahmen der Staaten zur Bekämpfung des Terrorismus in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, dem Völkerrecht und den einschlägigen internationalen Übereinkünften stehen sollen, sowie im Hinblick auf die Resolution 59/24 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der die Staaten nachdrücklich aufgefordert wurden, Vertragsparteien des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und seines Protokolls zu werden; die Staaten gebeten wurden, sich an der Überprüfung dieser Übereinkünfte durch den Rechtsausschuss der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation zu beteiligen, um die Mittel zur Bekämpfung dieser widerrechtlichen Handlungen, einschließlich terroristischer Handlungen, zu stärken, und die Staaten ferner nachdrücklich aufgefordert wurden, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die wirksame Durchführung dieser Übereinkünfte zu gewährleisten, gegebenenfalls insbesondere durch die Annahme von Rechtsvorschriften, deren Ziel es ist, sicherzustellen, dass ein geeigneter Rahmen für Reaktionen auf Ereignisse bewaffneten Raubes und terroristischer Handlungen auf See vorhanden ist,

ferner im Hinblick auf die Bedeutung der Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Internationalen Codes für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ISPS-Code), die beide auf der 2002 abgehaltenen Konferenz der Vertragsregierungen jenes Übereinkommens beschlossen wurden, für die Schaffung eines geeigneten internationalen technischen Rahmens für die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, staatlichen Stellen, nationalen und örtlichen Verwaltungen einerseits und der Schifffahrt und der Hafengewirtschaft andererseits bei der Aufdeckung von Sicherheitsrisiken und bei der Einleitung von Vorsorgemaßnahmen gegen sicherheitsrelevante Ereignisse, die im internationalen Handel eingesetzte Schiffe oder Hafenanlagen beeinträchtigen,

ferner im Hinblick auf die Resolution 58/187 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der bekräftigt wurde, dass die Staaten dafür sorgen müssen,

complies with their obligations under international law, in particular international human rights, refugee and humanitarian law,

Believing that it is necessary to adopt provisions supplementary to those of the Convention, to suppress additional terrorist acts of violence against the safety and security of international maritime navigation and to improve its effectiveness,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Protocol:

- 1 "Convention" means the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, done at Rome on 10 March 1988.
- 2 "Organization" means the International Maritime Organization (IMO).
- 3 "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

Article 2

Article 1 of the Convention is amended to read as follows:

Article 1

1 For the purposes of this Convention:

- (a) "ship" means a vessel of any type whatsoever not permanently attached to the sea-bed, including dynamically supported craft, submersibles, or any other floating craft.
- (b) "transport" means to initiate, arrange or exercise effective control, including decision-making authority, over the movement of a person or item.
- (c) "serious injury or damage" means:
 - (i) serious bodily injury; or
 - (ii) extensive destruction of a place of public use, State or government facility, infrastructure facility, or public transportation system, resulting in major economic loss; or
 - (iii) substantial damage to the environment, including air, soil, water, fauna, or flora.
- (d) "BCN weapon" means:
 - (i) "biological weapons", which are:
 - (1) microbial or other biological agents, or toxins whatever their origin or method of production,

combattre le terrorisme respecte les obligations qui leur incombent en vertu du droit international, en particulier des instruments internationaux relatifs aux droits de l'homme et aux réfugiés, ainsi qu'au droit humanitaire,

Estimant qu'il est nécessaire d'adopter des dispositions en complément de celles de la Convention, en vue de réprimer de nouveaux actes de violence à caractère terroriste contre la sûreté et la sécurité de la navigation maritime internationale et de renforcer l'effet utile de la Convention,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Aux fins du présent Protocole:

- 1 «Convention» s'entend de la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime, conclue à Rome le 10 mars 1988.
- 2 «Organisation» s'entend de l'Organisation maritime internationale (OMI).
- 3 «Secrétaire général» s'entend du Secrétaire général de l'Organisation.

Article 2

1 Modifier l'article premier de la Convention comme suit:

Article premier

1 Aux fins de la présente Convention:

- a) «Navire» s'entend d'un bâtiment de mer de quelque type que ce soit, qui n'est pas attaché en permanence au fond de la mer, y compris les engins à portance dynamique, les engins submersibles ou tout autre engin flottant.
- b) On entend par «transporter» engager, organiser le mouvement d'une personne ou d'un produit ou exercer un contrôle effectif, y compris un pouvoir décisionnel, sur ce mouvement.
- c) «Dommages corporels ou matériels graves» s'entend des:
 - i) dommages corporels graves; ou
 - ii) destructions massives d'un lieu public, d'une installation gouvernementale ou publique, d'une infrastructure ou d'un système de transport public entraînant des pertes économiques considérables; ou
 - iii) dommages substantiels à l'environnement, notamment l'air, le sol, les eaux, la faune ou la flore.
- d) «Armes BCN» s'entend:
 - i) des «armes biologiques» qui sont:
 - 1) des agents microbiologiques ou autres agents biologiques, ainsi que des toxines quels qu'en

dass jede zur Bekämpfung des Terrorismus getroffene Maßnahme mit ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechten, dem internationalen Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht, vereinbar ist,

in der Überzeugung, dass es notwendig ist, Bestimmungen zur Ergänzung des Übereinkommens zu beschließen, um weitere terroristische gewalttätige Handlungen gegen die Sicherheit der internationalen Seeschifffahrt zu bekämpfen und die Wirksamkeit des Übereinkommens zu verbessern –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Übereinkommen“ das am 10. März 1988 in Rom beschlossene Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt;
2. bedeutet „Organisation“ die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO);
3. bedeutet „Generalsekretär“ den Generalsekretär der Organisation.

Artikel 2

Artikel 1 des Übereinkommens erhält folgenden Wortlaut:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) bedeutet „Schiff“ ein nicht dauerhaft am Meeresboden befestigtes Wasserfahrzeug jeder Art, einschließlich Fahrzeuge mit dynamischem Auftrieb, Unterwassergerät und anderes schwimmendes Gerät;
- b) bedeutet „Beförderung“ die Verbringung einer Person oder eines Gegenstands einzuleiten, zu organisieren oder die wirksame Kontrolle, einschließlich der Entscheidungsbefugnis, über die Verbringung auszuüben;
- c) bedeutet „Schwere Verletzungen oder Schäden“
 - i) schwere Körperverletzung oder
 - ii) weitgehende Zerstörung eines öffentlichen Ortes, einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einer Versorgungseinrichtung oder des öffentlichen Verkehrssystems, die zu erheblichem wirtschaftlichen Schaden führt, oder
 - iii) große Schäden an der Umwelt, einschließlich Luft, Erde, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt;
- d) bedeutet „biologische, chemische oder Kernwaffen“
 - i) „biologische Waffen“, nämlich
 1. mikrobiologische oder andere biologische Agenzien oder – ungeachtet ihres Ursprungs

- | | | |
|---|--|---|
| <p>of types and in quantities that have no justification for prophylactic, protective or other peaceful purposes; or</p> | <p>soient l'origine ou le mode de production, de types et en quantités qui ne sont pas destinés à des fins prophylactiques, de protection ou à d'autres fins pacifiques; ou</p> | <p>oder ihrer Herstellungsmethode – Toxine von Arten und in Mengen, die nicht durch Vorbeugungs-, Schutz- oder sonstige friedliche Zwecke gerechtfertigt sind, oder</p> |
| <p>(2) weapons, equipment or means of delivery designed to use such agents or toxins for hostile purposes or in armed conflict.</p> | <p>2) des armes, de l'équipement ou des vecteurs destinés à l'emploi de tels agents ou toxines à des fins hostiles ou dans des conflits armés;</p> | <p>2. Waffen, Ausrüstungen oder Trägersysteme, die für die Verwendung solcher Agenzien oder Toxine für feindselige Zwecke oder in einem bewaffneten Konflikt bestimmt sind;</p> |
| <p>(ii) "chemical weapons", which are, together or separately:</p> | <p>ii) des «armes chimiques» qui sont, pris ensemble ou séparément:</p> | <p>ii) „chemische Waffen“, die zusammen oder für sich allein</p> |
| <p>(1) toxic chemicals and their precursors, except where intended for:</p> | <p>1) des produits chimiques toxiques et leurs précurseurs, à l'exception de ceux qui sont destinés à:</p> | <p>1. toxische Chemikalien und ihre Vorprodukte sind, mit Ausnahme derjenigen, die für folgende Zwecke bestimmt sind:</p> |
| <p>(A) industrial, agricultural, research, medical, pharmaceutical or other peaceful purposes; or</p> | <p>A) des fins industrielles, agricoles, de recherche, des fins médicales, pharmaceutiques ou d'autres fins pacifiques; ou</p> | <p>A) industrielle, landwirtschaftliche, forschungsbezogene, medizinische, pharmazeutische oder sonstige friedliche Zwecke oder</p> |
| <p>(B) protective purposes, namely those purposes directly related to protection against toxic chemicals and to protection against chemical weapons; or</p> | <p>B) des fins de protection, à savoir les fins ayant un rapport direct avec la protection contre les produits chimiques toxiques et la protection contre les armes chimiques; ou</p> | <p>B) Schutzzwecke, das heißt solche Zwecke, die mit dem Schutz gegen toxische Chemikalien und dem Schutz gegen chemische Waffen unmittelbar im Zusammenhang stehen, oder</p> |
| <p>(C) military purposes not connected with the use of chemical weapons and not dependent on the use of the toxic properties of chemicals as a method of warfare; or</p> | <p>C) des fins militaires sans rapport avec l'emploi d'armes chimiques et qui ne sont pas tributaires de l'emploi, en tant que moyen de guerre, des propriétés toxiques de produits chimiques; ou</p> | <p>C) militärische Zwecke, die nicht mit dem Einsatz chemischer Waffen zusammenhängen und die nicht von den toxischen Eigenschaften der Chemikalien als Mittel der Kriegführung abhängen, oder</p> |
| <p>(D) law enforcement including domestic riot control purposes,</p> | <p>D) des fins de maintien de l'ordre public, y compris de lutte antiémeute sur le plan intérieur,</p> | <p>D) Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, einschließlich der innerstaatlichen Bekämpfung von Unruhen,</p> |
| <p>as long as the types and quantities are consistent with such purposes;</p> | <p>aussi longtemps que les types et quantités en jeu sont compatibles avec de telles fins;</p> | <p>solange diese nach Art und Menge mit solchen Zwecken vereinbar sind;</p> |
| <p>(2) munitions and devices specifically designed to cause death or other harm through the toxic properties of those toxic chemicals specified in subparagraph (ii)(1), which would be released as a result of the employment of such munitions and devices;</p> | <p>2) des munitions et dispositifs spécifiquement conçus pour provoquer la mort ou d'autres dommages par l'action toxique des produits chimiques toxiques définis à l'alinéa ii) 1), qui seraient libérés du fait de l'emploi de ces munitions et dispositifs;</p> | <p>2. Munition oder Geräte sind, die eigens dazu entworfen sind, durch die toxischen Eigenschaften der unter Ziffer ii Unterabsatz 1 bezeichneten toxischen Chemikalien, welche infolge der Verwendung solcher Munition oder Geräte freigesetzt würden, den Tod oder sonstige Körperschäden herbeizuführen;</p> |
| <p>(3) any equipment specifically designed for use directly in connection with the employment of munitions and devices specified in subparagraph (ii)(2).</p> | <p>3) tout matériel spécifiquement conçu pour être utilisé en liaison directe avec l'emploi des munitions et dispositifs définis à l'alinéa ii) 2);</p> | <p>3. eine Ausrüstung sind, die eigens dazu entworfen ist, im unmittelbaren Zusammenhang mit Munition oder Geräten verwendet zu werden, wie sie unter Ziffer ii Unterabsatz 2 bezeichnet sind;</p> |
| <p>(iii) nuclear weapons and other nuclear explosive devices.</p> | <p>iii) des armes nucléaires et autres dispositifs explosifs nucléaires.</p> | <p>iii) Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper;</p> |
| <p>(e) "toxic chemical" means any chemical which through its chemical action on life processes can cause death, temporary</p> | <p>e) «Produit chimique toxique» s'entend de tout produit chimique qui, par son action chimique sur des processus biolo-</p> | <p>e) bedeutet „toxische Chemikalie“ jede Chemikalie, die durch ihre chemische Wirkung auf die Lebensvorgänge den</p> |

incapacitation or permanent harm to humans or animals. This includes all such chemicals, regardless of their origin or of their method of production, and regardless of whether they are produced in facilities, in munitions or elsewhere.

- (f) "precursor" means any chemical reactant which takes part at any stage in the production by whatever method of a toxic chemical. This includes any key component of a binary or multicomponent chemical system.
- (g) "Organization" means the International Maritime Organization (IMO).
- (h) "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

2 For the purposes of this Convention:

- (a) the terms "place of public use", "State or government facility", "infrastructure facility", and "public transportation system" have the same meaning as given to those terms in the International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings, done at New York on 15 December 1997; and
- (b) the terms "source material" and "special fissionable material" have the same meaning as given to those terms in the Statute of the International Atomic Energy Agency (IAEA), done at New York on 26 October 1956.

Article 3

The following text is added as article 2^{bis} of the Convention:

Article 2^{bis}

1 Nothing in this Convention shall affect other rights, obligations and responsibilities of States and individuals under international law, in particular the purposes and principles of the Charter of the United Nations and international human rights, refugee and humanitarian law.

2 This Convention does not apply to the activities of armed forces during an armed conflict, as those terms are understood under international humanitarian law, which are governed by that law, and the activities undertaken by military forces of a State in the exercise of their official duties, inasmuch as they are governed by other rules of international law.

3 Nothing in this Convention shall affect the rights, obligations and responsibilities under the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, done at Washington, London and Moscow on 1 July 1968, the Convention on the Prohibition of the Development, Production and Stockpiling of Bacteriological (Biological) and Toxin

giques, peut provoquer chez les êtres humains ou les animaux la mort, une incapacité temporaire ou des dommages permanents. Cela comprend tous les produits chimiques de ce type, quels qu'en soient l'origine ou le mode de fabrication, qu'ils soient obtenus dans des installations, dans des munitions ou ailleurs.

- f) «Précurseur» s'entend de tout réactif chimique qui entre à un stade quelconque dans la fabrication d'un produit chimique toxique, quel que soit le procédé utilisé. Cela comprend tout composant clé d'un système chimique binaire ou à composants multiples.
- g) «Organisation» s'entend de l'Organisation maritime internationale (OMI).
- h) «Secrétaire général» s'entend du Secrétaire général de l'Organisation.

2 Aux fins de la présente Convention:

- a) les expressions «lieu public», «installation gouvernementale ou publique», «infrastructure», et «système de transport public» s'entendent au sens de la Convention internationale pour la répression des attentats terroristes à l'explosif, conclue à New York le 15 décembre 1997; et
- b) les expressions «matière brute» et «produit fissile spécial» s'entendent au sens du Statut de l'Agence internationale de l'énergie atomique (AIEA), établi à New York le 26 octobre 1956.

Article 3

Ajouter le texte suivant en tant qu'article 2^{bis} de la Convention:

Article 2^{bis}

1 Aucune disposition de la présente Convention n'a d'incidence sur les autres droits, obligations et responsabilités des États et des individus en vertu du droit international, en particulier des buts et principes de la Charte des Nations Unies, du droit international relatif aux droits de l'homme et aux réfugiés et du droit international humanitaire.

2 La présente Convention ne s'applique pas aux activités des forces armées en période de conflit armé, au sens donné à ces termes en droit international humanitaire, qui sont régies par ce droit, ni aux activités menées par les forces armées d'un État dans l'exercice de leurs fonctions officielles, en tant qu'elles sont régies par d'autres règles de droit international.

3 Aucune disposition de la présente Convention ne porte atteinte aux droits, obligations et responsabilités qui découlent du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, conclu à Washington, Londres et Moscou le 1^{er} juillet 1968, de la Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication et du stockage des armes

Tod, eine vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch oder Tier herbeiführen kann. Dazu gehören alle derartigen Chemikalien, ungeachtet ihrer Herkunft oder der Art ihrer Produktion und ungeachtet dessen, ob sie in Einrichtungen, in Munition oder anderswo produziert werden;

- f) bedeutet „Vorprodukt“ eine chemische Reaktionskomponente, die auf irgendeiner Stufe bei jeder Art von Produktion einer toxischen Chemikalie beteiligt ist. Dazu gehört jede Schlüsselkomponente eines binären oder Mehrkomponentensystems;
- g) bedeutet „Organisation“ die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO);
- h) bedeutet „Generalsekretär“ den Generalsekretär der Organisation.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens

- a) haben die Ausdrücke „öffentlicher Ort“, „staatliche oder öffentliche Einrichtung“, „Versorgungseinrichtung“ und „öffentliches Verkehrssystem“ dieselbe Bedeutung wie in dem am 15. Dezember 1997 in New York beschlossenen Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, und
- b) haben die Ausdrücke „Ausgangsmaterial“ und „besonderes spaltbares Material“ dieselbe Bedeutung wie in der am 26. Oktober 1956 beschlossenen Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO).

Artikel 3

Folgender Wortlaut wird als Artikel 2^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 2^{bis}

(1) Dieses Übereinkommen lässt die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für Staaten und Einzelpersonen aus dem Völkerrecht, insbesondere den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie den internationalen Menschenrechten, dem internationalen Flüchtlingsrecht und dem humanitären Völkerrecht ergeben, unberührt.

(2) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts, die von jenem Recht erfasst werden, und auf die Tätigkeiten, die Streitkräfte eines Staates in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten ausüben, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind.

(3) Dieses Übereinkommen lässt die Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich aus dem am 1. Juli 1968 in Washington, London und Moskau beschlossenen Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, dem am 10. April 1972 in Washington, London und Moskau beschlossenen Übereinkommen über das

Weapons and on their Destruction, done at Washington, London and Moscow on 10 April 1972, or the Convention on the Prohibition of the Development, Production, Stockpiling and Use of Chemical Weapons and on their Destruction, done at Paris on 13 January 1993, of States Parties to such treaties.

bactériologiques (biologiques) ou à toxines et sur leur destruction, conclue à Washington, Londres et Moscou le 10 avril 1972 ou de la Convention sur l'interdiction de la mise au point, de la fabrication, du stockage et de l'emploi des armes chimiques et sur leur destruction, conclue à Paris le 13 janvier 1993, pour les États Parties à ces traités.

Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen und dem am 13. Januar 1993 in Paris beschlossenen Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen für die Vertragsstaaten dieser Verträge ergeben, unberührt.

Article 4

- 1 The *chapeau* of article 3, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

Any person commits an offence within the meaning of this Convention if that person unlawfully and intentionally:

- 2 Article 3, paragraph 1(f) of the Convention is replaced by the following text:

(f) communicates information which that person knows to be false, thereby endangering the safe navigation of a ship.

- 3 Article 3, paragraph 1(g) of the Convention is deleted.

- 4 Article 3, paragraph 2 of the Convention is replaced by the following text:

2 Any person also commits an offence if that person threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, aimed at compelling a physical or juridical person to do or refrain from doing any act, to commit any of the offences set forth in paragraphs 1 (b), (c), and (e), if that threat is likely to endanger the safe navigation of the ship in question.

- 5 The following text is added as article 3^{bis} of the Convention:

Article 3^{bis}

1 Any person commits an offence within the meaning of this Convention if that person unlawfully and intentionally:

- (a) when the purpose of the act, by its nature or context, is to intimidate a population, or to compel a government or an international organization to do or to abstain from doing any act:

- (i) uses against or on a ship or discharges from a ship any explosive, radioactive material or BCN weapon in a manner that causes or is likely to cause death or serious injury or damage; or

Article 4

- 1 Remplacer la phrase d'introduction du paragraphe 1 de l'article 3 de la Convention par le texte suivant:

Commets une infraction au sens de la présente Convention toute personne qui illicitement et délibérément:

- 2 Paragraphe 1 f) de l'article 3 de la Convention: modification sans objet en français.

- 3 Supprimer le paragraphe 1 g) de l'article 3 de la Convention.

- 4 Remplacer le paragraphe 2 de l'article 3 de la Convention par le texte suivant:

2 Commets également une infraction toute personne qui menace de commettre l'une quelconque des infractions visées aux paragraphes 1 b), c) et e), si cette menace est de nature à compromettre la sécurité de la navigation du navire en question, ladite menace étant assortie ou non, en vertu du droit interne, d'une condition, afin de contraindre une personne physique ou morale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque.

- 5 Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 3^{bis} de la Convention:

Article 3^{bis}

1 Commets une infraction au sens de la présente Convention toute personne qui illicitement et délibérément:

- a) lorsque cet acte, par sa nature ou son contexte, vise à intimider une population ou à contraindre un gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque:

- i) utilise contre ou à bord d'un navire, ou déverse à partir d'un navire, des explosifs, des matières radioactives ou des armes BCN, d'une manière qui provoque ou risque de provoquer la mort ou des dommages corporels ou matériels graves; ou

Artikel 4

1. Der einleitende Halbsatz des Artikels 3 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

2. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe f des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

f) wissentlich unrichtige Angaben macht und dadurch die sichere Führung eines Schiffes gefährdet.

3. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe g des Übereinkommens wird gestrichen.

4. Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(2) Eine Straftat begeht auch, wer droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b, c und e genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die sichere Führung des betreffenden Schiffes zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

5. Folgender Wortlaut wird als Artikel 3^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 3^{bis}

(1) Eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich

- a) zu dem Zweck einer Handlung, die aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen,

- i) Sprengstoff, radioaktives Material oder biologische, chemische oder Kernwaffen in einer Weise gegen ein Schiff oder auf einem Schiff einsetzt oder von einem Schiff aus auslöst, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(ii) discharges, from a ship, oil, liquefied natural gas, or other hazardous or noxious substance, which is not covered by subparagraph (a)(i), in such quantity or concentration that causes or is likely to cause death or serious injury or damage; or</p> <p>(iii) uses a ship in a manner that causes death or serious injury or damage; or</p> <p>(iv) threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, to commit an offence set forth in subparagraph (a)(i), (ii) or (iii); or</p> | <p>ii) déverse, à partir d'un navire, des hydrocarbures, du gaz naturel liquéfié, ou d'autres substances nocives ou potentiellement dangereuses, qui ne sont pas visés à l'alinéa a) i), en quantités ou concentrations qui provoquent ou risquent de provoquer des dommages corporels ou matériels graves; ou</p> <p>iii) utilise un navire d'une manière qui provoque la mort ou des dommages corporels ou matériels graves; ou</p> <p>iv) menace de commettre l'une quelconque des infractions visées à l'alinéa a) i), ii) ou iii), ladite menace étant assortie ou non, en vertu du droit interne, d'une condition; ou</p> | <p>ii) Öl, verflüssigtes Erdgas oder einen anderen gefährlichen oder schädlichen Stoff, der von Ziffer i nicht erfasst ist, in einer Menge oder Konzentration von einem Schiff aus einleitet, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder</p> <p>iii) ein Schiff in einer Weise verwendet, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht, oder</p> <p>iv) droht, eine unter Ziffer i, ii oder iii genannte Straftat zu begehen, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, oder</p> |
| <p>(b) transports on board a ship:</p> <p>(i) any explosive or radioactive material, knowing that it is intended to be used to cause, or in a threat to cause, with or without a condition, as is provided for under national law, death or serious injury or damage for the purpose of intimidating a population, or compelling a government or an international organization to do or to abstain from doing any act; or</p> <p>(ii) any BCN weapon, knowing it to be a BCN weapon as defined in article 1; or</p> <p>(iii) any source material, special fissionable material, or equipment or material especially designed or prepared for the processing, use or production of special fissionable material, knowing that it is intended to be used in a nuclear explosive activity or in any other nuclear activity not under safeguards pursuant to an IAEA comprehensive safeguards agreement; or</p> <p>(iv) any equipment, materials or software or related technology that significantly contributes to the design, manufacture or delivery of a BCN weapon, with the intention that it will be used for such purpose.</p> | <p>b) transporte à bord d'un navire:</p> <p>i) des explosifs ou des matières radioactives, en sachant que ceux-ci sont destinés à provoquer ou à menacer de provoquer la mort, des dommages corporels ou matériels graves, ladite menace étant assortie ou non, en vertu du droit interne, d'une condition, afin d'intimider une population ou de contraindre un gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque; ou</p> <p>ii) toute arme BCN, en sachant qu'il s'agit d'une arme BCN au sens de l'article premier; ou</p> <p>iii) des matières brutes ou produits fissiles spéciaux, équipements ou matières spécialement conçus ou préparés pour le traitement, l'utilisation ou la production de produits fissiles spéciaux, en sachant que ces matières, produits ou équipements sont destinés à une activité explosive nucléaire ou à toute autre activité nucléaire non soumise à des garanties en vertu d'un accord de garanties généralisées de l'AIEA; ou</p> <p>iv) des équipements, matières ou logiciels ou des technologies connexes qui contribuent de manière significative à la conception, la fabrication ou au lancement d'une arme BCN, en ayant l'intention de les utiliser à cette fin.</p> | <p>b) Folgendes an Bord eines Schiffes befördert:</p> <p>i) Sprengstoff oder radioaktives Material in dem Wissen, dass dieser beziehungsweise dieses verwendet werden soll, um den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden zu verursachen oder mit dem Ziel anzudrohen, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, oder</p> <p>ii) biologische, chemische oder Kernwaffen in dem Wissen, dass es sich um eine biologische, chemische oder Kernwaffe im Sinne des Artikels 1 handelt, oder</p> <p>iii) Ausgangs- und besonderes spaltbares Material oder Ausrüstungen oder Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind, in dem Wissen, dass sie bei einer Kernexplosion oder einer anderen nuklearen Tätigkeit verwendet werden sollen, die nicht Sicherungsmaßnahmen aufgrund einer umfassenden IAEO-Übereinkunft über Sicherungsmaßnahmen unterliegt, oder</p> <p>iv) Ausrüstungen, Materialien und Software oder damit zusammenhängende Technologien, die wesentlich zur Entwicklung, Herstellung oder Lieferung einer biologischen, chemischen oder Kernwaffe beitragen, und beabsichtigt, sie für einen solchen Zweck zu verwenden.</p> |

2 It shall not be an offence within the meaning of this Convention to transport an item or material covered by para-

2 Ne constitue pas une infraction au sens de la Convention le fait de transporter des biens ou matières visés au

(2) Es ist keine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens, einen Gegenstand oder Material zu befördern, der

graph 1(b)(iii) or, insofar as it relates to a nuclear weapon or other nuclear explosive device, paragraph 1(b)(iv), if such item or material is transported to or from the territory of, or is otherwise transported under the control of, a State Party to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons where:

- (a) the resulting transfer or receipt, including internal to a State, of the item or material is not contrary to such State Party's obligations under the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and,
- (b) if the item or material is intended for the delivery system of a nuclear weapon or other nuclear explosive device of a State Party to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the holding of such weapon or device is not contrary to that State Party's obligations under that Treaty.

6 The following text is added as article 3^{ter} of the Convention:

Article 3^{ter}

Any person commits an offence within the meaning of this Convention if that person unlawfully and intentionally transports another person on board a ship knowing that the person has committed an act that constitutes an offence set forth in article 3, 3^{bis} or 3^{quater} or an offence set forth in any treaty listed in the Annex, and intending to assist that person to evade criminal prosecution.

7 The following text is added as article 3^{quater} of the Convention:

Article 3^{quater}

Any person also commits an offence within the meaning of this Convention if that person:

- (a) unlawfully and intentionally injures or kills any person in connection with the commission of any of the offences set forth in article 3, paragraph 1, article 3^{bis}, or article 3^{ter}; or
- (b) attempts to commit an offence set forth in article 3, paragraph 1, article 3^{bis}, paragraph 1(a)(i), (ii) or (iii), or subparagraph (a) of this article; or
- (c) participates as an accomplice in an offence set forth in article 3,

paragraphe 1 b) iii) ou, dans la mesure où ils ont un rapport avec une arme nucléaire ou autre dispositif explosif nucléaire, au paragraphe 1 b) iv), si ces biens ou matières sont transportés à destination ou en provenance du territoire d'un État Partie au Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires ou sous son contrôle, lorsque:

- a) le transfert ou la réception des biens ou matières qui en résulte, y compris à l'intérieur d'un État, n'est pas contraire aux obligations de cet État Partie découlant du Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, et
- b) si les biens ou matières sont destinés à un vecteur d'une arme nucléaire ou autre dispositif explosif nucléaire d'un État Partie au Traité sur la non-prolifération des armes nucléaires, le fait de détenir cette arme ou ce dispositif n'est pas contraire aux obligations de cet État Partie découlant dudit Traité.

6 Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 3^{ter} de la Convention:

Article 3^{ter}

1 Commet une infraction au sens de la présente Convention toute personne qui illicitement et délibérément transporte à bord d'un navire une autre personne en sachant que cette personne a commis un acte qui constitue une infraction visée à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{quater} ou une des infractions visées par l'un des traités énumérés dans l'Annexe et en ayant l'intention d'aider cette personne à échapper à des poursuites pénales.

7 Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 3^{quater} de la Convention:

Article 3^{quater}

Commet également une infraction au sens de la présente Convention toute personne qui:

- a) illicitement et délibérément blesse ou tue toute personne, lorsque ces faits présentent un lien de connexité avec la commission de l'une des infractions visées au paragraphe 1 de l'article 3 ou à l'article 3^{bis} ou 3^{ter}; ou
- b) tente de commettre une infraction visée au paragraphe 1 de l'article 3, au paragraphe 1 a) i), ii) ou iii) de l'article 3^{bis} ou à l'alinéa a) du présent article; ou
- c) se rend complice d'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{ter} ou à

beziehungsweise das von Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii) oder, sofern er beziehungsweise es mit Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern im Zusammenhang steht, von Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv) erfasst ist, wenn der Gegenstand oder das Material zum oder vom Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder sonst wie unter dessen Kontrolle befördert wird, sofern

- a) die sich daraus ergebende Weitergabe oder Entgegennahme des Gegenstands oder Materials, auch innerhalb eines Staates, den Verpflichtungen dieses Vertragsstaats aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht widerspricht und,
- b) falls der Gegenstand oder das Material für Trägersysteme von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern eines Vertragsstaats des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen bestimmt ist, der Besitz solcher Waffen oder Sprengkörper nicht den Verpflichtungen dieses Vertragsstaats aus jenem Vertrag widerspricht.

6. Folgender Wortlaut wird als Artikel 3^{ter} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 3^{ter}

Eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich eine andere Person an Bord eines Schiffes befördert in dem Wissen, dass diese Person eine Handlung begangen hat, die eine in Artikel 3, 3^{bis} oder 3^{quater} genannte Straftat oder eine in einem der in der Anlage aufgeführten Verträge genannte Straftat darstellt, und beabsichtigt, dieser Person zu helfen, sich der Strafverfolgung zu entziehen.

7. Folgender Wortlaut wird als Artikel 3^{quater} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 3^{quater}

Eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens begeht auch, wer

- a) widerrechtlich und vorsätzlich im Zusammenhang mit der Begehung einer der in Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3^{bis} oder Artikel 3^{ter} genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet oder
- b) eine in Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i, ii oder iii oder unter Buchstabe a des vorliegenden Artikels genannte Straftat zu begehen versucht oder
- c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder unter Buch-

<p>article 3^{bis}, article 3^{ter}, or subparagraph (a) or (b) of this article; or</p> <p>(d) organizes or directs others to commit an offence set forth in article 3, article 3^{bis}, article 3^{ter}, or subparagraph (a) or (b) of this article; or</p> <p>(e) contributes to the commission of one or more offences set forth in article 3, article 3^{bis}, article 3^{ter} or subparagraph (a) or (b) of this article, by a group of persons acting with a common purpose, intentionally and either:</p> <p>(i) with the aim of furthering the criminal activity or criminal purpose of the group, where such activity or purpose involves the commission of an offence set forth in article 3, 3^{bis} or 3^{ter}; or</p> <p>(ii) in the knowledge of the intention of the group to commit an offence set forth in article 3, 3^{bis} or 3^{ter}.</p>	<p>l'alinéa a) ou b) du présent article; ou</p> <p>d) organise la commission d'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{ter} ou à l'alinéa a) ou b) du présent article ou donne l'ordre à d'autres personnes de la commettre; ou</p> <p>e) contribue à la commission de l'une ou plusieurs des infractions visées à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{ter} ou à l'alinéa a) ou b) du présent article, par un groupe de personnes agissant de concert, cette contribution étant délibérée et faite soit:</p> <p>i) pour faciliter l'activité criminelle du groupe ou en servir le but, lorsque cette activité ou ce but suppose la commission d'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{ter}; soit</p> <p>ii) en sachant que le groupe a l'intention de commettre une infraction visée à l'article 3, 3^{bis} ou 3^{ter}.</p>	<p>stabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftat teilnimmt oder</p> <p>d) eine in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder unter den Buchstaben a oder b des vorliegenden Artikels genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen, oder</p> <p>e) zur Begehung einer oder mehrerer der in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt, und zwar vorsätzlich sowie entweder</p> <p>i) zu dem Zweck, die kriminelle Tätigkeit oder das kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder das Ziel die Begehung einer in Artikel 3, 3^{bis} oder 3^{ter} genannten Straftat einschließt, oder</p> <p>ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Artikel 3, 3^{bis} oder 3^{ter} genannte Straftat zu begehen.</p>
--	--	---

Article 5

- 1 Article 5 of the Convention is replaced by the following text:

Each State Party shall make the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} punishable by appropriate penalties which take into account the grave nature of those offences.

- 2 The following text is added as article 5^{bis} of the Convention:

Article 5^{bis}

1 Each State Party, in accordance with its domestic legal principles, shall take the necessary measures to enable a legal entity located in its territory or organized under its laws to be held liable when a person responsible for management or control of that legal entity has, in that capacity, committed an offence set forth in this Convention. Such liability may be criminal, civil or administrative.

2 Such liability is incurred without prejudice to the criminal liability of individuals having committed the offences.

3 Each State Party shall ensure, in particular, that legal entities liable in accordance with paragraph 1 are subject to effective, proportionate and dissuasive criminal, civil or administrative

Article 5

- 1 Remplacer l'article 5 de la Convention par le texte suivant:

Chaque État Partie réprime les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} par des peines appropriées qui prennent en considération la nature grave de ces infractions.

- 2 Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 5^{bis} de la Convention:

Article 5^{bis}

1 Chaque État Partie, conformément aux principes de son droit interne, prend les mesures nécessaires pour que la responsabilité d'une personne morale située sur son territoire ou constituée sous l'empire de sa législation soit engagée lorsque une personne responsable de la direction ou du contrôle de cette personne morale a, en cette qualité, commis une infraction visée par la présente Convention. Cette responsabilité peut être pénale, civile ou administrative.

2 Elle est engagée sans préjudice de la responsabilité pénale des personnes physiques qui ont commis les infractions.

3 Chaque État Partie veille en particulier à ce que les personnes morales dont la responsabilité est engagée en vertu du paragraphe 1 fassent l'objet de sanctions pénales, civiles ou administratives.

Artikel 5

1. Artikel 5 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Jeder Vertragsstaat bedroht die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

2. Folgender Wortlaut wird als Artikel 5^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 5^{bis}

(1) Jeder Vertragsstaat trifft in Übereinstimmung mit seinen innerstaatlichen Rechtsgrundsätzen die notwendigen Maßnahmen, um eine juristische Person, die ihren Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat oder nach seinem Recht gegründet wurde, zur Verantwortung ziehen zu können, wenn eine für die Leitung oder Kontrolle dieser juristischen Person zuständige Person in dieser Eigenschaft eine in diesem Übereinkommen genannte Straftat begangen hat. Diese Verantwortung kann strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art sein.

(2) Diese Verantwortung besteht unbeschadet der strafrechtlichen Verantwortung von Einzelpersonen, welche die Straftaten begangen haben.

(3) Jeder Vertragsstaat stellt insbesondere sicher, dass über juristische Personen, die nach Absatz 1 verantwortlich sind, wirksame, angemessene und abschreckende Strafen bezie-

sanctions. Such sanctions may include monetary sanctions.

tratives efficaces, proportionnées et dissuasives. Ces sanctions peuvent être notamment d'ordre pécuniaire.

hungsweise andere Maßnahmen strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art verhängt werden. Dies kann auch Geld- und Vermögensstrafen umfassen.

Article 6

- 1 The *chapeau* of article 6, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

1 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} when the offence is committed:

- 2 Article 6, paragraph 3 of the Convention is replaced by the following text:

3 Any State Party which has established jurisdiction mentioned in paragraph 2 shall notify the Secretary-General. If such State Party subsequently rescinds that jurisdiction, it shall notify the Secretary-General.

- 3 Article 6, paragraph 4 of the Convention is replaced by the following text:

4 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite the alleged offender to any of the States Parties which have established their jurisdiction in accordance with paragraphs 1 and 2 of this article.

Article 7

The following text is added as the Annex to the Convention:

Annex

- 1 Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft, done at The Hague on 16 December 1970.
- 2 Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, done at Montreal on 23 September 1971.
- 3 Convention on the Prevention and Punishment of Crimes against Internationally Protected Persons, including Diplomatic Agents, adopted by the General Assembly of the United Nations on 14 December 1973.
- 4 International Convention against the Taking of Hostages, adopted by the General Assembly of the United Nations on 17 December 1979.

Article 6

- 1 Remplacer la phrase d'introduction du paragraphe 1 de l'article 6 par ce qui suit:

1 Chaque État Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} quand l'infraction est commise:

- 2 Remplacer le paragraphe 3 de l'article 6 de la Convention par ce qui suit:

3 Tout État Partie qui a établi sa compétence pour les cas visés au paragraphe 2 en informe le Secrétaire général. Si ledit État Partie annule ensuite cette compétence, il en informe le Secrétaire général.

- 3 Remplacer le paragraphe 4 de l'article 6 de la Convention par ce qui suit:

4 Chaque État Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où il ne l'extrade pas vers l'un quelconque des États Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2 du présent article.

Article 7

Ajouter la liste ci-après en tant qu'Annexe à la Convention:

Annexe

- 1 Convention pour la répression de la capture illicite d'aéronefs, conclue à La Haye le 16 décembre 1970.
- 2 Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, conclue à Montréal le 23 septembre 1971.
- 3 Convention sur la prévention et la répression des infractions contre les personnes jouissant d'une protection internationale, y compris les agents diplomatiques, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 14 décembre 1973.
- 4 Convention internationale contre la prise d'otages, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 17 décembre 1979.

Artikel 6

1. Der einleitende Halbsatz des Artikels 6 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird

2. Artikel 6 Absatz 3 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(3) Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär. Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.

3. Artikel 6 Absatz 4 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(4) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er den Verdächtigen nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

Artikel 7

Folgender Wortlaut wird dem Übereinkommen als Anlage angefügt:

Anlage

1. Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, beschlossen am 16. Dezember 1970 in Den Haag
2. Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, beschlossen am 23. September 1971 in Montreal
3. Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten, angenommen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14. Dezember 1973
4. Internationales Übereinkommen gegen Geiselnahme, angenommen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 17. Dezember 1979

- | | | |
|---|---|---|
| <p>5 Convention on the Physical Protection of Nuclear Material, done at Vienna on 26 October 1979.</p> <p>6 Protocol for the Suppression of Unlawful Acts of Violence at Airports Serving International Civil Aviation, supplementary to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Civil Aviation, done at Montreal on 24 February 1988.</p> <p>7 Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, done at Rome on 10 March 1988.</p> <p>8 International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings, adopted by the General Assembly of the United Nations on 15 December 1997.</p> <p>9 International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism, adopted by the General Assembly of the United Nations on 9 December 1999.</p> | <p>5 Convention sur la protection physique des matières nucléaires, adoptée à Vienne le 26 octobre 1979.</p> <p>6 Protocole pour la répression des actes illicites de violence dans les aéroports servant à l'aviation civile internationale, complémentaire à la Convention pour la répression d'actes illicites dirigés contre la sécurité de l'aviation civile, conclu à Montréal le 24 février 1988.</p> <p>7 Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plateformes fixes situées sur le plateau continental, fait à Rome le 10 mars 1988.</p> <p>8 Convention internationale pour la répression des attentats terroristes à l'explosif, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 15 décembre 1997.</p> <p>9 Convention internationale pour la répression du financement du terrorisme, adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies le 9 décembre 1999.</p> | <p>5. Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial, beschlossen am 26. Oktober 1979 in Wien</p> <p>6. Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher gewalttätiger Handlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen, in Ergänzung des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt, beschlossen am 24. Februar 1988 in Montreal</p> <p>7. Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, beschlossen am 10. März 1988 in Rom</p> <p>8. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, angenommen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. Dezember 1997</p> <p>9. Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus, angenommen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 9. Dezember 1999</p> |
|---|---|---|

Article 8

- 1 Article 8, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

1 The master of a ship of a State Party (the "flag State") may deliver to the authorities of any other State Party (the "receiving State") any person who the master has reasonable grounds to believe has committed an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter}, or 3^{quater}.

- 2 The following text is added as article 8^{bis} of the Convention:

Article 8^{bis}

1 States Parties shall co-operate to the fullest extent possible to prevent and suppress unlawful acts covered by this Convention, in conformity with international law, and shall respond to requests pursuant to this article as expeditiously as possible.

2 Each request pursuant to this article should, if possible, contain the name of the suspect ship, the IMO ship identification number, the port of registry, the ports of origin and destination, and any other relevant information. If a request is conveyed orally, the requesting Party shall confirm the request in writing as soon as possible. The requested Party shall acknowledge its receipt of any written or oral request immediately.

3 States Parties shall take into account the dangers and difficulties in-

Article 8

- 1 Remplacer le paragraphe 1 de l'article 8 de la Convention par ce qui suit:

1 Le capitaine d'un navire d'un État Partie (l'«État du pavillon») peut remettre aux autorités de tout autre État Partie (l'«État destinataire») toute personne dont elle a des raisons sérieuses de penser qu'elle a commis une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater}.

- 2 Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 8^{bis} de la Convention:

Article 8^{bis}

1 Les États Parties coopèrent dans toute la mesure du possible en vue de prévenir et de réprimer les actes illicites visés par la présente Convention, conformément au droit international et répondent aux demandes adressées en vertu du présent article dans les meilleurs délais.

2 Toute demande adressée en vertu du présent article devrait, si possible, indiquer le nom du navire suspect, le numéro OMI d'identification du navire, le port d'immatriculation, les ports d'origine et de destination et toute autre information pertinente. Si une demande est adressée oralement, la Partie requérante confirme la demande par écrit dès que possible. La Partie requise accuse réception immédiatement de toute demande adressée par écrit ou oralement.

3 Les États Parties tiennent compte des risques et des difficultés que pré-

Artikel 8

1. Artikel 8 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Der Kapitän eines Schiffes eines Vertragsstaats („Flaggenstaat“) kann den Behörden eines anderen Vertragsstaats („Empfangsstaat“) jede Person übergeben, bei welcher der Kapitän begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass sie eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen hat.

2. Folgender Wortlaut wird als Artikel 8^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 8^{bis}

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten so weit wie irgend möglich zusammen, um von diesem Übereinkommen erfasste widerrechtliche Handlungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu verhüten und zu bekämpfen; sie antworten so schnell wie möglich auf jedes Ersuchen nach diesem Artikel.

(2) In jedem Ersuchen nach diesem Artikel ist nach Möglichkeit der Name des verdächtigen Schiffes, seine IMO-Schiffsidentifikationsnummer, sein Registerhafen, sein Ursprungs- und sein Bestimmungshafen sowie jede weitere sachdienliche Information anzugeben. Wird ein Ersuchen mündlich gestellt, so bestätigt die ersuchende Vertragspartei das Ersuchen so bald wie möglich schriftlich. Die ersuchte Vertragspartei bestätigt den Eingang jedes schriftlichen oder mündlichen Ersuchens umgehend.

(3) Die Vertragsstaaten berücksichtigen die Gefahren und Schwierigkeiten,

involved in boarding a ship at sea and searching its cargo, and give consideration to whether other appropriate measures agreed between the States concerned could be more safely taken in the next port of call or elsewhere.

4 A State Party that has reasonable grounds to suspect that an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} has been, is being or is about to be committed involving a ship flying its flag, may request the assistance of other States Parties in preventing or suppressing that offence. The States Parties so requested shall use their best endeavours to render such assistance within the means available to them.

5 Whenever law enforcement or other authorized officials of a State Party ("the requesting Party") encounter a ship flying the flag or displaying marks of registry of another State Party ("the first Party") located seaward of any State's territorial sea, and the requesting Party has reasonable grounds to suspect that the ship or a person on board the ship has been, is or is about to be involved in the commission of an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater}, and the requesting Party desires to board,

- (a) it shall request, in accordance with paragraphs 1 and 2 that the first Party confirm the claim of nationality, and
- (b) if nationality is confirmed, the requesting Party shall ask the first Party (hereinafter referred to as "the flag State") for authorization to board and to take appropriate measures with regard to that ship which may include stopping, boarding and searching the ship, its cargo and persons on board, and questioning the persons on board in order to determine if an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} has been, is being or is about to be committed, and
- (c) the flag State shall either:
 - (i) authorize the requesting Party to board and to take appropriate measures set out in subparagraph (b), subject to any conditions it may impose in accordance with paragraph 7; or
 - (ii) conduct the boarding and search with its own law enforce-

sentent l'arraisonnement d'un navire en mer et la fouille de sa cargaison, et examinent si d'autres mesures appropriées, arrêtées d'un commun accord entre les États intéressés, ne pourraient pas être prises dans de meilleures conditions de sécurité au port d'escale suivant ou ailleurs.

4 Un État Partie qui a des raisons sérieuses de soupçonner qu'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} a été, est en train ou est sur le point d'être commise et implique un navire battant son pavillon, peut solliciter l'assistance d'autres États Parties pour prévenir ou réprimer cette infraction. Les États Parties ainsi requis mettent tout en œuvre pour fournir une telle assistance en fonction des moyens dont ils disposent.

5 Chaque fois que des agents de la force publique ou d'autres agents habilités d'un État Partie («la Partie requérante») ont affaire à un navire qui bat le pavillon ou qui montre les marques d'immatriculation d'un autre État («la première Partie»), et qui se trouve au large de la mer territoriale d'un État, quel qu'il soit, alors que la Partie requérante a des raisons sérieuses de soupçonner que le navire ou une personne à bord du navire a été, est ou est sur le point d'être impliqué dans la commission d'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater}, et que la Partie requérante souhaite arraisonner le navire,

- a) elle demande, conformément aux paragraphes 1 et 2, que la première Partie confirme la déclaration de nationalité, et
- b) si la nationalité est confirmée, la Partie requérante demande à la première Partie (ci-après dénommée «l'État du pavillon») l'autorisation d'arraisonner le navire et de prendre les mesures appropriées, lesquelles peuvent notamment consister à stopper le navire, monter à bord et fouiller le navire, sa cargaison et les personnes à bord et à interroger les personnes à bord afin de déterminer si une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} a été, est en train ou est sur le point d'être commise, et
- c) l'État du pavillon:
 - i) autorise la Partie requérante à arraisonner le navire et à prendre les mesures appropriées visées à l'alinéa 5 b), sous réserve de toute condition qu'il pourrait imposer conformément au paragraphe 7; ou
 - ii) procède à l'arraisonnement et à la fouille avec ses propres

die mit dem Anhalten eines Schiffes auf See und dem Durchsuchen seiner Ladung verbunden sind, und prüfen, ob es andere geeignete zwischen den betreffenden Staaten vereinbarte Maßnahmen gibt, die im nächsten Anlaufhafen oder anderswo sicherer getroffen werden können.

(4) Ein Vertragsstaat, der begründeten Anlass zu dem Verdacht hat, dass eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen wurde, gerade begangen wird oder begangen werden soll, an der ein seine Flagge führendes Schiff beteiligt ist, kann andere Vertragsstaaten ersuchen, ihm bei der Verhütung oder Bekämpfung der Straftat zu helfen. Die darum ersuchten Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel diese Hilfe zu leisten.

(5) Begegnen Strafverfolgungs- oder andere befugte Beamte eines Vertragsstaats („ersuchende Partei“) einem Schiff, das die Flagge eines anderen Vertragsstaats („erste Partei“) führt oder dessen Registrierungszeichen zeigt, seewärts des Küstenmeeres eines Staates und hat die ersuchende Partei begründeten Anlass zu dem Verdacht, dass das Schiff oder eine an Bord des Schiffes befindliche Person an der Begehung einer in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannten Straftat beteiligt war, beteiligt ist oder beteiligt sein wird, und wünscht die ersuchende Partei, das Schiff anzuhalten,

- a) so ersucht sie in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 die erste Partei, die geltend gemachte Staatszugehörigkeit zu bestätigen, und
- b) bittet die erste Partei (im Folgenden als „Flaggenstaat“ bezeichnet), falls die Staatszugehörigkeit bestätigt wurde, um die Genehmigung, das Schiff anhalten zu dürfen und die geeigneten Maßnahmen im Hinblick auf das Schiff zu treffen; dazu zählt gegebenenfalls das Stoppen, Anhalten und die Durchsuchung des Schiffes, seiner Ladung und der an Bord befindlichen Personen sowie die Befragung der an Bord befindlichen Personen, um festzustellen, ob eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden soll, und
- c) der Flaggenstaat wird entweder
 - i) der ersuchenden Partei die Genehmigung erteilen, das Schiff anzuhalten und die unter Buchstabe b genannten geeigneten Maßnahmen zu treffen, vorbehaltlich etwaiger Bedingungen, die er in Übereinstimmung mit Absatz 7 stellen kann, oder
 - ii) das Anhalten oder die Durchsuchung mit seinen eigenen

ment or other officials; or

(iii) conduct the boarding and search together with the requesting Party, subject to any conditions it may impose in accordance with paragraph 7; or

(iv) decline to authorize a boarding and search.

The requesting Party shall not board the ship or take measures set out in subparagraph (b) without the express authorization of the flag State.

(d) Upon or after depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, a State Party may notify the Secretary-General that, with respect to ships flying its flag or displaying its mark of registry, the requesting Party is granted authorization to board and search the ship, its cargo and persons on board, and to question the persons on board in order to locate and examine documentation of its nationality and determine if an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} has been, is being or is about to be committed, if there is no response from the first Party within four hours of acknowledgement of receipt of a request to confirm nationality.

(e) Upon or after depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, a State Party may notify the Secretary-General that, with respect to ships flying its flag or displaying its mark of registry, the requesting Party is authorized to board and search a ship, its cargo and persons on board, and to question the persons on board in order to determine if an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} has been, is being or is about to be committed.

The notifications made pursuant to this paragraph can be withdrawn at any time.

6 When evidence of conduct described in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} is found as the result of any boarding conducted pursuant to this article, the flag State may authorize the requesting Party to detain the ship, cargo and persons on board pending receipt of disposition instructions from the flag

agents de la force publique ou autres agents; ou

iii) procède à l'arraisonnement et à la fouille en liaison avec la Partie requérante, sous réserve de toute condition qu'il pourrait imposer conformément au paragraphe 7; ou

iv) refuse d'autoriser un arraisonnement et une fouille.

La Partie requérante ne doit pas arraisonner le navire, ni prendre les mesures décrites à l'alinéa 5 b) sans l'autorisation expresse de l'État du pavillon.

d) En déposant ou après avoir déposé son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, un État Partie peut notifier au Secrétaire général qu'à l'égard des navires battant son pavillon ou montrant ses marques d'immatriculation, la Partie requérante a reçu l'autorisation d'arraisonner et de fouiller le navire, sa cargaison et les personnes à bord, et d'interroger les personnes à bord, afin de trouver et d'examiner le document de nationalité et de déterminer si une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} a été, est en train ou est sur le point d'être commise, si la première Partie n'a pas adressé de réponse dans un délai de quatre heures après l'accusé de réception d'une demande de confirmation de la nationalité.

e) En déposant ou après avoir déposé son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, un État Partie peut notifier au Secrétaire général qu'à l'égard des navires battant son pavillon ou montrant ses marques d'immatriculation, la Partie requérante est autorisée à arraisonner et fouiller un navire, sa cargaison et les personnes à bord, et à interroger les personnes à bord, afin de déterminer si une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} a été, est en train ou est sur le point d'être commise.

Les notifications adressées en vertu du présent paragraphe peuvent être retirées à tout moment.

6 Lorsque l'arraisonnement effectué en vertu du présent article permet d'obtenir des preuves des agissements décrits à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater}, l'État du pavillon peut autoriser la Partie requérante à retenir le navire, sa cargaison et détenir les personnes à bord en attendant de recevoir les instructions de

Strafverfolgungs- oder sonstigen Beamten vornehmen oder

iii) das Anhalten und die Durchsuchung zusammen mit der ersuchenden Partei vornehmen, vorbehaltlich etwaiger Bedingungen, die er in Übereinstimmung mit Absatz 7 stellen kann, oder

iv) die Genehmigung zum Anhalten und Durchsuchen ablehnen.

Die ersuchende Partei hält das Schiff weder ohne ausdrückliche Genehmigung durch den Flaggenstaat an noch trifft sie die unter Buchstabe b genannten Maßnahmen.

d) Ein Vertragsstaat kann bei oder nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dem Generalsekretär notifizieren, dass der ersuchenden Partei für Schiffe, die seine Flagge führen oder sein Registrierungszeichen zeigen, die Genehmigung erteilt wird, das Schiff anzuhalten und das Schiff, seine Ladung und die an Bord befindlichen Personen zu durchsuchen und die an Bord befindlichen Personen zu befragen, um festzustellen, ob eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden soll, falls die erste Partei innerhalb von vier Stunden, nachdem sie den Eingang eines Ersuchens um Bestätigung der Staatszugehörigkeit bestätigt hat, nicht geantwortet hat.

e) Ein Vertragsstaat kann bei oder nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde dem Generalsekretär notifizieren, dass der ersuchenden Partei für Schiffe, die seine Flagge führen oder sein Registrierungszeichen zeigen, die Genehmigung erteilt wird, das Schiff anzuhalten und das Schiff, seine Ladung und die an Bord befindlichen Personen zu durchsuchen und die an Bord befindlichen Personen zu befragen, um festzustellen, ob eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen wurde, begangen wird oder begangen werden soll.

Die Notifikationen nach diesem Absatz können jederzeit zurückgenommen werden.

(6) Werden infolge eines nach diesem Artikel vorgenommenen Anhaltens Beweise für die in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} beschriebenen Handlungen gefunden, so kann der Flaggenstaat der ersuchenden Partei die Genehmigung erteilen, das Schiff, seine Ladung und die an Bord befindlichen Personen so

State. The requesting Party shall promptly inform the flag State of the results of a boarding, search, and detention conducted pursuant to this article. The requesting Party shall also promptly inform the flag State of the discovery of evidence of illegal conduct that is not subject to this Convention.

7 The flag State, consistent with the other provisions of this Convention, may subject its authorization under paragraph 5 or 6 to conditions, including obtaining additional information from the requesting Party, and conditions relating to responsibility for and the extent of measures to be taken. No additional measures may be taken without the express authorization of the flag State, except when necessary to relieve imminent danger to the lives of persons or where those measures derive from relevant bilateral or multilateral agreements.

8 For all boardings pursuant to this article, the flag State has the right to exercise jurisdiction over a detained ship, cargo or other items and persons on board, including seizure, forfeiture, arrest and prosecution. However, the flag State may, subject to its constitution and laws, consent to the exercise of jurisdiction by another State having jurisdiction under article 6.

9 When carrying out the authorized actions under this article, the use of force shall be avoided except when necessary to ensure the safety of its officials and persons on board, or where the officials are obstructed in the execution of the authorized actions. Any use of force pursuant to this article shall not exceed the minimum degree of force which is necessary and reasonable in the circumstances.

10 Safeguards:

- (a) Where a State Party takes measures against a ship in accordance with this article, it shall:
- (i) take due account of the need not to endanger the safety of life at sea;
 - (ii) ensure that all persons on board are treated in a manner which preserves their basic

l'État du pavillon quant aux mesures à prendre. La Partie requérante informe sans tarder l'État du pavillon des résultats de l'arraisonnement, de la fouille et de la retenue ou détention effectués en vertu du présent article. La Partie requérante informe aussi sans tarder l'État du pavillon si elle découvre des preuves d'autres agissements illicites qui ne sont pas visés par la présente Convention.

7 L'État du pavillon peut, dans la mesure compatible avec les autres dispositions de la présente Convention, subordonner l'autorisation qu'il a accordée en vertu du paragraphe 5 ou 6 à des conditions, notamment celles d'obtenir des renseignements supplémentaires de la Partie requérante et celles concernant la responsabilité des mesures à prendre et la portée de celles-ci. Aucune mesure supplémentaire ne peut être prise sans l'autorisation expresse de l'État du pavillon, à l'exception de celles qui sont nécessaires pour écarter un danger imminent pour la vie des personnes ou de celles qui découlent d'accords bilatéraux ou multilatéraux pertinents.

8 Pour tous les arraisonnements effectués en vertu du présent article, l'État du pavillon a le droit d'exercer sa juridiction sur un navire, une cargaison ou autres biens retenus et sur les personnes détenues à bord, y compris ordonner la mainlevée, la confiscation, la saisie et l'engagement de poursuites. Toutefois, l'État du pavillon peut, sous réserve des dispositions de sa constitution et de sa législation, consentir à ce qu'un autre État ayant compétence en vertu de l'article 6 exerce sa juridiction.

9 Lors de l'exécution des mesures autorisées en vertu du présent article, l'usage de la force doit être évité sauf lorsque cela est nécessaire pour assurer la sécurité des agents et des personnes à bord, ou lorsque ces agents sont empêchés d'exécuter les mesures autorisées. Tout usage de la force fait en vertu du présent article ne doit pas aller au-delà du degré minimum de force qui est nécessaire et raisonnable compte tenu des circonstances.

10 Garanties:

- a) Lorsqu'il prend des mesures à l'encontre d'un navire conformément au présent article, un État Partie:
- i) tient dûment compte de la nécessité de ne pas compromettre la sauvegarde de la vie humaine en mer;
 - ii) veille à ce que toutes les personnes à bord soient traitées d'une manière qui préserve la

lange festzuhalten, bis sie vom Flaggenstaat weitere Anweisungen erhält. Die ersuchende Partei unterrichtet den Flaggenstaat unverzüglich über das Ergebnis eines Anhaltens, einer Durchsuchung und eines Zurückhaltens nach diesem Artikel. Die ersuchende Partei unterrichtet den Flaggenstaat auch unverzüglich über die Entdeckung von Beweisen für nicht von diesem Übereinkommen erfasste widerrechtliche Handlungen.

(7) Der Flaggenstaat kann in Übereinstimmung mit anderen Bestimmungen dieses Übereinkommens seine Genehmigung nach Absatz 5 oder 6 von Bedingungen abhängig machen, einschließlich der Vorlage weiterer Informationen seitens der ersuchenden Partei, sowie von Bedingungen im Zusammenhang mit der Verantwortlichkeit für die zu treffenden Maßnahmen und deren Umfang. Zusätzliche Maßnahmen dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Flaggenstaats getroffen werden, außer solchen, die erforderlich sind, um eine unmittelbare Gefahr für das Leben von Personen abzuwenden, oder solchen, die sich aus einschlägigen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften ableiten.

(8) Bei jedem Anhalten aufgrund dieses Artikels hat der Flaggenstaat das Recht, seine Gerichtsbarkeit über ein zurückgehaltenes Schiff, seine Ladung oder andere an Bord befindliche Gegenstände und Personen auszuüben, einschließlich der Beschlagnahme, Einziehung, Festnahme und Strafverfolgung. Der Flaggenstaat kann jedoch vorbehaltlich seiner Verfassung und seiner Gesetze in die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch einen anderen Staat einwilligen, der nach Artikel 6 die Gerichtsbarkeit hat.

(9) Bei der Durchführung der genehmigten Maßnahmen nach diesem Artikel ist die Anwendung von Gewalt zu vermeiden, es sei denn, sie ist zum Schutz der an Bord befindlichen Beamten und Personen oder in den Fällen erforderlich, in denen die Beamten an der Durchführung der genehmigten Maßnahmen gehindert werden. Jede Anwendung von Gewalt nach diesem Artikel darf das geringste Maß an Gewalt, das unter den gegebenen Umständen erforderlich und angemessen ist, nicht überschreiten.

(10) Sicherungsmaßnahmen:

- a) Trifft ein Vertragsstaat in Übereinstimmung mit diesem Artikel Maßnahmen gegen ein Schiff,
- i) so trägt er der Notwendigkeit gebührend Rechnung, die Sicherheit des menschlichen Lebens auf See nicht zu gefährden;
 - ii) so sorgt er dafür, dass alle an Bord befindlichen Personen in einer Weise behandelt werden,

- | | | |
|---|--|---|
| human dignity, and in compliance with the applicable provisions of international law, including international human rights law; | dignité fondamentale de la personne humaine et soit conforme aux dispositions applicables du droit international, y compris celles qui ont trait aux droits de l'homme; | die ihre grundlegende Menschenwürde wahrt und die in Einklang mit den anwendbaren Bestimmungen des Völkerrechts einschließlich derer über die Menschenrechte steht; |
| (iii) ensure that a boarding and search pursuant to this article shall be conducted in accordance with applicable international law; | iii) veille à ce qu'un arraisonnement et une fouille effectués en vertu du présent article se déroulent conformément au droit international applicable; | iii) so stellt er sicher, dass ein Anhalten und Durchsuchen nach diesem Artikel in Übereinstimmung mit dem anwendbaren Völkerrecht erfolgt; |
| (iv) take due account of the safety and security of the ship and its cargo; | iv) tient dûment compte de la sécurité et de la sûreté du navire et de sa cargaison; | iv) so trägt er der Sicherheit und dem Schutz des Schiffes und seiner Ladung gebührend Rechnung; |
| (v) take due account of the need not to prejudice the commercial or legal interests of the flag State; | v) tient dûment compte de la nécessité de ne pas porter préjudice aux intérêts commerciaux ou juridiques de l'État du pavillon; | v) so trägt er der Notwendigkeit gebührend Rechnung, die wirtschaftlichen oder rechtlichen Interessen des Flaggenstaats nicht zu beeinträchtigen; |
| (vi) ensure, within available means, that any measure taken with regard to the ship or its cargo is environmentally sound under the circumstances; | vi) veille, dans la limite des moyens disponibles, à ce que toute mesure prise à l'égard du navire ou de sa cargaison soit écologiquement rationnelle compte tenu des circonstances; | vi) so stellt er im Rahmen der verfügbaren Mittel sicher, dass jede im Hinblick auf das Schiff und seine Ladung getroffene Maßnahme unter den gegebenen Umständen umweltverträglich ist; |
| (vii) ensure that persons on board against whom proceedings may be commenced in connection with any of the offences set forth in article 3, 3 ^{bis} , 3 ^{ter} or 3 ^{quater} are afforded the protections of paragraph 2 of article 10, regardless of location; | vii) veille à ce que les personnes à bord contre lesquelles des poursuites pourraient être entamées au titre de l'une quelconque des infractions visées à l'article 3, 3 ^{bis} , 3 ^{ter} ou 3 ^{quater} , bénéficient des mesures de protection prévues au paragraphe 2 de l'article 10, quel que soit le lieu où elles se trouvent; | vii) so sorgt er dafür, dass an Bord befindlichen Personen, gegen die ein Verfahren wegen einer der in Artikel 3, 3 ^{bis} , 3 ^{ter} oder 3 ^{quater} genannten Straftaten eingeleitet werden könnte, ungeachtet des Ortes, an dem sie sich befinden, der Schutz nach Artikel 10 Absatz 2 zuteil wird; |
| (viii) ensure that the master of a ship is advised of its intention to board, and is, or has been, afforded the opportunity to contact the ship's owner and the flag State at the earliest opportunity; and | viii) veille à ce que le capitaine d'un navire soit informé de son intention de procéder à l'arraisonnement et ait, ou ait eu, la possibilité de contacter dans les plus brefs délais le propriétaire du navire et l'État du pavillon; et | viii) so stellt er sicher, dass der Kapitän eines Schiffes von seiner Absicht, das Schiff anzuhalten, in Kenntnis gesetzt wird und zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Gelegenheit erhält oder erhalten hat, mit dem Schiffseigentümer und dem Flaggenstaat Verbindung aufzunehmen; |
| (ix) take reasonable efforts to avoid a ship being unduly detained or delayed. | ix) s'efforce par tous les moyens raisonnables d'éviter qu'un navire soit indûment retenu ou retardé. | ix) so unternimmt er alle angemessenen Anstrengungen, um zu vermeiden, dass ein Schiff ungebührlich lange zurückgehalten oder aufgehalten wird. |
| (b) Provided that authorization to board by a flag State shall not <i>per se</i> give rise to its liability, States Parties shall be liable for any damage, harm or loss attributable to them arising from measures taken pursuant to this article when: | b) À condition que le fait d'autoriser l'arraisonnement n'engage pas à priori la responsabilité de l'État du pavillon, les États Parties sont responsables des dommages ou pertes qui leur sont imputables à la suite des mesures prises en vertu du présent article, lorsque: | b) Sofern die Genehmigung eines Flaggenstaats zum Anhalten eines Schiffes diesen nicht <i>per se</i> haftbar macht, haften die Vertragsstaaten für alle Schäden, Verletzungen oder Verluste, die ihnen aufgrund von nach diesem Artikel getroffenen Maßnahmen zuzurechnen sind, |
| (i) the grounds for such measures prove to be unfounded, provided that the ship has not committed any act justifying the measures taken; or | i) les motifs de ces mesures se révèlent dénués de fondement, à condition que le navire n'ait commis aucun acte justifiant les mesures prises; ou | i) wenn sich der Verdacht für die Maßnahmen als unbegründet erweist, es sei denn, von Seiten des Schiffes wurde eine die getroffenen Maßnahmen rechtfertigende Handlung begangen, oder |

- (ii) such measures are unlawful or exceed those reasonably required in light of available information to implement the provisions of this article.
- States Parties shall provide effective recourse in respect of such damage, harm or loss.
- (c) Where a State Party takes measures against a ship in accordance with this Convention, it shall take due account of the need not to interfere with or to affect:
- (i) the rights and obligations and the exercise of jurisdiction of coastal States in accordance with the international law of the sea; or
- (ii) the authority of the flag State to exercise jurisdiction and control in administrative, technical and social matters involving the ship.
- (d) Any measure taken pursuant to this article shall be carried out by law enforcement or other authorized officials from warships or military aircraft, or from other ships or aircraft clearly marked and identifiable as being on government service and authorized to that effect and, notwithstanding articles 2 and 2^{bis}, the provisions of this article shall apply.
- (e) For the purposes of this article “law enforcement or other authorized officials” means uniformed or otherwise clearly identifiable members of law enforcement or other government authorities duly authorized by their government. For the specific purpose of law enforcement under this Convention, law enforcement or other authorized officials shall provide appropriate government-issued identification documents for examination by the master of the ship upon boarding.
- (ii) ces mesures sont illicites ou vont au-delà de ce qui est raisonnablement nécessaire selon les informations disponibles pour appliquer les dispositions du présent article.
- Les États Parties prévoient des moyens de recours effectifs au titre de tels dommages ou pertes.
- c) Lorsque un État Partie prend des mesures à l'encontre d'un navire, conformément à la présente Convention, il tient dûment compte de la nécessité de ne pas porter atteinte:
- i) aux droits et obligations des États côtiers et à l'exercice de leur juridiction conformément au droit international de la mer; ou
- ii) au pouvoir de l'État du pavillon d'exercer sa juridiction et son contrôle pour les questions d'ordre administratif, technique et social concernant le navire.
- d) Toute mesure prise en vertu du présent article est exécutée par des agents de la force publique ou d'autres agents habilités à partir de navires de guerre ou d'aéronefs militaires, ou à partir d'autres navires ou aéronefs qui portent des marques extérieures indiquant clairement qu'ils sont affectés à un service public et, nonobstant les articles 2 et 2^{bis}, les dispositions du présent article s'appliquent.
- e) Aux fins du présent article, «agents de la force publique ou autres agents habilités» s'entend des membres des forces de l'ordre ou d'autres autorités publiques portant un uniforme ou d'autres marques extérieures les identifiant clairement, dûment habilités par leur gouvernement. Aux fins particulières du maintien de l'ordre en vertu de la présente Convention, les agents de la force publique ou autres agents habilités doivent présenter des documents d'identité officiels appropriés qui puissent être examinés par le capitaine du navire lorsqu'ils montent à bord.
- d) Wenn die Maßnahmen widerrechtlich sind oder das überschreiten, was angesichts der verfügbaren Informationen zur Durchführung dieses Artikels begründeterweise erforderlich ist.
- Die Vertragsstaaten gewährleisten wirksamen Rechtsschutz für solche Schäden, Verletzungen oder Verluste.
- c) Trifft ein Vertragsstaat in Übereinstimmung mit diesem Übereinkommen Maßnahmen gegen ein Schiff, so hat er der Notwendigkeit gebührend Rechnung zu tragen, dass Folgendes nicht behindert oder beeinträchtigt wird:
- i) die Rechte und Pflichten sowie die Ausübung der Hoheitsbefugnisse der Küstenstaaten in Übereinstimmung mit dem internationalen Seerecht oder
- ii) die Befugnis des Flaggenstaats, die Hoheitsgewalt und Kontrolle in verwaltungsmäßigen, technischen und sozialen Angelegenheiten in Bezug auf das Schiff auszuüben.
- d) Jede nach diesem Artikel getroffene Maßnahme wird von Strafverfolgungsbeamten oder anderen befugten Beamten von Kriegsschiffen oder Militärluftfahrzeugen oder von anderen Schiffen oder Luftfahrzeugen durchgeführt, die deutlich als im Staatsdienst stehend gekennzeichnet und als solche erkennbar sowie hierzu befugt sind; dieser Artikel findet ungeachtet der Artikel 2 und 2^{bis} Anwendung.
- e) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „Strafverfolgungsbeamte oder andere befugte Beamte“ uniformierte oder anderweitig deutlich erkennbare, von ihrer Regierung ordnungsgemäß befugte Angehörige der Strafverfolgungsbehörden oder anderer staatlicher Behörden. Für den besonderen Zweck der Strafverfolgung nach diesem Übereinkommen legen die Strafverfolgungsbeamten oder anderen befugten Beamten beim Anhalten dem Kapitän des Schiffes geeignete staatlich ausgestellte Ausweispapiere zur Prüfung vor.

11 This article does not apply to or limit boarding of ships conducted by any State Party in accordance with international law, seaward of any State's territorial sea, including boardings based upon the right of visit, the rendering of assistance to persons, ships and property in distress or peril, or an authorization from the flag State to take law enforcement or other action.

11 Le présent article ne vise ni ne restreint l'arraisonnement de navires, exécuté par tout État Partie conformément au droit international, au large de la mer territoriale d'un État quelconque, y compris les arraisonnements fondés sur le droit de visite, l'apport d'une assistance aux personnes, navires et biens en détresse ou en péril, ou l'autorisation donnée par l'État du pavillon de prendre des mesures de maintien de l'ordre ou autres mesures.

(11) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf das von einem Vertragsstaat in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführte Anhalten eines Schiffes seewärts des Küstenmeers eines Staates und schränkt es auch nicht ein, einschließlich des Anhaltens aufgrund des Rechtes zum Betreten, der Hilfeleistung für in Not oder Gefahr befindliche Personen, Schiffe und Vermögensgegenstände, oder einer Genehmigung des Flaggenstaats, Strafverfolgungs- oder andere Maßnahmen zu treffen.

12 States Parties are encouraged to develop standard operating procedures for joint operations pursuant to this article and consult, as appropriate, with other States Parties with a view to harmonizing such standard operating procedures for the conduct of operations.

13 States Parties may conclude agreements or arrangements between them to facilitate law enforcement operations carried out in accordance with this article.

14 Each State Party shall take appropriate measures to ensure that its law enforcement or other authorized officials, and law enforcement or other authorized officials of other States Parties acting on its behalf, are empowered to act pursuant to this article.

15 Upon or after depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, each State Party shall designate the authority, or, where necessary, authorities to receive and respond to requests for assistance, for confirmation of nationality, and for authorization to take appropriate measures. Such designation, including contact information, shall be notified to the Secretary-General within one month of becoming a Party, who shall inform all other States Parties within one month of the designation. Each State Party is responsible for providing prompt notice through the Secretary-General of any changes in the designation or contact information.

12 Les États Parties sont encouragés à mettre au point des procédures unificées pour les opérations conjointes menées en vertu du présent article et consulter, le cas échéant, les autres États Parties afin d'harmoniser ces procédures pour la conduite des opérations.

13 Les États Parties peuvent conclure des accords ou des arrangements mutuels en vue de faciliter les opérations de maintien de l'ordre menées conformément au présent article.

14 Chaque État Partie prend des mesures appropriées pour veiller à ce que ses agents de la force publique ou autres agents habilités, et les agents de la force publique ou autres agents habilités d'autres États Parties agissant en son nom, soient mandatés pour agir en vertu du présent article.

15 En déposant ou après avoir déposé son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, chaque État Partie désigne une ou, s'il y a lieu, plusieurs autorités auxquelles doivent être adressées les demandes d'assistance, de confirmation de nationalité et d'autorisation de prendre les mesures appropriées. Dans un délai d'un mois après être devenu partie, un État notifie cette désignation et les coordonnées des autorités compétentes au Secrétaire général, qui en informe tous les autres États Parties, dans le mois qui suit cette désignation. Chaque État Partie a la responsabilité de communiquer promptement, par l'intermédiaire du Secrétaire général, tout changement des autorités désignées ou de leurs coordonnées.

(12) Die Vertragsstaaten werden ermutigt, genormte Vorgehensweisen für gemeinsame Einsätze nach diesem Artikel auszuarbeiten und mit anderen Vertragsstaaten gegebenenfalls Konsultationen mit dem Ziel aufzunehmen, solche genormte Vorgehensweisen für die Durchführung von Einsätzen zu harmonisieren.

(13) Die Vertragsstaaten können untereinander Übereinkünfte oder Vereinbarungen schließen, um in Übereinstimmung mit diesem Artikel durchgeführte Strafverfolgungseinsätze zu erleichtern.

(14) Jeder Vertragsstaat trifft geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass seine Strafverfolgungsbeamten oder anderen befugten Beamten und in seinem Auftrag handelnde Strafverfolgungsbeamte oder andere dazu befugte Beamte anderer Vertragsstaaten ermächtigt sind, nach diesem Artikel zu handeln.

(15) Jeder Vertragsstaat benennt bei oder nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde die Behörde oder falls erforderlich die Behörden, die Ersuchen um Hilfeleistung, um die Bestätigung der Staatszugehörigkeit und um die Genehmigung, geeignete Maßnahmen zu treffen, entgegennehmen und beantworten. Die Benennung, einschließlich der Angaben zur Kontaktaufnahme, wird dem Generalsekretär innerhalb eines Monats, nachdem der Staat Vertragspartei wurde, notifiziert; dieser unterrichtet alle anderen Vertragsstaaten innerhalb eines Monats nach der Benennung. Jeder Vertragsstaat ist dafür verantwortlich, dass jede Änderung der Benennung oder von Angaben zur Kontaktaufnahme über den Generalsekretär umgehend notifiziert wird.

Article 9

Article 10, paragraph 2 is replaced by the following text:

2 Any person who is taken into custody, or regarding whom any other measures are taken or proceedings are being carried out pursuant to this Convention, shall be guaranteed fair treatment, including enjoyment of all rights and guarantees in conformity with the law of the State in the territory of which that person is present and applicable provisions of international law, including international human rights law.

Article 10

1 Article 11, paragraphs 1, 2, 3 and 4 are replaced by the following text:

1 The offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between

Article 9

Remplacer le paragraphe 2 de l'article 10 par le texte suivant:

2 Toute personne placée en détention ou contre laquelle toute autre mesure est prise ou procédure engagée en vertu de la présente Convention se voit garantir un traitement équitable et, en particulier, jouit de tous les droits et bénéficie de toutes les garanties prévus par la législation de l'État sur le territoire duquel elle se trouve et les dispositions applicables du droit international, y compris celles qui ont trait aux droits de l'homme.

Article 10

1 Remplacer les paragraphes 1, 2, 3 et 4 de l'article 11 par ce qui suit:

1 Les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} sont de plein droit considérées comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition

Artikel 9

Artikel 10 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(2) Wenn nach diesem Übereinkommen eine Person in Haft genommen wird, gegen sie andere Maßnahmen getroffen werden oder ein Verfahren durchgeführt wird, so ist ihr eine gerechte Behandlung zu gewährleisten, die den Genuss aller Rechte und Garantien einschließt, die mit dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich befindet, sowie mit den anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen einschließlich derer über die Menschenrechte im Einklang stehen.

Artikel 10

1. Artikel 11 Absätze 1, 2, 3 und 4 werden durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag ein-

any of the States Parties. States Parties undertake to include such offences as extraditable offences in every extradition treaty to be concluded between them.

2 If a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, the requested State Party may, at its option, consider this Convention as a legal basis for extradition in respect of the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater}. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State Party.

3 States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} as extraditable offences between themselves, subject to the conditions provided by the law of the requested State Party.

4 If necessary, the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater} shall be treated, for the purposes of extradition between States Parties, as if they had been committed not only in the place in which they occurred but also in a place within the jurisdiction of the State Party requesting extradition.

2 The following text is added as article 11^{bis} of the Convention:

Article 11^{bis}

None of the offences set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} shall be regarded for the purposes of extradition or mutual legal assistance as a political offence or as an offence connected with a political offence or as an offence inspired by political motives. Accordingly, a request for extradition or for mutual legal assistance based on such an offence may not be refused on the sole ground that it concerns a political offence or an offence connected with a political offence or an offence inspired by political motives.

3 The following text is added as article 11^{ter} of the Convention:

Article 11^{ter}

Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite or to afford mutual legal assistance, if the requested State Party has substantial grounds for believing that

existent entre États Parties. Les États Parties s'engagent à considérer ces infractions comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition qu'ils pourront conclure entre eux par la suite.

2 Un État Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité a la faculté, lorsqu'il reçoit une demande d'extradition d'un autre État Partie avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater}. L'extradition est assujettie aux autres conditions prévues par la législation de l'État Partie requis.

3 Les États Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} comme cas d'extradition entre eux, sans préjudice des conditions prévues par la législation de l'État Partie requis.

4 Si nécessaire, les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater} sont réputées, aux fins d'extradition entre États Parties, avoir été commises tant au lieu de leur perpétration qu'en un lieu relevant de la juridiction de l'État Partie qui demande l'extradition.

2 Ajouter le texte suivant en tant qu'article 11^{bis} de la Convention:

Article 11^{bis}

Pour les besoins de l'extradition ou de l'entraide judiciaire entre États Parties, aucune des infractions visées à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} n'est considérée comme une infraction politique, comme une infraction connexe à une infraction politique ou comme une infraction inspirée par des mobiles politiques. En conséquence, une demande d'extradition ou d'entraide judiciaire fondée sur une telle infraction ne peut être rejetée pour la seule raison qu'elle concerne une infraction politique, une infraction connexe à une infraction politique ou une infraction inspirée par des mobiles politiques.

3 Ajouter le texte suivant en tant qu'article 11^{ter} de la Convention:

Article 11^{ter}

Aucune disposition de la présente Convention n'est interprétée comme impliquant une obligation d'extradition ou d'entraide judiciaire, si l'État Partie requis a des raisons sérieuses de penser

bezogene der Auslieferung unterliegenden Straftaten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es dem ersuchten Vertragsstaat frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im Übrigen den im Recht des ersuchten Vertragsstaats vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Vertragsstaats vorgesehenen Bedingungen an.

(4) Die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten nötigenfalls so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch an einem der Hoheitsgewalt des Vertragsstaats, der um Auslieferung ersucht, unterstehenden Ort begangen worden.

2. Folgender Wortlaut wird als Artikel 11^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 11^{bis}

Für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe wird keine der in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen. Folglich darf ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, das auf einer solchen Straftat beruht, nicht allein mit der Begründung verweigert werden, dass es sich um eine politische Straftat, um eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder um eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat handele.

3. Folgender Wortlaut wird als Artikel 11^{ter} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 11^{ter}

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernstliche Gründe für die Annahme hat,

the request for extradition for offences set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} or for mutual legal assistance with respect to such offences has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person's race, religion, nationality, ethnic origin, political opinion or gender, or that compliance with the request would cause prejudice to that person's position for any of these reasons.

que la demande d'extradition pour les infractions visées à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} ou la demande d'entraide concernant de telles infractions a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne pour des raisons tenant à sa race, sa religion, sa nationalité, son origine ethnique, ses opinions politiques ou son sexe, ou que faire droit à la demande porterait préjudice à la situation de cette personne pour l'une quelconque de ces raisons.

dass das Auslieferungsersuchen wegen in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannter Straftaten oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer politischen Anschauungen oder ihres Geschlechts zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde.

Article 11

- 1 Article 12, paragraph 1 of the Convention is replaced by the following text:

1 States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with criminal proceedings brought in respect of the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater}, including assistance in obtaining evidence at their disposal necessary for the proceedings.

- 2 The following text is added as article 12^{bis} of the Convention:

Article 12^{bis}

1 A person who is being detained or is serving a sentence in the territory of one State Party whose presence in another State Party is requested for purposes of identification, testimony or otherwise providing assistance in obtaining evidence for the investigation or prosecution of offences set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} may be transferred if the following conditions are met:

- (a) the person freely gives informed consent; and
- (b) the competent authorities of both States agree, subject to such conditions as those States may deem appropriate.

2 For the purposes of this article:

- (a) the State to which the person is transferred shall have the authority and obligation to keep the person transferred in custody, unless otherwise requested or authorized by the State from which the person was transferred;
- (b) the State to which the person is transferred shall without delay implement its obligation to return the person to the custody of the State from which the person was transferred as agreed beforehand, or as

Article 11

- 1 Remplacer le paragraphe 1 de l'article 12 par ce qui suit:

1 Les États Parties s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible pour toute procédure pénale relative aux infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater}, y compris pour l'obtention des éléments de preuve dont ils disposent et qui sont nécessaires aux fins de la procédure.

- 2 Ajouter le texte suivant en tant qu'article 12^{bis} de la Convention:

Article 12^{bis}

1 Toute personne détenue ou purgeant une peine sur le territoire d'un État Partie et dont la présence est requise dans un autre État Partie aux fins d'identification ou de témoignage ou pour qu'elle apporte son concours à l'établissement des faits dans le cadre d'une enquête ou de poursuites relatives aux infractions visées à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} peut faire l'objet d'un transfert si les conditions ci-après sont réunies:

- a) ladite personne y consent librement et en toute connaissance de cause; et
- b) les autorités compétentes des deux États concernés y consentent, sous réserve des conditions qu'elles peuvent juger appropriées.

2 Aux fins du présent article:

- a) l'État vers lequel le transfert est effectué a le pouvoir et l'obligation de garder l'intéressé en détention, sauf demande ou autorisation contraire de la part de l'État à partir duquel la personne a été transférée;
- b) l'État vers lequel le transfert est effectué s'acquitte sans retard de l'obligation de remettre l'intéressé à la garde de l'État à partir duquel le transfert a été effectué, conformément à ce qui aura été convenu au

Artikel 11

1. Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Verfahren, die in Bezug auf die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich der Hilfe bei der Beschaffung der ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

2. Folgender Wortlaut wird als Artikel 12^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Artikel 12^{bis}

(1) Eine Person, die im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in Haft gehalten wird oder eine Strafe verbüßt und um deren Anwesenheit in einem anderen Vertragsstaat zum Zweck der Identifizierung, der Vernehmung oder einer sonstigen Hilfeleistung zur Beschaffung von Beweisen für Ermittlungen oder die Strafverfolgung wegen in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannter Straftaten ersucht wird, darf überstellt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) Die Person gibt in Kenntnis sämtlicher Umstände aus freien Stücken ihre Zustimmung, und
- b) die zuständigen Behörden beider Staaten geben unter den Bedingungen, die sie für geeignet erachten, ihre Zustimmung.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels gilt Folgendes:

- a) Der Staat, dem die betreffende Person überstellt wird, ist befugt und verpflichtet, die überstellte Person in Haft zu halten, sofern der Staat, von dem sie überstellt wurde, nichts anderes verlangt oder genehmigt;
- b) der Staat, dem die betreffende Person überstellt wird, erfüllt entsprechend einer vorherigen oder sonstigen Vereinbarung der zuständigen Behörden beider Staaten unverzüglich seine Verpflichtung, die Person

otherwise agreed, by the competent authorities of both States;

- (c) the State to which the person is transferred shall not require the State from which the person was transferred to initiate extradition proceedings for the return of the person;
- (d) the person transferred shall receive credit for service of the sentence being served in the State from which the person was transferred for time spent in the custody of the State to which the person was transferred.

3 Unless the State Party from which a person is to be transferred in accordance with this article so agrees, that person, whatever that person's nationality, shall not be prosecuted or detained or subjected to any other restriction of personal liberty in the territory of the State to which that person is transferred in respect of acts or convictions anterior to that person's departure from the territory of the State from which such person was transferred.

préalable ou à ce que les autorités compétentes des deux États auront autrement décidé;

- c) l'État vers lequel le transfert est effectué ne peut pas exiger de l'État à partir duquel le transfert est effectué qu'il engage une procédure d'extradition pour que l'intéressé lui soit remis;
- d) il est tenu compte de la période que l'intéressé a passée en détention dans l'État vers lequel il a été transféré aux fins du décompte de la peine à purger dans l'État à partir duquel il a été transféré.

3 À moins que l'État Partie à partir duquel une personne doit être transférée en vertu du présent article ne donne son accord, ladite personne, quelle que soit sa nationalité, ne peut pas être poursuivie ou détenue ou soumise à d'autres restrictions à sa liberté de mouvement sur le territoire de l'État vers lequel elle est transférée, à raison d'actes ou de condamnations antérieurs à son départ du territoire de l'État à partir duquel elle a été transférée.

wieder dem Staat rückzuüberstellen, von dem sie überstellt wurde;

- c) der Staat, dem die betreffende Person überstellt wird, darf von dem Staat, von dem sie überstellt wurde, nicht verlangen, zur Rücküberstellung dieser Person ein Auslieferungsverfahren einzuleiten;
- d) der überstellten Person wird die in dem Staat, dem sie überstellt wurde, verbrachte Haftzeit auf die Strafe angerechnet, die sie in dem Staat, von dem sie überstellt wurde, zu verbüßen hat.

(3) Außer mit Zustimmung des Vertragsstaats, von dem eine Person nach diesem Artikel überstellt werden soll, darf diese Person, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie besitzt, im Hoheitsgebiet des Staates, dem sie überstellt wird, nicht wegen Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des Staates, von dem sie überstellt wurde, strafrechtlich verfolgt, in Haft gehalten oder einer sonstigen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

Article 12

Article 13 of the Convention is replaced by the following text:

1 States Parties shall co-operate in the prevention of the offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater}, particularly by:

- (a) taking all practicable measures to prevent preparation in their respective territories for the commission of those offences within or outside their territories;
- (b) exchanging information in accordance with their national law, and co-ordinating administrative and other measures taken as appropriate to prevent the commission of offences set forth in articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} and 3^{quater}.

2 When, due to the commission of an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater}, the passage of a ship has been delayed or interrupted, any State Party in whose territory the ship or passengers or crew are present shall be bound to exercise all possible efforts to avoid a ship, its passengers, crew or cargo being unduly detained or delayed.

Article 13

Article 14 of the Convention is replaced by the following text:

Any State Party having reason to believe that an offence set forth in article 3, 3^{bis}, 3^{ter} or 3^{quater} will be committed shall, in accord-

Article 12

Remplacer l'article 13 de la Convention par ce qui suit:

1 Les États Parties coopèrent pour prévenir les infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater}, notamment:

- a) en prenant toutes les mesures possibles afin d'empêcher la préparation sur leurs territoires respectifs d'infractions devant être commises à l'intérieur ou à l'extérieur de ceux-ci;
- b) en échangeant des renseignements conformément à leur législation nationale et en coordonnant les mesures administratives et autres prises, le cas échéant, afin de prévenir la commission des infractions visées aux articles 3, 3^{bis}, 3^{ter} et 3^{quater}.

2 Lorsque la traversée d'un navire a été retardée ou interrompue, du fait de la commission d'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater}, tout État Partie sur le territoire duquel se trouvent le navire, les passagers ou l'équipage, doit faire tout son possible pour éviter que le navire, ses passagers, son équipage ou sa cargaison ne soient indûment retenus ou retardés.

Article 13

Remplacer l'article 14 de la Convention par ce qui suit:

Tout État Partie qui a lieu de penser qu'une infraction visée à l'article 3, 3^{bis}, 3^{ter} ou 3^{quater} sera commise fournit dans les

Artikel 12

Artikel 13 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

- a) alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder außerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern;
- b) nach ihrem innerstaatlichen Recht Informationen austauschen sowie die getroffenen Verwaltungs- und anderen Maßnahmen, soweit geeignet, miteinander abstimmen, um die Begehung der in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten zu verhindern.

(2) Ist wegen der Begehung einer in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannten Straftat die Fahrt eines Schiffes verzögert oder unterbrochen worden, so ist jeder Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich das Schiff, die Fahrgäste oder die Besatzung befinden, verpflichtet, alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um zu vermeiden, dass ein Schiff, seine Fahrgäste, seine Besatzung oder seine Ladung ungebührlich lange zurückgehalten oder aufgehalten werden.

Artikel 13

Artikel 14 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, dass eine in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannte Straftat begangen

ance with its national law, furnish as promptly as possible any relevant information in its possession to those States which it believes would be the States having established jurisdiction in accordance with article 6.

Article 14

Article 15, paragraph 3 of the Convention is replaced by the following text:

3 The information transmitted in accordance with paragraphs 1 and 2 shall be communicated by the Secretary-General to all States Parties, to Members of the Organization, to other States concerned, and to the appropriate international intergovernmental organizations.

Article 15

Interpretation and application

1 The Convention and this Protocol shall, as between the Parties to this Protocol, be read and interpreted together as one single instrument.

2 Articles 1 to 16 of the Convention, as revised by this Protocol, together with articles 17 to 24 of this Protocol and the Annex thereto, shall constitute and be called the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, 2005 (2005 SUA Convention).

Article 16

The following text is added as article 16^{bis} of the Convention:

Final clauses
of the Convention
for the Suppression
of Unlawful Acts against the
Safety of Maritime Navigation, 2005

The final clauses of the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, 2005 shall be articles 17 to 24 of the Protocol of 2005 to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation. References in this Convention to States Parties shall be taken to mean references to States Parties to that Protocol.

Final Clauses

Article 17

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1 This Protocol shall be open for signature at the Headquarters of the Organization from 14 February 2006 to 13 February 2007 and shall thereafter remain open for accession.

plus brefs délais, conformément à sa législation nationale, tous renseignements utiles en sa possession aux États qui, à son avis, seraient les États ayant établi leur compétence conformément à l'article 6.

Article 14

Remplacer le paragraphe 3 de l'article 15 de la Convention par le texte suivant:

3 Les renseignements communiqués conformément aux paragraphes 1 et 2 sont transmis par le Secrétaire général à tous les États Parties, aux membres de l'Organisation, aux autres États concernés et aux organisations intergouvernementales internationales compétentes.

Article 15

Interprétation et application

1 La Convention et le présent Protocole sont considérés et interprétés, entre les Parties au présent Protocole, comme un seul et même instrument.

2 Les articles 1 à 16 de la Convention, telle que révisée par le présent Protocole, ainsi que les articles 17 à 24 du présent Protocole et son annexe, constituent et sont appelés la Convention de 2005 pour la répression des actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime (Convention SUA de 2005).

Article 16

Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 16^{bis} de la Convention:

Clauses finales
de la Convention
de 2005 pour la répression
d'actes illicites contre la
sécurité de la navigation maritime

Les clauses finales de la Convention de 2005 pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime sont les articles 17 à 24 du Protocole de 2005 relatif à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime. Dans la présente Convention, les références aux États Parties sont considérées comme des références aux États Parties à ce protocole.

Clauses Finales

Article 17

Signature, ratification, acceptation, approbation et adhésion

1 Le présent Protocole est ouvert à la signature, au Siège de l'Organisation, du 14 février 2006 au 13 février 2007 au Siège de l'Organisation maritime internationale. Il reste ensuite ouvert à l'adhésion.

werden wird, übermittelt nach seinem innerstaatlichen Recht so schnell wie möglich alle in seinem Besitz befindlichen sachdienlichen Angaben den Staaten, bei denen es sich nach seiner Auffassung um die Staaten handelt, die in Übereinstimmung mit Artikel 6 ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.

Artikel 14

Artikel 15 Absatz 3 des Übereinkommens wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(3) Der Generalsekretär teilt allen Vertragsstaaten, den Mitgliedern der Organisation, anderen betroffenen Staaten und den in Betracht kommenden internationalen zwischenstaatlichen Organisationen die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 übermittelten Angaben mit.

Artikel 15

Auslegung und Anwendung

(1) Das Übereinkommen und dieses Protokoll werden zwischen den Vertragsparteien des Protokolls als eine einzige Übereinkunft angesehen und ausgelegt.

(2) Die durch dieses Protokoll revidierten Artikel 1 bis 16 des Übereinkommens zusammen mit den Artikeln 17 bis 24 des Protokolls und seiner Anlage bilden das Übereinkommen von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und werden als solches bezeichnet (SUA-Übereinkommen 2005).

Artikel 16

Folgender Wortlaut wird als Artikel 16^{bis} des Übereinkommens eingefügt:

Schlussklauseln
des Übereinkommens
von 2005 zur Bekämpfung
widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt

Die Schlussklauseln des Übereinkommens von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sind die Artikel 17 bis 24 des Protokolls von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt. Bezugnahmen auf Vertragsstaaten in dem Übereinkommen gelten als Bezugnahmen auf Vertragsstaaten des Protokolls.

Schlussklauseln

Artikel 17

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt vom 14. Februar 2006 bis zum 13. Februar 2007 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung auf; danach steht es zum Beitritt offen.

2 States may express their consent to be bound by this Protocol by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4 Only a State which has signed the Convention without reservation as to ratification, acceptance or approval, or has ratified, accepted, approved or acceded to the Convention may become a Party to this Protocol.

2 Les États peuvent exprimer leur consentement à être liés par le présent Protocole par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- c) adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4 Seul un État qui a signé la Convention sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou a ratifié, accepté, approuvé la Convention ou y a adhéré peut devenir Partie au présent Protocole.

(2) Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

(4) Nur ein Staat, der das Übereinkommen ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet hat oder das Übereinkommen ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Article 18

Entry into force

1 This Protocol shall enter into force ninety days following the date on which twelve States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General.

2 For a State which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol after the conditions in paragraph 1 for entry into force thereof have been met, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect ninety days after the date of such deposit.

Article 18

Entrée en vigueur

1 Le présent Protocole entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle douze États l'ont signé sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou ont déposé auprès du Secrétaire général un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2 Pour un État qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole ou d'adhésion à celui-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur énoncées au paragraphe 1 ont été remplies, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet quatre-vingt-dix jours après la date du dépôt.

Artikel 18

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt neunzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zwölf Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär hinterlegt haben.

(2) Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten in Absatz 1 erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt neunzig Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Article 19

Denunciation

1 This Protocol may be denounced by any State Party at any time after the date on which this Protocol enters into force for that State.

2 Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument of denunciation with the Secretary-General.

3 A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after the deposit of the instrument with the Secretary-General.

Article 19

Dénunciation

1 Le présent Protocole peut être dénoncé par l'un quelconque des États Parties à tout moment après la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard de cet État.

2 La dénonciation s'effectue au moyen du dépôt d'un instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général.

3 La dénonciation prend effet un an après le dépôt de l'instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de tout délai plus long énoncé dans cet instrument.

Artikel 19

Kündigung

(1) Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach dem Tag des Inkrafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

(3) Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

Article 20

Revision and amendment

1 A conference for the purpose of revising or amending this Protocol may be convened by the Organization.

2 The Secretary-General shall convene a conference of States Parties to this Pro-

Article 20

Révision et modification

1 Une conférence peut être convoquée par l'Organisation en vue de réviser ou de modifier le présent Protocole.

2 Le Secrétaire général convoque une conférence des États Parties au présent

Artikel 20

Revision und Änderung

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls

protocol for revising or amending the Protocol, at the request of one third of the States Parties, or ten States Parties, whichever is the higher figure.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date of entry into force of an amendment to this Protocol shall be deemed to apply to the Protocol as amended.

Article 21 Declarations

1 Upon depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, a State Party which is not a party to a treaty listed in the Annex may declare that, in the application of this Protocol to the State Party, the treaty shall be deemed not to be included in article 3^{ter}. The declaration shall cease to have effect as soon as the treaty enters into force for the State Party, which shall notify the Secretary-General of this fact.

2 When a State Party ceases to be a party to a treaty listed in the Annex, it may make a declaration as provided for in this article, with respect to that treaty.

3 Upon depositing its instrument of ratification, acceptance, approval or accession, a State Party may declare that it will apply the provisions of article 3^{ter} in accordance with the principles of its criminal law concerning family exemptions of liability.

Article 22 Amendments to the Annex

1 The Annex may be amended by the addition of relevant treaties that:

- (a) are open to the participation of all States;
- (b) have entered into force; and
- (c) have been ratified, accepted, approved or acceded to by at least twelve States Parties to this Protocol.

2 After the entry into force of this Protocol, any State Party thereto may propose such an amendment to the Annex. Any proposal for an amendment shall be communicated to the Secretary-General in written form. The Secretary-General shall circulate any proposed amendment that meets the requirements of paragraph 1 to all members of the Organization and seek from States Parties to this Protocol their consent to the adoption of the proposed amendment.

3 The proposed amendment to the Annex shall be deemed adopted after more than twelve of the States Parties to this Protocol consent to it by written notification to the Secretary-General.

Protocole pour réviser ou modifier le Protocole à la demande d'un tiers des États Parties ou de dix États Parties, si ce dernier chiffre est plus élevé.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole est réputé s'appliquer au Protocole tel que modifié.

Article 21 Déclarations

1 En déposant son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, un État Partie qui n'est pas partie à un traité énuméré dans l'Annexe peut déclarer que, lorsque le présent Protocole lui est appliqué, ledit traité est réputé ne pas être visé à l'article 3^{ter}. Cette déclaration devient caduque dès l'entrée en vigueur du traité à l'égard de l'État Partie, qui en informe le Secrétaire général.

2 Lorsqu'un État Partie cesse d'être partie à un traité énuméré dans l'Annexe, il peut faire au sujet dudit traité la déclaration prévue dans le présent article.

3 En déposant son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, un État Partie peut déclarer qu'il appliquera les dispositions de l'article 3^{ter} conformément aux principes de son droit pénal exonérant la famille de toute responsabilité.

Article 22 Amendements à l'Annexe

1 L'Annexe peut être modifiée par l'ajout de traités pertinents qui:

- a) sont ouverts à la participation de tous les États;
- b) sont entrés en vigueur; et
- c) ont fait l'objet d'une ratification, acceptation, approbation ou adhésion par au moins douze États Parties au présent Protocole.

2 Tout État Partie au présent Protocole peut, après son entrée en vigueur, proposer un tel amendement à l'Annexe. Toute proposition d'amendement est communiquée par écrit au Secrétaire général. Ce dernier diffuse toute proposition d'amendement remplissant les conditions énoncées au paragraphe 1 à tous les Membres de l'Organisation et demande aux États Parties au présent Protocole s'ils consentent à l'adoption de l'amendement proposé.

3 L'amendement proposé à l'Annexe est réputé adopté après que plus de douze des États Parties au présent Protocole ont exprimé leur consentement en adressant une notification par écrit au Secrétaire général.

zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder zehn Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl größer ist, dies verlangen.

(3) Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Artikel 21 Erklärungen

(1) Bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde kann ein Vertragsstaat, der nicht Vertragspartei eines in der Anlage aufgeführten Vertrags ist, erklären, dass der betreffende Vertrag bei der Anwendung dieses Protokolls auf den Vertragsstaat als nicht in Artikel 3^{ter} aufgeführt gilt. Die Erklärung wird ungültig, sobald der Vertrag für den Vertragsstaat in Kraft getreten ist, was dieser dem Generalsekretär notifiziert.

(2) Ist ein Vertragsstaat nicht mehr Vertragspartei eines in der Anlage aufgeführten Vertrags, so kann er eine Erklärung nach diesem Artikel in Bezug auf den betreffenden Vertrag abgeben.

(3) Bei Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde kann ein Vertragsstaat erklären, dass er Artikel 3^{ter} in Übereinstimmung mit den Grundsätzen seines Strafrechts betreffend die Straffreiheit von Familienangehörigen anwendet.

Artikel 22 Änderungen der Anlage

(1) Die Anlage kann durch das Hinzufügen einschlägiger Verträge geändert werden, die

- a) für alle Staaten zur Teilnahme offenstehen;
- b) in Kraft getreten sind und
- c) mindestens zwölf Vertragsstaaten dieses Protokolls ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben beziehungsweise denen sie beigetreten sind.

(2) Nach Inkrafttreten dieses Protokolls kann jeder seiner Vertragsstaaten eine derartige Änderung der Anlage vorschlagen. Jeder Änderungsvorschlag wird dem Generalsekretär in Schriftform übermittelt. Der Generalsekretär leitet vorgeschlagene Änderungen, welche die Erfordernisse des Absatzes 1 erfüllen, an alle Mitglieder der Organisation weiter und ersucht die Vertragsstaaten des Protokolls um ihre Zustimmung zum Beschluss der vorgeschlagenen Änderung.

(3) Die vorgeschlagene Änderung der Anlage gilt als beschlossen, sobald ihr mehr als zwölf Vertragsstaaten des Protokolls durch schriftliche Notifikation an den Generalsekretär zugestimmt haben.

4 The adopted amendment to the Annex shall enter into force thirty days after the deposit with the Secretary-General of the twelfth instrument of ratification, acceptance or approval of such amendment for those States Parties to this Protocol that have deposited such an instrument. For each State Party to this Protocol ratifying, accepting or approving the amendment after the deposit of the twelfth instrument with the Secretary-General, the amendment shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such State Party of its instrument of ratification, acceptance or approval.

4 Une fois adopté, l'amendement à l'Annexe entre en vigueur, à l'égard des États Parties au présent Protocole qui ont déposé un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation de cet amendement, trente jours après le dépôt auprès du Secrétaire général du douzième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour chaque État Partie au présent Protocole qui ratifie, accepte ou approuve l'amendement après le dépôt auprès du Secrétaire général du douzième instrument, l'amendement entre en vigueur le trentième jour suivant le dépôt par cet État Partie de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

(4) Die beschlossene Änderung der Anlage tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der zwölften Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Änderung beim Generalsekretär für die Vertragsstaaten des Protokolls in Kraft, die eine solche Urkunde hinterlegt haben. Für jeden Vertragsstaat des Protokolls, der die Änderung nach Hinterlegung der zwölften Urkunde beim Generalsekretär ratifiziert, annimmt oder genehmigt, tritt die Änderung am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Article 23

Depositary

1 This Protocol and any amendments adopted under articles 20 and 22 shall be deposited with the Secretary-General.

2 The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed this Protocol or acceded to this Protocol of:

(i) each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession together with the date thereof;

(ii) the date of the entry into force of this Protocol;

(iii) the deposit of any instrument of denunciation of this Protocol together with the date on which it is received and the date on which the denunciation takes effect;

(iv) any communication called for by any article of this Protocol;

(v) any proposal to amend the Annex which has been made in accordance with article 22, paragraph 2;

(vi) any amendment deemed to have been adopted in accordance with article 22, paragraph 3;

(vii) any amendment ratified, accepted or approved in accordance with article 22, paragraph 4, together with the date on which that amendment shall enter into force; and

(b) transmit certified true copies of this Protocol to all States which have signed or acceded to this Protocol.

3 As soon as this Protocol enters into force, a certified true copy of the text shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article 23

Dépositaire

1 Le présent Protocole, ainsi que tout amendement adopté conformément aux articles 20 et 22, est déposé auprès du Secrétaire général.

2 Le Secrétaire général:

a) informe tous les États qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

i) de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;

ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;

iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;

iv) de toute communication faite en application de tout article du présent Protocole;

v) toute proposition d'amendement de l'Annexe qui est faite conformément au paragraphe 2 de l'article 22;

vi) de tout amendement qui est réputé avoir été adopté conformément au paragraphe 3 de l'article 22;

vii) de tout amendement qui a été ratifié, accepté ou approuvé conformément au paragraphe 4 de l'article 22, et de la date à laquelle il entre en vigueur; et

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les États qui l'ont signé ou qui y ont adhéré.

3 Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Artikel 23

Verwahrer

(1) Dieses Protokoll und seine nach den Artikeln 20 und 22 beschlossenen Änderungen werden beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder dem Protokoll beigetreten sind, über

i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt;

ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;

iii) die Hinterlegung jeder Kündigungs-urkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) jede aufgrund eines Artikels dieses Protokolls erforderliche Mitteilung;

v) jeden Vorschlag zur Änderung der Anlage, der in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 2 gemacht worden ist;

vi) jede Änderung, die in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 3 als beschlossen gilt;

vii) jede in Übereinstimmung mit Artikel 22 Absatz 4 ratifizierte, angenommene oder genehmigte Änderung sowie den Zeitpunkt, zu dem diese Änderung in Kraft tritt, und

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

(3) Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Generalsekretär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Wortlauts zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Article 24
Languages

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at London this fourteenth day of October two thousand and five.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Protocol.

Article 24
Langues

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi.

Fait à Londres, ce quatorze octobre deux mille cinq.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur gouvernement respectif, ont signé le présent Protocole.

Artikel 24
Sprachen

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 14. Oktober 2005.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Protokoll von 2005
zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden

Protocol of 2005
to the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts
against the Safety of Fixed Platforms located on the Continental Shelf

Protocole de 2005
relatif au Protocole pour la répression d'actes illicites
contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental

(Übersetzung)

The States Parties to this Protocol,

Les États Parties au présent Protocole,

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

Being Parties to the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf done at Rome on 10 March 1988,

Étant parties au Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental, conclu à Rome le 10 mars 1988,

als Vertragsparteien des am 10. März 1988 in Rom beschlossenen Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden,

Recognizing that the reasons for which the Protocol of 2005 to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation was elaborated also apply to fixed platforms located on the continental shelf,

Reconnaissant que les raisons pour lesquelles le Protocole de 2005 à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime a été élaboré s'appliquent également aux plates-formes fixes situées sur le plateau continental,

in der Erkenntnis, dass die Gründe für die Ausarbeitung des Protokolls von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt auch hinsichtlich fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, zutreffen,

Taking account of the provisions of those Protocols,

Tenant compte des dispositions desdits Protocoles,

unter Berücksichtigung der Bestimmungen der genannten Protokolle –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

For the purposes of this Protocol:

- 1 "1988 Protocol" means the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, done at Rome on 10 March 1988.
- 2 "Organization" means the International Maritime Organization.
- 3 "Secretary-General" means the Secretary-General of the Organization.

Article Premier

Aux fins du présent Protocole:

- 1 «Protocole de 1988» s'entend du Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental, conclu à Rome le 10 mars 1988.
- 2 «Organisation» s'entend de l'Organisation maritime internationale.
- 3 «Secrétaire général» s'entend du Secrétaire général de l'Organisation.

Artikel 1

Im Sinne dieses Protokolls

1. bedeutet „Protokoll von 1988“ das am 10. März 1988 in Rom beschlossene Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden;
2. bedeutet „Organisation“ die Internationale Seeschifffahrts-Organisation;
3. bedeutet „Generalsekretär“ den Generalsekretär der Organisation.

Article 2

Article 1, paragraph 1, of the 1988 Protocol is replaced by the following text:

1 The provisions of article 1, paragraphs 1(c), (d), (e), (f), (g), (h) and 2(a), of articles 2^{bis}, 5, 5^{bis} and 7, and of articles 10 to 16, including articles 11^{bis}, 11^{ter} and 12^{bis}, of the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, as amended by the

Article 2

Remplacer le paragraphe 1 de l'article premier du Protocole de 1988 par le texte suivant:

1 Les dispositions des paragraphes 1 c), d), e), f), g), h) et 2 a) de l'article premier, celles des articles 2^{bis}, 5, 5^{bis} et 7 et celles des articles 10 à 16, y compris les articles 11^{bis}, 11^{ter} et 12^{bis}, de la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation

Artikel 2

Artikel 1 Absatz 1 des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben c, d, e, f, g und h sowie Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a, die Artikel 2^{bis}, 5, 5^{bis} und 7 sowie die Artikel 10 bis 16 einschließlich der Artikel 11^{bis}, 11^{ter} und 12^{bis} des Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der See-

Protocol of 2005 to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation, shall also apply *mutatis mutandis* to the offences set forth in articles 2, 2^{bis} and 2^{ter} of this Protocol where such offences are committed on board or against fixed platforms located on the continental shelf.

Article 3

1 Article 2, paragraph 1(d) of the 1988 Protocol is replaced by the following text:

(d) places or causes to be placed on a fixed platform, by any means whatsoever, a device or substance which is likely to destroy that fixed platform or likely to endanger its safety.

2 Article 2, paragraph 1(e) of the 1988 Protocol is deleted.

3 Article 2, paragraph 2 of the 1988 Protocol is replaced by the following text:

2 Any person also commits an offence if that person threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, aimed at compelling a physical or juridical person to do or refrain from doing any act, to commit any of the offences set forth in paragraphs 1(b) and (c), if that threat is likely to endanger the safety of the fixed platform.

Article 4

1 The following text is inserted as article 2^{bis}:

Article 2^{bis}

Any person commits an offence within the meaning of this Protocol if that person unlawfully and intentionally, when the purpose of the act, by its nature or context, is to intimidate a population, or to compel a government or an international organization to do or to abstain from doing any act:

(a) uses against or on a fixed platform or discharges from a fixed platform any explosive, radioactive material or BCN weapon in a manner that causes or is likely to cause death or serious injury or damage; or

(b) discharges, from a fixed platform, oil, liquefied natural gas, or other hazardous or noxious substance, which is not covered by subparagraph (a), in such quantity or concentration that causes or is likely to

maritime, telle que modifiée par le Protocole de 2005 relatif à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime, s'appliquent également *mutatis mutandis* aux infractions visées aux articles 2, 2^{bis} et 2^{ter} du présent Protocole lorsque ces infractions sont commises à bord ou à l'encontre de plates-formes fixes situées sur le plateau continental.

Article 3

1 Remplacer le paragraphe 1 d) de l'article 2 du Protocole de 1988 par le texte suivant:

d) place ou fait placer sur une plate-forme fixe, par quelque moyen que ce soit, un dispositif ou une substance propre à détruire la plate-forme fixe ou de nature à compromettre sa sécurité.

2 Supprimer le paragraphe 1 e) de l'article 2 du Protocole de 1988.

3 Remplacer le paragraphe 2 de l'article 2 du Protocole de 1988 par le texte suivant:

2 Commet également une infraction toute personne qui menace de commettre l'une quelconque des infractions visées aux paragraphes 1 b) et c), si cette menace est de nature à compromettre la sécurité de la plate-forme fixe, ladite menace étant assortie ou non, en vertu du droit interne, d'une condition, afin de contraindre une personne physique ou morale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque.

Article 4

1 Insérer le texte ci-après en tant qu'article 2^{bis}:

Article 2^{bis}

Commet une infraction au sens du présent Protocole toute personne qui illicitement et délibérément, lorsque cet acte, par sa nature ou son contexte, vise à intimider une population ou à contraindre un gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque:

a) utilise contre ou à bord d'une plate-forme fixe, ou déverse à partir d'une plate-forme fixe, des explosifs, des matières radioactives ou des armes BCN, d'une manière qui provoque ou risque de provoquer la mort ou des dommages corporels ou matériels graves; ou

b) déverse, à partir d'une plate-forme fixe, des hydrocarbures, du gaz naturel liquéfié, ou d'autres substances nocives ou potentiellement dangereuses, qui ne sont pas visés à l'alinéa a), en quantités ou concen-

schiffahrt in seiner durch das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt geänderten Fassung finden sinngemäß auch auf die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} dieses Protokolls genannten Straftaten Anwendung, wenn diese auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden.

Artikel 3

1. Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe d des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

d) auf eine feste Plattform auf welche Art auch immer eine Vorrichtung oder eine andere Sache bringt oder bringen lässt, die geeignet ist, die feste Plattform zu zerstören oder ihre Sicherheit zu gefährden.

2. Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e des Protokolls von 1988 wird gestrichen.

3. Artikel 2 Absatz 2 des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(2) Eine Straftat begeht auch, wer droht, eine der in Absatz 1 Buchstaben b und c genannten Straftaten zu begehen, sofern diese Drohung geeignet ist, die Sicherheit der festen Plattform zu gefährden, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist, die darauf abzielt, eine natürliche oder juristische Person zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Artikel 4

1. Folgender Wortlaut wird als Artikel 2^{bis} eingefügt:

Artikel 2^{bis}

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich zu dem Zweck einer Handlung, die aufgrund ihres Wesens oder der Umstände darauf abzielt, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen,

a) Sprengstoff, radioaktives Material oder biologische, chemische oder Kernwaffen in einer Weise gegen eine feste Plattform oder auf einer festen Plattform einsetzt oder von einer festen Plattform aus auslöst, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder

b) Öl, verflüssigtes Erdgas oder einen anderen gefährlichen oder schädlichen Stoff, der von Buchstabe a nicht erfasst ist, in einer Menge oder Konzentration von einer festen Plattform aus einleitet, die den Tod oder

cause death or serious injury or damage; or

- (c) threatens, with or without a condition, as is provided for under national law, to commit an offence set forth in subparagraph (a) or (b).

2 The following text is inserted as article 2^{ter}:

Article 2^{ter}

Any person also commits an offence within the meaning of this Protocol if that person:

- (a) unlawfully and intentionally injures or kills any person in connection with the commission of any of the offences set forth in article 2, paragraph 1, or article 2^{bis}; or
- (b) attempts to commit an offence set forth in article 2, paragraph 1, article 2^{bis}, subparagraph (a) or (b), or subparagraph (a) of this article; or
- (c) participates as an accomplice in an offence set forth in article 2, article 2^{bis} or subparagraph (a) or (b) of this article; or
- (d) organizes or directs others to commit an offence set forth in article 2, article 2^{bis} or subparagraph (a) or (b) of this article; or
- (e) contributes to the commission of one or more offences set forth in article 2, article 2^{bis} or subparagraph (a) or (b) of this article, by a group of persons acting with a common purpose, intentionally and either:
- (i) with the aim of furthering the criminal activity or criminal purpose of the group, where such activity or purpose involves the commission of an offence set forth in article 2 or 2^{bis}; or
- (ii) in the knowledge of the intention of the group to commit an offence set forth in article 2 or 2^{bis}.

Article 5

1 Article 3, paragraph 1 of the 1988 Protocol is replaced by the following text:

1 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in articles 2, 2^{bis} and 2^{ter} when the offence is committed:

trations qui provoquent ou risquent de provoquer la mort ou des dommages corporels ou matériels graves; ou

- c) menace de commettre l'une quelconque des infractions visées à l'alinéa a) ou b), ladite menace étant ou non assortie, en vertu du droit interne, d'une condition.

2 Insérer le texte ci-après en tant qu'article 2^{ter}:

Article 2^{ter}

Commet également une infraction au sens du présent Protocole toute personne qui:

- a) illicitement et délibérément blesse ou tue toute personne, lorsque ces faits présentent un lien de connexité avec la commission de l'une des infractions visées au paragraphe 1 de l'article 2 ou à l'article 2^{bis}; ou
- b) tente de commettre une infraction visée au paragraphe 1 de l'article 2, à l'alinéa a) ou b) de l'article 2^{bis} ou à l'alinéa a) du présent article; ou
- c) se rend complice d'une infraction visée à l'article 2 ou 2^{bis} ou à l'alinéa a) ou b) du présent article; ou
- d) organise la commission d'une infraction visée à l'article 2 ou 2^{bis} ou à l'alinéa a) ou b) du présent article ou donne l'ordre à d'autres personnes de la commettre; ou
- e) contribue à la commission de l'une ou plusieurs des infractions visées à l'article 2 ou 2^{bis} ou à l'alinéa a) ou b) du présent article, par un groupe de personnes agissant de concert, cette contribution étant délibérée et faite soit:
- i) pour faciliter l'activité criminelle du groupe ou en servir le but, lorsque cette activité ou ce but suppose la commission d'une infraction visée à l'article 2 ou 2^{bis}; soit
- ii) en sachant que le groupe a l'intention de commettre une infraction visée à l'article 2 ou 2^{bis}.

Article 5

1 Remplacer le paragraphe 1 de l'article 3 du Protocole de 1988 par le texte suivant:

1 Chaque État Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées aux articles 2, 2^{bis} et 2^{ter} quand l'infraction est commise:

schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist, oder

- c) droht, eine unter Buchstabe a oder b genannte Straftat zu begehen, gleichviel ob die Drohung nach innerstaatlichem Recht mit einer Bedingung verknüpft ist.

2. Folgender Wortlaut wird als Artikel 2^{ter} eingefügt:

Artikel 2^{ter}

Eine Straftat im Sinne dieses Protokolls begeht auch, wer

- a) widerrechtlich oder vorsätzlich im Zusammenhang mit der Begehung einer der in Artikel 2 Absatz 1 oder Artikel 2^{bis} genannten Straftaten eine Person verletzt oder tötet oder
- b) eine in Artikel 2 Absatz 1, Artikel 2^{bis} Buchstabe a oder b oder unter Buchstabe a des vorliegenden Artikels genannte Straftat zu begehen versucht oder
- c) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftat teilnimmt oder
- d) eine in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen, oder
- e) zur Begehung einer oder mehrerer der in Artikel 2 oder 2^{bis} oder unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Artikels genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt, und zwar vorsätzlich sowie entweder
- i) zu dem Zweck, die kriminelle Tätigkeit oder das kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder das Ziel die Begehung einer in Artikel 2 oder 2^{bis} genannten Straftat einschließt, oder
- ii) in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Artikel 2 oder 2^{bis} genannte Straftat zu begehen.

Artikel 5

1. Artikel 3 Absatz 1 des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten zu begründen, wenn die Straftat begangen wird

- | | | |
|--|--|--|
| <p>(a) against or on board a fixed platform while it is located on the continental shelf of that State; or</p> <p>(b) by a national of that State.</p> | <p>a) à l'encontre ou à bord d'une plate-forme fixe alors qu'elle se trouve sur le plateau continental de cet État; ou</p> <p>b) par un ressortissant de cet État.</p> | <p>a) gegen eine feste Plattform, während sie sich auf dem Festlandssockel dieses Staates befindet, oder auf einer solchen festen Plattform oder</p> <p>b) von einem Angehörigen dieses Staates.</p> |
|--|--|--|
-
- | | | |
|--|--|---|
| <p>2 Article 3, paragraph 3 of the 1988 Protocol is replaced by the following text:</p> <p>3 Any State Party which has established jurisdiction mentioned in paragraph 2 shall notify the Secretary-General. If such State Party subsequently rescinds that jurisdiction, it shall notify the Secretary-General.</p> | <p>2 Remplacer le paragraphe 3 de l'article 3 du Protocole de 1988 par le texte suivant:</p> <p>3 Tout État Partie qui a établi sa compétence pour les cas visés au paragraphe 2 en informe le Secrétaire général. Si ledit État Partie annule ensuite cette compétence, il en informe le Secrétaire général.</p> | <p>2. Artikel 3 Absatz 3 des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:</p> <p>(3) Jeder Vertragsstaat, der seine Gerichtsbarkeit nach Absatz 2 begründet hat, notifiziert dies dem Generalsekretär. Hebt der Vertragsstaat diese Gerichtsbarkeit später wieder auf, so notifiziert er dies dem Generalsekretär.</p> |
| <p>3 Article 3, paragraph 4 of the 1988 Protocol is replaced by the following text:</p> <p>4 Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in articles 2, 2^{bis} and 2^{ter} in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite the alleged offender to any of the States Parties which have established their jurisdiction in accordance with paragraphs 1 and 2.</p> | <p>3 Remplacer le paragraphe 4 de l'article 3 du Protocole de 1988 par le texte suivant:</p> <p>4 Chaque État Partie prend les mesures nécessaires pour établir sa compétence aux fins de connaître des infractions visées aux articles 2, 2^{bis} et 2^{ter} dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où il ne l'extrade pas vers l'un quelconque des États Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2.</p> | <p>3. Artikel 3 Absatz 4 des Protokolls von 1988 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:</p> <p>(4) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} genannten Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er den Verdächtigen nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels ihre Gerichtsbarkeit begründet haben.</p> |

Article 6**Interpretation and application**

1 The 1988 Protocol and this Protocol shall, as between the Parties to this Protocol, be read and interpreted together as one single instrument.

2 Articles 1 to 4 of the 1988 Protocol, as revised by this Protocol, together with articles 8 to 13 of this Protocol shall constitute and be called the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, 2005 (2005 SUA Fixed Platforms Protocol).

Article 7

The following text is added as article 4^{bis} of the Protocol:

Final clauses
of the Protocol for
the Suppression of Unlawful Acts
against the Safety of Fixed Platforms
Located on the Continental Shelf, 2005

The final clauses of the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf, 2005, shall be articles 8 to 13 of the Protocol of 2005 to the Protocol for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Fixed Platforms Located on the Continental Shelf. References in this Protocol to States Parties shall be tak-

Article 6**Interprétation et application**

1 Le Protocole de 1988 et le présent Protocole sont considérés et interprétés, entre les Parties au présent Protocole, comme un seul et même instrument.

2 Les articles 1 à 4 du Protocole de 1988, tel que révisé par le présent Protocole, ainsi que les articles 8 à 13 du présent Protocole constituent et sont appelés le Protocole de 2005 pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental (Protocole SUA de 2005 sur les plates-formes fixes).

Article 7

Ajouter le texte ci-après en tant qu'article 4^{bis} du Protocole:

Clauses finales
du Protocole de 2005
pour la répression d'actes illicites
contre la sécurité des plates-formes
fixes situées sur le plateau continental

Les clauses finales du Protocole de 2005 pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental sont les articles 8 à 13 du Protocole de 2005 relatif au Protocole pour la répression d'actes illicites contre la sécurité des plates-formes fixes situées sur le plateau continental. Dans le présent Protocole, les références aux États

Artikel 6**Auslegung und Anwendung**

(1) Das Protokoll von 1988 und dieses Protokoll werden zwischen den Vertragsparteien dieses Protokolls als eine einzige Übereinkunft angesehen und ausgelegt.

(2) Die durch dieses Protokoll revidierten Artikel 1 bis 4 des Protokolls von 1988 zusammen mit den Artikeln 8 bis 13 des vorliegenden Protokolls bilden das Protokoll von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, und werden als solches bezeichnet (SUA-Protokoll über feste Plattformen 2005).

Artikel 7

Folgender Wortlaut wird als Artikel 4^{bis} des Protokolls eingefügt:

Schlussklauseln
des Protokolls von 2005 zur
Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen
gegen die Sicherheit fester Plattformen,
die sich auf dem Festlandssockel befinden

Die Schlussklauseln des Protokolls von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden, sind die Artikel 8 bis 13 des Protokolls von 2005 zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandssockel befinden.

en to mean references to States Parties to the 2005 Protocol.

Parties sont considérées comme des références aux États Parties au Protocole de 2005.

Bezugnahmen auf Vertragsstaaten im vorliegenden Protokoll gelten als Bezugnahmen auf Vertragsstaaten des Protokolls von 2005.

Final Clauses

Clauses Finales

Schlussklauseln

Article 8

Signature, ratification, acceptance, approval and accession

1 This Protocol shall be open for signature at the Headquarters of the Organization from 14 February 2006 to 13 February 2007 and shall thereafter remain open for accession.

2 States may express their consent to be bound by this Protocol by:

- (a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- (b) signature subject to ratification, acceptance or approval, followed by ratification, acceptance or approval; or
- (c) accession.

3 Ratification, acceptance, approval or accession shall be effected by the deposit of an instrument to that effect with the Secretary-General.

4 Only a State which has signed the 1988 Protocol without reservation as to ratification, acceptance or approval, or has ratified, accepted, approved or acceded to the 1988 Protocol may become a Party to this Protocol.

Article 9

Entry into force

1 This Protocol shall enter into force ninety days following the date on which three States have either signed it without reservation as to ratification, acceptance or approval, or have deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General. However, this Protocol shall not enter into force before the Protocol of 2005 to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts against the Safety of Maritime Navigation has entered into force.

2 For a State which deposits an instrument of ratification, acceptance, approval or accession in respect of this Protocol after the conditions in paragraph 1 for entry into force thereof have been met, the ratification, acceptance, approval or accession shall take effect ninety days after the date of such deposit.

Article 10

Denunciation

1 This Protocol may be denounced by any State Party at any time after the date on

Article 8

Signature, ratification, acceptance, approbation et adhésion

1 Le présent Protocole est ouvert à la signature du 14 février 2006 au 13 février 2007 au Siège de l'Organisation maritime internationale. Il reste ensuite ouvert à l'adhésion.

2 Les États peuvent exprimer leur consentement à être liés par le présent Protocole par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation; ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation; ou
- c) adhésion.

3 La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion s'effectuent par le dépôt d'un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

4 Seul un État qui a signé le Protocole de 1988 sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou a ratifié, accepté, approuvé le Protocole de 1988 ou y a adhéré peut devenir Partie au présent Protocole.

Article 9

Entrée en vigueur

1 Le présent Protocole entre en vigueur quatre-vingt-dix jours après la date à laquelle trois États l'ont signé sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou ont déposé auprès du Secrétaire général un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion. Toutefois, le présent Protocole n'entre pas en vigueur avant que le Protocole de 2005 relatif à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime ne soit entré en vigueur.

2 Pour un État qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Protocole ou d'adhésion à celui-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur énoncées au paragraphe 1 ont été remplies, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet quatre-vingt-dix jours après la date du dépôt.

Article 10

Dénonciation

1 Le présent Protocole peut être dénoncé par l'un quelconque des États Par-

Artikel 8

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt vom 14. Februar 2006 bis zum 13. Februar 2007 am Sitz der Organisation zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

(2) Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen oder
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(3) Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär.

(4) Nur ein Staat, der das Protokoll von 1988 ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet hat oder das Protokoll von 1988 ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihm beigetreten ist, kann Vertragspartei dieses Protokolls werden.

Artikel 9

Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt neunzig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem drei Staaten es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär hinterlegt haben. Das Protokoll tritt jedoch erst in Kraft, nachdem das Protokoll von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt in Kraft getreten ist.

(2) Für einen Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Protokoll hinterlegt, nachdem die Bedingungen für sein Inkrafttreten in Absatz 1 erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt neunzig Tage nach der Hinterlegung wirksam.

Artikel 10

Kündigung

(1) Dieses Protokoll kann von jedem Vertragsstaat jederzeit nach dem Tag des In-

which this Protocol enters into force for that State.

2 Denunciation shall be effected by the deposit of an instrument of denunciation with the Secretary-General.

3 A denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the instrument of denunciation, after the deposit of the instrument with the Secretary-General.

Article 11

Revision and amendment

1 A conference for the purpose of revising or amending this Protocol may be convened by the Organization.

2 The Secretary-General shall convene a conference of States Parties to this Protocol for revising or amending the Protocol, at the request of one third of the States Parties, or five States Parties, whichever is the higher figure.

3 Any instrument of ratification, acceptance, approval or accession deposited after the date of entry into force of an amendment to this Protocol shall be deemed to apply to the Protocol as amended.

Article 12

Depositary

1 This Protocol and any amendments adopted under article 11 shall be deposited with the Secretary-General.

2 The Secretary-General shall:

(a) inform all States which have signed this Protocol or acceded to this Protocol of:

- (i) each new signature or deposit of an instrument of ratification, acceptance, approval or accession together with the date thereof;
- (ii) the date of the entry into force of this Protocol;
- (iii) the deposit of any instrument of denunciation of this Protocol together with the date on which it is received and the date on which the denunciation takes effect;
- (iv) any communication called for by any article of this Protocol; and

(b) transmit certified true copies of this Protocol to all States which have signed or acceded to this Protocol.

3 As soon as this Protocol enters into force, a certified true copy of the text shall be transmitted by the Secretary-General to the Secretary-General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

ties à tout moment après la date à laquelle le présent Protocole entre en vigueur à l'égard de cet État.

2 La dénonciation s'effectue au moyen du dépôt d'un instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général.

3 La dénonciation prend effet un an après le dépôt de l'instrument de dénonciation auprès du Secrétaire général ou à l'expiration de tout délai plus long énoncé dans cet instrument.

Article 11

Révision et modification

1 Une conférence peut être convoquée par l'Organisation en vue de réviser ou de modifier le présent Protocole.

2 Le Secrétaire général convoque une conférence des États Parties au présent Protocole pour réviser ou modifier le Protocole à la demande d'un tiers des États Parties ou de cinq États Parties, si ce dernier chiffre est plus élevé.

3 Tout instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion déposé après la date d'entrée en vigueur d'un amendement au présent Protocole est réputé s'appliquer au Protocole tel que modifié.

Article 12

Dépositaire

1 Le présent Protocole, ainsi que tout amendement adopté conformément à l'article 11, est déposé auprès du Secrétaire général.

2 Le Secrétaire général:

a) informe tous les États qui ont signé le présent Protocole ou y ont adhéré:

- i) de toute nouvelle signature ou de tout dépôt d'un nouvel instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, ainsi que de leur date;
- ii) de la date d'entrée en vigueur du présent Protocole;
- iii) du dépôt de tout instrument de dénonciation du présent Protocole ainsi que de la date à laquelle il a été reçu et de la date à laquelle la dénonciation prend effet;
- iv) de toute communication faite en application de tout article du présent Protocole; et

b) transmet des copies certifiées conformes du présent Protocole à tous les États qui l'ont signé ou qui y ont adhéré.

3 Dès l'entrée en vigueur du présent Protocole, le Secrétaire général en transmet une copie certifiée conforme au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies en vue de son enregistrement et de sa publication conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

krafttretens des Protokolls für den betreffenden Staat gekündigt werden.

(2) Die Kündigung erfolgt durch Hinterlegung einer Kündigungsurkunde beim Generalsekretär.

(3) Eine Kündigung wird ein Jahr oder einen gegebenenfalls in der Kündigungsurkunde angegebenen längeren Zeitabschnitt nach Hinterlegung der Urkunde beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 11

Revision und Änderung

(1) Die Organisation kann eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Protokolls einberufen.

(2) Der Generalsekretär beruft eine Konferenz der Vertragsstaaten dieses Protokolls zur Revision oder Änderung des Protokolls ein, wenn ein Drittel der Vertragsstaaten oder fünf Vertragsstaaten, je nachdem, welche Zahl größer ist, dies verlangen.

(3) Jede nach Inkrafttreten einer Änderung dieses Protokolls hinterlegte Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde gilt für das Protokoll in seiner geänderten Fassung.

Artikel 12

Verwahrer

(1) Dieses Protokoll und seine nach Artikel 11 beschlossenen Änderungen werden beim Generalsekretär hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär

a) unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder dem Protokoll beigetreten sind, über

- i) jede neue Unterzeichnung oder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie den jeweiligen Zeitpunkt;
- ii) den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls;
- iii) die Hinterlegung jeder Kündigungsurkunde zu diesem Protokoll sowie den Zeitpunkt, zu dem sie eingegangen ist, und den Zeitpunkt, zu dem die Kündigung wirksam wird;

iv) jede aufgrund eines Artikels dieses Protokolls erforderliche Mitteilung und

b) übermittelt allen Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, beglaubigte Abschriften des Protokolls.

(3) Sogleich nach Inkrafttreten dieses Protokolls übermittelt der Generalsekretär dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine beglaubigte Abschrift des Wortlauts zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

**Article 13
Languages**

This Protocol is established in a single original in the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

Done at London this fourteenth day of October two thousand and five.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized by their respective Governments for that purpose, have signed this Protocol.

**Article 13
Langues**

Le présent Protocole est établi en un seul exemplaire original en langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe, chaque texte faisant également foi.

Fait à Londres, ce quatorze octobre deux mille cinq.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur gouvernement respectif, ont signé le présent Protocole.

**Artikel 13
Sprachen**

Dieses Protokoll ist in einer Urschrift in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Geschehen zu London am 14. Oktober 2005.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Denkschrift

A. Allgemeines

I. Ziel

Die vorliegenden Protokolle von 2005 zum Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (SUA-Änderungsprotokoll) und zum Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (Plattform-Änderungsprotokoll), sollen dazu beitragen, die Wirksamkeit des am 10. März 1988 in Rom beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt (Übereinkommen) und des Protokolls vom gleichen Tag zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden (Protokoll von 1988), zu verbessern. Insbesondere dienen sie dazu, widerrechtliche Handlungen gegen oder mithilfe von Seefahrzeugen auf Hoher See wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Proliferation von Massenvernichtungswaffen auf dem Seewege effektiver zu verhindern.

Bereits mit dem Übereinkommen und dem Protokoll vom 10. März 1988 (BGBl. 1990 II S. 494, 496, 508) wurden Gewaltanwendungen, insbesondere gegen Schiffe, Personen an Bord und Ölplattformen, erstmalig weltweit strafrechtlich verfolgbar. Mit dem Übereinkommen und dem Protokoll von 1988 sollten widerrechtliche Gewalttaten gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie gegen am Meeresboden befestigte Plattformen durch Bestrafung der Täter weltweit bekämpft und dadurch die Sicherheit im maritimen Bereich erhöht werden. Die Initiative für das Übereinkommen und das Protokoll von 1988 ging vom Rat und der Versammlung der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (International Maritime Organisation, IMO) aus, nachdem im Oktober 1985 eine Gruppe bewaffneter Terroristen das unter italienischer Flagge fahrende Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ bei der Fahrt von Alexandria nach Port Said in ihre Gewalt gebracht, mit der Erschießung der Passagiere gedroht und eine Person getötet hatte.

Der Deutsche Bundestag hatte am 13. Juni 1990 das Vertragsgesetz zum Übereinkommen und Protokoll von 1988 beschlossen; das Übereinkommen und das Protokoll von 1988 traten am 1. März 1992 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft (BGBl. 1992 II S. 526, 1061) und wurden in deutsches Recht umgesetzt. Das Übereinkommen wurde bislang von 165, das Protokoll von 1988 von 152 Staaten ratifiziert (Stand: 10. März 2015).

Das nunmehr zur Beschlussfassung vorliegende SUA-Änderungsprotokoll sowie das vorliegende Plattform-Änderungsprotokoll wurden von der Diplomatischen Konferenz zur Revision der SUA-Regelungen in London am 14. Oktober 2005 in Form von Protokollen mit dem Ziel der entsprechenden Änderung des Übereinkommens beziehungsweise des Protokolls von 1988 angenommen.

Das SUA-Änderungsprotokoll wurde bislang von 33, das Plattform-Änderungsprotokoll von 29 Vertragsstaaten ratifiziert (Stand: 10. März 2015).

II. Initiative zur Schaffung der Änderungsprotokolle

Die terroristischen Anschläge in New York und Washington vom 11. September 2001 machten die Anfälligkeit der

globalen Transportinfrastruktur sowohl als Terrorziel, aber mehr noch als potenzielles Werkzeug für terroristische Anschläge deutlich. Offenbar wurde auch, dass das Übereinkommen sowie das Protokoll von 1988 keine ausreichende rechtliche Handhabe zum Schutz der Sicherheit im maritimen Bereich gegen diese neue Qualität des Terrorismus bieten, zumal beide überwiegend reaktive und nicht präventive Regelungen enthalten. Vor diesem Hintergrund sollten rechtliche Instrumente zur vorbeugenden Abwehr von Terrorismus sowie Befugnisse zur Unterbindung bei Proliferation von Massenvernichtungswaffen auf Hoher See verstärkt beziehungsweise neu geschaffen werden.

Bereits vor den Anschlägen vom 11. September 2001 hatten die Vereinten Nationen (VN) terroristische Handlungen wiederholt verurteilt und die Staatengemeinschaft unter anderem in der Erklärung über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus (Anlage zur Resolution der Generalversammlung 49/60 vom 9. Dezember 1994), der Erklärung zur Ergänzung der Erklärung von 1994 (Anlage zur Resolution der Generalversammlung 51/210 vom 17. Dezember 1996) und – unter dem Eindruck der Terroranschläge vom 11. September 2001 – der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des VN-Sicherheitsrates dazu aufgerufen, sich an der Bekämpfung und Eindämmung des Terrorismus zu beteiligen, insbesondere durch die Verabschiedung kohärenter Maßnahmen zur Kooperation auf internationaler Ebene. Zur Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen insbesondere in den Händen von Terroristen hatte der VN-Sicherheitsrat in seiner am 30. April 2004 einstimmig angenommenen Resolution 1540 (2004) aufgefordert.

Die Initiative zur Änderung des Übereinkommens und Protokolls von 1988 ging von den Vereinigten Staaten aus. Die Bundesregierung hat die amerikanische Initiative im Rahmen ihrer Nichtverbreitungspolitik von Massenvernichtungswaffen und ihres Engagements innerhalb der „Proliferation Security Initiative“ (PSI) von Anfang an unterstützt und schließlich zum Verhandlungsergebnis maßgeblich beigetragen. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat zunächst die Versammlung der IMO am 20. November 2001 einstimmig die Resolution A.924(22) verabschiedet, in der die Revision vorhandener internationaler rechtlicher und technischer Maßnahmen und die Erwägung neuer Maßnahmen gefordert wird, um Terrorismus gegen Schiffe zu verhüten und zu bekämpfen sowie die Sicherheit an Bord und an Land zu verbessern und dadurch die Gefahr für Passagiere, Besatzung und Hafenpersonal an Bord von Schiffen und in Hafengebieten sowie für Wasserfahrzeuge und deren Ladungen zu verringern. Dementsprechend wurde der Rechtsausschuss der IMO beauftragt, die Notwendigkeit einer Modernisierung der bestehenden Instrumente in den SUA-Verträgen (Übereinkommen und Protokoll von 1988) zu prüfen und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. Er kam zu dem Ergebnis, dass die rechtlichen Instrumente zu eng wären und einer Erweiterung bedürften, um die neuen Formen des Terrorismus zu bekämpfen. Er stellte des Weiteren fest, dass zur wirksamen Bekämpfung die Möglichkeit eines Betretens und Durchsuchens von Schiffen unter fremder Flagge erforderlich ist. Mit Resolution 59/24 vom Februar 2005 forderte die

VN-Generalversammlung die Staatengemeinschaft auf, sich an der Arbeit des Rechtsausschusses der IMO zur Verbesserung der Instrumente zur Bekämpfung widerrechtlicher, insbesondere terroristischer Handlungen zu beteiligen. Der vom IMO-Rechtsausschuss im April 2005 vorgelegte Entwurf der Änderungsprotokolle wurde am 14. Oktober 2005 auf einer diplomatischen Konferenz mit 97 Teilnehmerstaaten, davon 23 als Beobachter, von 71 Staaten unterzeichnet. Die Änderungsprotokolle lagen vom 14. Februar 2006 bis zum 13. Februar 2007 bei der IMO zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf. Die VN-Generalversammlung lud in Resolution 61/222 vom 14. März 2007 die Staaten ein, Vertragsparteien der Änderungsprotokolle zu werden. Das SUA-Änderungsprotokoll trat nach Ratifizierung durch zwölf Staaten, das Plattform-Änderungsprotokoll nach Ratifizierung durch drei Staaten am 28. Juli 2010 international in Kraft. Die geänderten Vertragsfassungen werden nach Artikel 15 Absatz 2 des SUA-Änderungsprotokolls als „SUA-Übereinkommen 2005“ beziehungsweise nach Artikel 6 Absatz 2 des Plattform-Änderungsprotokolls als „SUA-Protokoll über feste Plattformen 2005“ bezeichnet.

III. Grundprinzipien

Die Änderungsprotokolle enthalten rechtliche Instrumente zur Bekämpfung des Terrorismus und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen im internationalen Seeverkehr sowie Eingriffsmechanismen gegenüber terrorismus- und proliferationsverdächtigen Schiffen auf Hoher See. Hierbei sind unter anderem folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Schaffung neuer Straftatbestände, die widerrechtliche, insbesondere terroristische Handlungen, die gegen Schiffe gerichtet beziehungsweise mit Hilfe von Schiffen ausgeführt werden, mit Strafe bewehren;
- Gewährleistung der Strafverfolgung widerrechtlicher, insbesondere terroristischer Handlungen, auf der Hohen See;
- Strafbarkeit des Transports von Massenvernichtungswaffen, ihrer Komponenten und entsprechender Technologien an Bord von Schiffen;
- Möglichkeiten zur Ergreifung präventiver Eingriffsmaßnahmen gegen terrorismus- und proliferationsverdächtige Schiffe auf der Hohen See.

Die Änderungen bewirken eine Ausweitung der Straftatbestände im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und des Transports von Massenvernichtungswaffen auf dem Seewege, führen Kontrollrechte und Befugnisse für Unterbindungsmaßnahmen ein und dienen damit der Anpassung der SUA-Instrumente an die aktuellen Herausforderungen der Bekämpfung des Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Kernpunkt der Neuerungen sind die deutlich weiter gefassten Straftatbestände nach dem neuen Artikel 3^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 sowie die Eingriffsmöglichkeiten nach dem neuen Artikel 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005: Strafverfolgungsbehörden oder andere befugte Beamte eines Vertragsstaates sind unter anderem ermächtigt, ein Schiff, das die Flagge eines anderen Vertragsstaates führt, außerhalb der Territorialgewässer nach ausdrücklicher vorheriger Zustimmung durch den Flaggenstaat anzuhalten und zu durchsuchen, wenn der Verdacht besteht, dass gegen die Regelungen des

SUA-Übereinkommens 2005 verstoßen wird, und für den Fall, dass verdächtige Personen oder Güter an Bord gefunden werden, das Schiff, die Personen oder die Ladung festzuhalten. Nach dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (BGBl. 1994 II S. 1798, 1799, SRÜ) kann kein Staat für sich das Recht in Anspruch nehmen, Teile der Hohen See seiner Souveränität zu unterstellen und Eingriffe in die Freiheit der Schifffahrt anderer Staaten vorzunehmen; Einschränkungen dieses Grundsatzes sind nur nach Maßgabe des SRÜ und nach sonstigen Regeln des Völkerrechts zulässig (vergleiche die Artikel 89 und 87 Absatz 1 Satz 2 SRÜ). Das allgemeine Seevölkerrecht stellt den Staaten nur in wenigen speziellen Fällen (beispielsweise Sklavenhandel, Nacheile bei Verletzung von Rechtsvorschriften eines Küstenstaates) klare Eingriffsrechte gegen die Schiffe anderer Staaten auf der Hohen See zur Verfügung und überlässt die Weiterentwicklung dieses Rechtsregimes der internationalen Zusammenarbeit der Staaten aufgrund völkervertraglicher Verpflichtungen.

Der Vorschlag, den Vertragsparteien ein Recht zum Anhalten und Durchsuchen eines Schiffes auch ohne Autorisierung durch den Flaggenstaat einzuräumen, wenn innerhalb einer bestimmten Zeitspanne keine Rückmeldung auf ein Überprüfungsersuchen erfolgt ist, wurde während der Verhandlungen verworfen. Ein solches Recht entsteht nunmehr nur dann, wenn der unterzeichnende Staat sich dieser Regelung freiwillig unterwirft, indem er bei oder nach Ratifizierung der Änderungsprotokolle erklärt, dass für Schiffe unter seiner Flagge eine Zustimmung auf ein Durchsuchungsersuchen nach Ablauf von vier Stunden oder gar von Anfang an als erteilt gilt. Die Bundesregierung schlägt vor, von dieser Option keinen Gebrauch zu machen, da sie vor dem Hintergrund der umfangreichen Verpflichtungen, die sich aus dem Flaggenstaatsprinzip für die Bundesrepublik Deutschland ergeben, eine Einzelfallprüfung für unabdingbar hält.

Im Rechtsausschuss der IMO besonders umstritten waren die Regelungen zur Strafbarkeit des Seetransports von Nuklearmaterial (Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii des SUA-Übereinkommens 2005) und sogenannter „Dual-Use-Güter“ (das heißt Güter, die sowohl in der zivilen Produktion als auch zur Produktion von ABC-Waffen verwendet werden können; Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv des SUA-Übereinkommens 2005).

Bis zuletzt hatten einige Staaten Bedenken in Bezug auf den neu eingefügten Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv des SUA-Übereinkommens 2005 wegen der Unbestimmtheit der Bestimmung über die Strafbarkeit des Transports von „Dual-Use-Gütern“ geäußert. Diese Staaten wünschten einen Verweis auf die nationale Exportkontrollliste und die Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrates. Die Konferenz war jedoch nicht bereit, den Text entsprechend zu ändern. Stattdessen wurde den Vertragsstaaten im Schlussdokument als Implementierungshilfe die Möglichkeit eingeräumt, für die Bestimmung, ob Ausrüstungen, Materialien und Software oder damit zusammenhängende Technologien wesentlich zur Entwicklung, Herstellung oder Lieferung einer biologischen, chemischen oder Kernwaffe beitragen, die Definition der „related materials“ der Resolution 1540 (2004) des VN-Sicherheitsrats zu verwenden.

Als kontrovers erwies sich auch das Verhältnis der Änderungsprotokolle zum Vertrag über die Nichtverbreitung

von Kernwaffen (NVV), denn der Transport von Nuklearmaterial wird gemäß Artikel 3^{bis} Absatz 2 des SUA-Übereinkommens 2005 nicht als Straftat im Sinne des Übereinkommens angesehen, wenn er von Vertragsstaaten des NVV unter den dort geregelten Bedingungen erfolgt.

Angesichts des Umfangs der Neuregelungen der Änderungsprotokolle wäre aus rechtstechnischer Sicht zu überlegen gewesen, ob ein völlig neues Übereinkommen der Änderung des bereits bestehenden Übereinkommens und des Protokolls von 1988 vorzuziehen gewesen wäre. Dagegen sprach jedoch der Umstand, dass das Übereinkommen bereits von einem Gros der Staatengemeinschaft ratifiziert worden ist und ein Änderungsprotokoll zu diesem Übereinkommen mehr Aussicht auf Akzeptanz hatte als ein gänzlich neues Übereinkommen.

Da es sich bei den Änderungsprotokollen um die Fortentwicklung und Anpassung des Übereinkommens sowie des Protokolls von 1988 handelt, wird im Hinblick auf den weiteren völkerrechtlichen Kontext des SUA-Regimes auf die Denkschrift zum Übereinkommen und zum Protokoll von 1988 (BT-Drucksache 11/4946, S. 24 ff.) verwiesen.

B. Besonderes

I. SUA-Änderungsprotokoll

Das SUA-Änderungsprotokoll besteht aus einer Präambel und 24 Artikeln. Die Präambel zitiert mehrere Erklärungen und Resolutionen der VN-Generalversammlung sowie der IMO-Versammlung mit Bezug zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Vertragsstaaten des SUA-Änderungsprotokolls verleihen der Notwendigkeit von Ergänzung des Übereinkommens Ausdruck, um weitere widerrechtliche Handlungen gegen die Sicherheit der internationalen Seeschifffahrt zu bekämpfen und die Wirksamkeit des Übereinkommens zu verbessern.

Zu Artikel 1

Dieser Artikel enthält Definitionen der Begriffe „Übereinkommen“, „Organisation“ und „Generalsekretär“ im Sinne des SUA-Änderungsprotokolls.

Zu Artikel 2

Die durch Artikel 2 des SUA-Änderungsprotokolls neu eingeführten Definitionen ergänzen Artikel 1 des Übereinkommens, insbesondere in Bezug auf die Straftatbestände der Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005.

Artikel 1 des Übereinkommens, der bisher nur die nunmehr in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a des SUA-Übereinkommens 2005 verankerte Definition des Begriffs „Schiff“ enthielt, wird umfangreich ergänzt.

Nach dem neuen Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des SUA-Übereinkommens 2005 bedeutet der Begriff „Beförderung“ die Verbringung einer Person oder eines Gegenstandes einzuleiten, zu organisieren oder die wirksame Kontrolle, einschließlich der Entscheidungsbefugnis, über die Verbringung auszuüben.

Der neue Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c des SUA-Übereinkommens 2005 definiert den Begriff „schwere Verletzungen oder Schäden“. Unter diesen Begriff fallen die schwere Körperverletzung (Ziffer i), die weitgehende Zerstörung eines öffentlichen Ortes, einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einer Versorgungseinrichtung

oder des öffentlichen Verkehrssystems, die zu erheblichem wirtschaftlichen Schaden führt (Ziffer ii), oder große Schäden an der Umwelt, einschließlich Luft, Erde, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt (Ziffer iii).

Der geänderte Artikel 1 des SUA-Übereinkommens 2005 enthält in Absatz 1 Buchstabe d Bestimmungen der Begriffe „biologische Waffen“, „chemische Waffen“ und „Kernwaffen“. Im deutschen Recht finden sich entsprechende Definitionen in Teil A der Kriegswaffenliste (KWL), einer Anlage zum Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG). Die Begriffsbestimmungen der KWL weisen dabei grundsätzlich einen höheren Detaillierungsgrad auf als diejenigen des SUA-Übereinkommens 2005.

Der neue Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer i des SUA-Übereinkommens 2005 definiert den Begriff der „biologischen Waffen“, zu denen gemäß seinem Unterabsatz 1 zunächst „mikrobiologische oder andere Agenzien“ zählen. Die KWL enthält in Teil A Nummer II.3 eine Auflistung „biologischer Kampfmittel“, die in „schädliche Insekten und deren toxische Produkte“ und „biologische Agenzien (Mikroorganismen, Viren, Pilze sowie Toxine)“ unterteilt werden. Letztere werden durch eine nicht abschließende Aufzählung („insbesondere“) von Beispielen präzisiert, von denen etwa das Ebola-Virus oder das Toxin Ricin zu nennen sind.

Die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer i Unterabsatz 2 des SUA-Übereinkommens 2005 genannten „Waffen, Ausrüstungen oder Trägersysteme“ werden durch Teil A Nummer II.4 der KWL ebenfalls als Kriegswaffen im Sinne des KrWaffKontrG eingestuft. Erfasst sind danach „Einrichtungen oder Geräte, die eigens dazu bestimmt sind, die in Nummer 3 genannten biologischen Kampfmittel für militärische Zwecke zu verwenden, sowie Teile oder Baugruppen, die eigens zur Verwendung in einer solchen Waffe bestimmt sind“.

Bei der Einstufung von solchen Gütern ist allerdings die sogenannte „Zivilklausel“ in der Einleitung zu Teil A der KWL zu beachten. Danach sind von der Begriffsbestimmung der Waffen „alle Vorrichtungen, Teile, Geräte, Einrichtungen, Substanzen und Organismen, die zivilen Zwecken oder der wissenschaftlichen, medizinischen oder industriellen Forschung auf den Gebieten der reinen und angewandten Wissenschaft dienen“, ausgenommen. Ausgenommen sind ferner Organismen des Teils A Nummer II.3 der KWL, „soweit sie Vorbeugungs-, Schutz- oder Nachweiszwecken dienen“.

Der Begriff der „chemischen Waffen“ ist im neuen Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer ii des SUA-Übereinkommens 2005 definiert, wonach hierunter „toxische Chemikalien und ihre Vorprodukte“ fallen. Auch hierzu findet sich ein Pendant in der KWL, die in Teil A Nummer III.5 Buchstabe A eine umfassende Auflistung toxischer Chemikalien und in Teil A Nummer III.5 Buchstabe B eine Aufzählung derjenigen Ausgangsstoffe enthält, die nach deutschem Recht zu den Kriegswaffen zählen.

Das SUA-Änderungsprotokoll nimmt bestimmte Chemikalien und ihre Vorprodukte von der Begriffsbestimmung aus, wenn sie friedlichen Zwecken dienen und nach Art und Menge mit solchen Zwecken vereinbar sind. Dies entspricht der bereits zuvor erwähnten „Zivilklausel“ in der Einleitung zu Teil A der KWL, deren Einhaltung das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie durch restriktive Genehmigungserteilung hinsichtlich der erforder-

derlichen Mengen sicherstellt. Zugleich geht die KWL insoweit über das SUA-Änderungsprotokoll hinaus, als die in Letzterer enthaltenen Ausnahmen für bestimmte militärische Zwecke sowie Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im deutschen Recht keinen Widerspruch finden.

Hingegen sind Munition und Geräte sowie entsprechende Ausrüstungsteile, die das SUA-Änderungsprotokoll zu den chemischen Waffen zählt, nach der Kriegswaffenliste nicht eigens als solche klassifiziert. Vielmehr ist diesbezüglich auf die allgemeinen Listenpositionen der KWL abzustellen; hier sind beispielsweise Flugkörper (KWL Teil B Nummern I.7 bis I.9) oder Bomben (KWL Teil B Nummer VII.44) zu nennen.

Im neuen Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d Ziffer iii des SUA-Übereinkommens 2005 wird der Begriff „Kernwaffen“ in der deutschen Übersetzung als „Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper“ definiert. Diese Waffen werden in Teil A Nummer I.1 der KWL als „Atomwaffen“ bezeichnet, bei denen es sich um „Waffen aller Art [handelt], die Kernbrennstoffe oder radioaktive Isotope enthalten oder eigens dazu bestimmt sind, solche aufzunehmen oder zu verwenden, und Massensterbungen, Massenschäden oder Massenvergiftungen hervorrufen können“. Anders als das SUA-Änderungsprotokoll bezieht die KWL in Teil A Nummer I.2. grundsätzlich auch Teile, Vorrichtungen, Baugruppen oder Substanzen mit ein, die eigens für diese Waffen bestimmt oder für sie wesentlich sind.

Der neue Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e des SUA-Übereinkommens 2005 definiert den Begriff der „toxischen Chemikalie“ als „jede Chemikalie, die durch chemische Wirkung auf die Lebensvorgänge den Tod, eine vorübergehende Handlungsunfähigkeit oder einen Dauerschaden bei Mensch und Tier herbeiführen kann“. Dies gilt für „jede Chemikalie, ungeachtet ihrer Herkunft oder der Art ihrer Produktion und ungeachtet dessen, ob sie in Einrichtungen, in Munition oder anderswo produziert werden“. Wie im Vorstehenden erläutert, findet sich hierzu eine Entsprechung in Teil A Nummer III.5.A der KWL.

Das Gegenstück zum Begriff des „Vorprodukts“, wie er nunmehr in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe f des SUA-Übereinkommens 2005 definiert ist, ist in der Definition der „Ausgangsstoffe“ in Teil A Nummer III.5 Buchstabe B der KWL enthalten.

Der neue Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a des SUA-Übereinkommens 2005 verweist hinsichtlich der Begriffe „öffentlicher Ort“, „staatliche oder öffentliche Einrichtung“, „Versorgungseinrichtung“ und „öffentliches Verkehrssystem“ auf die Definitionen im Internationalen Übereinkommen vom 15. Dezember 1997 zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge (BGBl. 2002 II S. 2506, 2507).

Der neue Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b des SUA-Übereinkommens 2005 verweist hinsichtlich der Begriffe „Ausgangsmaterial“ und „besonderes spaltbares Material“ auf die am 26. Oktober 1956 beschlossene Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation (BGBl. 1958 II S. 4).

Zusammenfassend besteht bezüglich der Definitionen des neuen Artikel 1 des SUA-Übereinkommens 2005 kein Umsetzungsbedarf.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel des SUA-Änderungsprotokolls führt einen neuen Artikel 2^{bis} ein. Dieser enthält zwei vertragsrechtliche Konkurrenz- beziehungsweise Vorrangklauseln (Absätze 1 und 3) und eine Ausnahmeklausel (Absatz 2), die das rechtliche Verhältnis des SUA-Übereinkommens 2005 zu anderen Völkerrechtsnormen und zu verwandten Sachgebieten regeln.

Artikel 2^{bis} Absatz 1 des SUA-Übereinkommens 2005 regelt zunächst generell, dass sonstige Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich aus dem Völkerrecht für Staaten und Einzelpersonen ergeben, durch das SUA-Übereinkommen 2005 nicht „berührt“ werden. Damit stellt die Klausel zweierlei sicher: Zum einen wird deutlich gemacht, dass das SUA-Übereinkommen 2005 die Anwendung sonstigen Völkerrechts auf Sachverhalte, die vom SUA-Übereinkommen 2005 geregelt werden, nicht ausschließt. Der gesamte völkerrechtliche Normbestand bleibt neben dem SUA-Übereinkommen 2005 anwendbar. Zum anderen macht die Klausel deutlich, dass im Falle eines – durch Interpretation nicht auflösbaren – Normkonfliktes zwischen einer Regelung des SUA-Übereinkommens 2005 und einer anderen Völkerrechtsregel die Regelungen des SUA-Übereinkommens 2005 hinter den sonstigen Völkerrechtsregeln zurücktreten.

Zahlreiche Bestimmungen des SUA-Übereinkommens 2005 haben Relevanz für die territoriale Souveränität, für Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und das internationale Flüchtlingsrecht. Das gilt insbesondere für das Anhalten von Schiffen und das Festhalten, das gerichtliche Verfahren, die Überstellung, die Auslieferung und die Bestrafung von verdächtigen Personen unter den Bestimmungen des SUA-Übereinkommens 2005. Hier sind einschlägige menschenrechtliche Verfahrensgarantien und Gewährleistungen aus dem humanitären Völkerrecht sowie dem internationalen Flüchtlingsrecht zu beachten. Die Klausel ergänzt einzelne Einschränkungen mit dieser Zielrichtung, die in einer Reihe von Regelungen des SUA-Übereinkommens 2005 bereits explizit enthalten sind.

Artikel 2^{bis} Absatz 2 des SUA-Übereinkommens 2005 schließt zunächst die Anwendbarkeit des SUA-Übereinkommens 2005 auf Handlungen von Streitkräften im Rahmen von bewaffneten Konflikten im Sinne des humanitären Völkerrechts aus. Militärische Aktionen im Rahmen von internationalen und nicht internationalen bewaffneten Konflikten im Sinne der Genfer Konventionen sind damit von sämtlichen im SUA-Übereinkommen 2005 vorgesehenen Maßnahmen ausgenommen. Des Weiteren werden solche Handlungen von Streitkräften vom SUA-Übereinkommen 2005 nicht umfasst, die von anderen Völkerrechtsnormen geregelt sind und in Ausübung dienstlicher Pflichten erfolgen. In Betracht kommen hier beispielsweise Streitkräfteeinsätze im Rahmen von VN-mandatierten Militäreinsätzen auf der Grundlage einer Resolution des VN-Sicherheitsrates. Der Verweis darauf, dass diese Handlungen ihrerseits in „Erfüllung dienstlicher Pflichten“ erfolgen müssen, ermöglicht, dass das SUA-Übereinkommen 2005 auf solche Streitkräfteeinsätze anwendbar bleibt, die ihr rechtliches Mandat überschreiten. Beide Anwendungsbeschränkungen dienen dem Ausschluss von regulären, das heißt völkerrechtlich erlaubten Streitkräfteeinsätzen von strafrechtlicher Verfolgung im Sinne des SUA-Übereinkommens 2005.

Artikel 2^{bis} Absatz 3 des SUA-Übereinkommens 2005 regelt die weitere Anwendbarkeit des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen. Im Falle eines – durch Interpretation nicht auflösbaren – Normkonfliktes zwischen einer Vorschrift des Übereinkommens und einer Regelung aus den in dieser Klausel benannten Nichtverbreitungsübereinkommen haben Letztere Vorrang. Die Klausel entfaltet Wirkung vor allem in Fällen der nach den benannten Nichtverbreitungsübereinkommen erlaubten Nutzung, dem Austausch und dem Transport der bezeichneten Stoffe und Materialien. Die durch die Nichtverbreitungsübereinkommen erlaubten Verwendungen dieser Stoffe und Materialien, einschließlich ihres Transportes auf dem Seeweg, werden damit den im SUA-Übereinkommen 2005 vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen nicht unterworfen. Eine Abänderung des bestehenden Nichtverbreitungsregimes durch das Protokoll wird durch die Klausel rechtstechnisch ausgeschlossen.

Zu Artikel 4

Die Nummern 1 bis 4 des Artikels 4 des SUA-Änderungsprotokolls beinhalten mehrere Änderungen des Artikels 3 Absatz 1 und 2 des Übereinkommens.

In Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens wird Buchstabe g gestrichen, der die Verletzung oder Tötung einer Person im Zusammenhang mit der Begehung einer Straftat regelte. Dieser Tatbestand wird aus redaktionellen Gründen durch Artikel 4 Nummer 7 des SUA-Änderungsprotokolls in den neuen Artikel 3^{quater} Buchstabe a des SUA-Übereinkommens 2005 verschoben. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle (Folge-)Änderungen.

Die bisher in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a des Übereinkommens geregelte Versuchsstrafbarkeit wird aus redaktionellen Gründen nunmehr im neuen Artikel 3^{quater} Buchstabe b des SUA-Übereinkommens 2005 geregelt. Die bisher in Absatz 2 Buchstabe b des Übereinkommens geregelte Beteiligung an den Straftaten wird ebenfalls aus redaktionellen Gründen in den neuen Artikel 3^{quater} Buchstabe c und d des SUA-Übereinkommens 2005 verschoben. Die weiteren Änderungen in Artikel 3 Absatz 2 des Übereinkommens sind redaktioneller Art.

Durch Artikel 4 Nummer 5 des SUA-Änderungsprotokolls wird ein neuer Artikel 3^{bis} in das SUA-Übereinkommen 2005 eingefügt. Die Vorschrift ist – neben Artikel 3 des SUA-Übereinkommens 2005 – dessen strafrechtliche Kernvorschrift.

Den neuen Tatbeständen des Artikels 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a des SUA-Übereinkommens 2005 ist gemein, dass sie voraussetzen, dass die strafbare Handlung darauf abzielt, die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen.

Der neue Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i fordert die Bestrafung von Personen, die rechtswidrig und vorsätzlich Sprengstoff, radioaktives Material oder biologische, chemische oder Kernwaffen gegen ein Schiff oder auf einem Schiff einsetzen oder von einem Schiff aus auslösen, wenn dadurch Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht werden oder wenn die Hand-

lung dazu geeignet ist, entsprechende Wirkungen zu verursachen.

Der neue Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii des SUA-Übereinkommens 2005 fordert die Bestrafung von Personen, die rechtswidrig und vorsätzlich Öl, verflüssigtes Erdgas oder einen anderen gefährlichen oder schädlichen Stoff von einem Schiff aus einleiten, wenn dies den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht oder zu verursachen geeignet ist.

Nach dem neuen Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii soll bestraft werden, wer ein Schiff in einer Weise verwendet, die den Tod oder schwere Verletzungen oder Schäden verursacht.

Nach dem neuen Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iv soll auch die Drohung mit einer der vorgenannten Straftaten sanktioniert werden.

Das deutsche Recht entspricht diesen Vorgaben. Einschlägig sind insbesondere die Vorschriften des siebten Abschnitts (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung), des sechzehnten bis achtzehnten Abschnitts (Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit und die persönliche Freiheit) sowie des siebenundzwanzigsten bis neunundzwanzigsten Abschnitts des Strafgesetzbuchs (Sachbeschädigung, gemeingefährliche Straftaten und Straftaten gegen die Umwelt – insoweit die §§ 307, 308, 328, 330a StGB).

Mit dem neuen Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe b soll der Transport bestimmter Materialien, Waffen und Ausrüstungen unter Strafe gestellt werden: Nach Ziffer i soll der Transport von Sprengstoff und radioaktivem Material bestraft werden, wenn deren Transport in dem Wissen erfolgt, dass diese dazu benutzt werden oder dass damit gedroht werden soll, Tod oder ernsthafte Verletzungen oder Schäden hervorzurufen, um damit die Bevölkerung einzuschüchtern oder eine Regierung oder eine internationale Organisation zu zwingen, etwas zu tun oder zu unterlassen. Die Ziffern ii bis iv betreffen den Transport von biologischen, chemischen oder Kernwaffen sowie von Ausgangs- und besonderem spaltbarem Material oder Ausrüstungen oder Materialien, die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind, sowie den Transport von Ausrüstungen, Materialien und Software oder damit zusammenhängender Technologien, die wesentlich zur Entwicklung, Herstellung oder Lieferung einer biologischen, chemischen oder Kernwaffe beitragen.

Die Vorgaben des Artikels 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe b werden im deutschen Recht insbesondere durch Strafvorschriften aus dem siebten, achtundzwanzigsten und neunundzwanzigsten Abschnitt des Strafgesetzbuchs (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, gemeingefährliche Straftaten, Straftaten gegen die Umwelt – insoweit § 328 StGB) sowie durch die Strafvorschriften aus dem Sprengstoffgesetz erfüllt. Für einzelne Konstellationen ist es denkbar, dass im Fall des Transports auch strafrechtliche Normen des KrWaffKontrG greifen: Es wird beispielsweise nach § 19 Absatz 1 Nummer 1 KrWaffKontrG bestraft, wer mit Atomwaffen Handel treibt oder sonst die tatsächliche Gewalt über sie ausübt. Zugleich erfolgt eine Ausweitung der Strafbarkeit, indem § 19 Absatz 1 Nummer 2 KrWaffKontrG das Fördern einer entsprechenden Handlung genügen lässt. Eine weitere Strafvorschrift findet sich ferner in § 20 KrWaffKontrG, der den Umgang

mit biologischen und chemischen Waffen betrifft. Nach § 21 KrWaffKontrG gelten bei bestimmten Verstößen gegen die Straftatbestände der §§ 19 und 20 KrWaffKontrG unabhängig vom Recht des Tatorts auch für Taten, die außerhalb des Geltungsbereichs dieser Vorschriften begangen werden, wenn der Täter Deutscher ist. Hervorzuheben ist schließlich die in § 22a Absatz 1 Nummer 5 KrWaffKontrG getroffene Regelung, wonach bestraft wird, wer mit Seeschiffen, die die Bundesflagge führen, absichtlich oder wissentlich Kriegswaffen ohne Genehmigung nach § 4 KrWaffKontrG befördert, die außerhalb des Bundesgebietes ein- und ausgeladen und durch das Bundesgebiet nicht durchgeführt werden. Zusammenfassend ergibt sich somit aus kriegswaffenkontrollrechtlicher Sicht kein Umsetzungsbedarf hinsichtlich des Änderungsprotokolls.

Der zweite Absatz des neuen Artikel 3^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 enthält eine Ausschlussklausel für die Strafbarkeit. Danach ist die Beförderung der in Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii und iv genannten Gegenstände oder Materialien nicht strafbar, wenn diese im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 (BGBl. 1974 II S. 785, 786) erfolgt. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Vertrag am 2. Mai 1975 beigetreten. Eine unmittelbar vergleichbare Regelung findet sich im KrWaffKontrG nicht. Vielmehr wurde in § 16 KrWaffKontrG ein anderer Ansatzpunkt gewählt. Diese Vorschrift bestimmt, dass die Strafvorschrift des § 19 KrWaffKontrG nur für solche Atomwaffen gilt, die nicht der Verfügungsgewalt von Mitgliedstaaten des Nordatlantikvertrages vom 4. April 1949 (BGBl. 1955 II S. 256, 289) unterstehen oder die nicht im Auftrag solcher Staaten entwickelt oder hergestellt werden. Weitere Ausnahmen wurden in § 19 Absatz 6 KrWaffKontrG aufgenommen. Hiernach gilt § 19 Absatz 1 bis 5 KrWaffKontrG nicht für Handlungen, die entweder zur Vernichtung von Atomwaffen durch die dafür zuständigen Stellen oder zum Schutz gegen Wirkungen von Atomwaffen oder zur Abwehr dieser Wirkungen geeignet und bestimmt ist. Auch hier besteht im Ergebnis kein Umsetzungsbedarf.

Artikel 4 Nummer 6 des SUA-Änderungsprotokolls fügt den neuen Artikel 3^{ter} in das Übereinkommen ein. Danach ist zu bestrafen, wer widerrechtlich und vorsätzlich eine andere Person an Bord eines Schiffes befördert in dem Wissen, dass diese Person eine vom SUA-Übereinkommen 2005 oder den im Anhang zum SUA-Übereinkommen 2005 aufgezählten Verträgen vorgesehene Straftat begangen hat, und beabsichtigt, dieser Person zu helfen, sich der Strafverfolgung zu entziehen. Im deutschen Recht ist die Vorschrift bereits durch § 258 StGB abgedeckt. Mit Blick auf § 258 Absatz 6 StGB, wonach, wer die Tat zugunsten eines Angeklagten begeht, straffrei ist, schlägt die Bundesregierung vor, dass von der in Artikel 21 Absatz 3 des SUA-Änderungsprotokolls vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht und bei Ratifikation eine Erklärung betreffend die Straffreiheit von Familienangehörigen abgegeben wird.

Durch Artikel 4 Nummer 7 des SUA-Änderungsprotokolls wird ein neuer Artikel 3^{quater} Buchstabe a in das Übereinkommen eingeführt, wonach derjenige zu bestrafen ist, der im Zusammenhang mit der Begehung einer der in Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3^{bis} oder Artikel 3^{ter} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten eine

Person verletzt oder tötet. Dies ist im deutschen Recht durch die §§ 211 ff., 223 ff. StGB abgedeckt.

Artikel 3^{quater} Buchstabe b des SUA-Übereinkommens 2005 regelt die Versuchsstrafbarkeit hinsichtlich der in Artikel 3 Absatz 1, Artikel 3^{bis} Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i, ii oder iii oder in Artikel 3^{quater} Buchstabe a des SUA-Übereinkommens 2005 vorgesehenen Straftatbestände. Artikel 3^{quater} Buchstabe c und d des SUA-Übereinkommens 2005 sanktionieren die Beteiligung an einer der in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} Buchstabe a oder b des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten als Mittäter, Anstifter oder in der Form der Beihilfe. Umsetzungsbedarf ist aufgrund der §§ 22, 23 Absatz 1, § 25 Absatz 2, §§ 26, 27 und 30 StGB nicht vorhanden.

Nach dem neuen Artikel 3^{quater} Buchstabe e des SUA-Übereinkommens 2005 ist derjenige zu bestrafen, der zur Begehung einer oder mehrerer der in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} Buchstabe a oder b des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt. Dabei muss er entweder zu dem Zweck handeln, die kriminelle Tätigkeit oder das kriminelle Ziel der Gruppe zu fördern, wenn die Tätigkeit oder das Ziel die Begehung einer in Artikel 3, 3^{bis} oder 3^{ter} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftat einschließt, oder in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, eine in Artikel 3, 3^{bis} oder 3^{ter} des SUA-Übereinkommens 2005 genannte Straftat zu begehen. Im deutschen Recht ist dies über § 129 Absatz 1 StGB (Unterstützen einer kriminellen Vereinigung) beziehungsweise über § 129a Absatz 5 StGB (Unterstützen einer terroristischen Vereinigung) erfasst. Das in § 129 Absatz 1 beziehungsweise in § 129a Absatz 5 StGB enthaltene Merkmal der „Unterstützung“ einer kriminellen oder einer terroristischen Vereinigung füllt die Voraussetzungen aus.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel des SUA-Änderungsprotokolls ändert in Nummer 1 den Artikel 5 des Übereinkommens in redaktioneller Hinsicht und führt in Nummer 2 einen neuen Artikel 5^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 ein. Nach diesem soll ein Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen treffen, um juristische Personen strafrechtlich, zivilrechtlich oder verwaltungsrechtlich zur Verantwortung ziehen zu können, wenn die juristische Person ihren Sitz in seinem Hoheitsgebiet hat oder nach seinem Recht gegründet wurde und wenn eine für die Leitung oder Kontrolle dieser juristischen Person zuständige Person in dieser Eigenschaft eine im SUA-Übereinkommen 2005 genannte Straftat begangen hat. Dabei müssen die Rechtsfolgen nach Artikel 5^{bis} Absatz 3 des SUA-Übereinkommens 2005 geeignete Sanktionen strafrechtlicher, zivilrechtlicher oder verwaltungsrechtlicher Art vorsehen, die auch Abschreckungswirkung entfalten. Da das deutsche Recht mit § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG), nach dem gegen juristische Personen eine Geldbuße festgesetzt werden kann, wenn das vertretungsberechtigte Organ eine Straftat begangen hat, bereits eine ausreichende Handhabe bietet, besteht insoweit kein Umsetzungsbedarf.

Nach § 30 Absatz 2 OWiG beträgt das Höchstmaß der Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen zehn Millionen Euro. Hierdurch ist die geforderte Abschreckungswirkung gewährleistet.

Der neue Artikel 5^{bis} Absatz 2 stellt klar, dass die für die juristische Person handelnden natürlichen Personen unabhängig von den Maßnahmen nach Absatz 1 strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Auch hier besteht kein Umsetzungsbedarf.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel des SUA-Änderungsprotokolls betrifft redaktionelle Folgeänderungen in Artikel 6 des Übereinkommens in Bezug auf das Strafanwendungsrecht (Gerichtbarkeit) für die neu hinzugekommenen Strafvorschriften. Artikel 6 Absatz 1 des SUA-Übereinkommens 2005 ist nach wie vor von den §§ 3 bis 7, 9 StGB abgedeckt. Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c des SUA-Übereinkommens 2005 sieht die Geltung nationalen Strafrechts für die Tat eines eigenen Staatsangehörigen des Vertragsstaats vor. Diese Vorgabe wird von § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB abgedeckt. Da davon auszugehen ist, dass spätestens aufgrund des SUA-Übereinkommens sämtliche Vertragsstaaten entsprechende Tatbestände vorsehen werden, wird in diesen Staaten auch die von § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB grundsätzlich geforderte Tatortstrafbarkeit gegeben sein. Daher kann dahinstehen, ob Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c des SUA-Übereinkommens 2005 die Anwendbarkeit des eigenen Strafrechts auch dann fordert, wenn keine Tatortstrafbarkeit besteht. Gegen ein solches Verständnis spricht, dass inzwischen bei anderen internationalen Übereinkommen explizit geregelt wird, wenn ein solcher Verzicht geboten ist (vergleiche beispielsweise Artikel 25 Absatz 4 des Übereinkommens des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch vom 25. Oktober 2007, Artikel 44 Absatz 3 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 und Artikel 17 Absatz 4 der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie sowie zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates. Handlungen auf Hoher See werden ebenfalls von § 7 Absatz 2 Nummer 1 StGB (Tatort unterliegt keiner Strafgewalt) erfasst.

Artikel 6 Absatz 4 des Übereinkommens wird wegen der neu hinzugekommenen Strafvorschriften geändert. Die schon zuvor enthaltene Regelung zur Begründung der Gerichtbarkeit in Fällen der Nichtauslieferung blieb unverändert. Sie verlangt vom ersuchten Staat, ein Auslieferungsverfahren beziehungsweise, wenn er den Verdächtigen nicht ausliefert, wegen der Schwere der vom SUA-Übereinkommen 2005 abgedeckten Straftaten ein Strafverfahren zu eröffnen, um zu verhindern, dass der Urheber der Straftat einer angemessenen Strafe entkommt. Diese Vorschrift wird insoweit von § 7 Absatz 2 Nummer 2 StGB erfasst, als danach deutsches Strafrecht anwendbar ist, wenn ein ausländischer Täter einer Auslandsstat, die am Tatort mit Strafe bedroht ist oder in dem Fall, dass der Tatort keiner Strafgewalt unterliegt, nicht ausgeliefert wird, weil ein Auslieferungsersuchen nicht innerhalb angemessener Frist gestellt oder abgelehnt wird oder die Auslieferung nicht ausführbar ist, obgleich das Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG) die Auslieferung an einen ausländischen Staat zuließe.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel des SUA-Änderungsprotokolls fügt dem Übereinkommen eine Anlage mit neun Übereinkommen aus dem Bereich der Terrorismusbekämpfung an. Die Bundesrepublik Deutschland ist sämtlichen Übereinkommen beigetreten. In dieser Anlage sind diejenigen Verträge aufgeführt, in denen Straftatbestände geregelt werden, die auch von dem SUA-Übereinkommen 2005 erfasst sind.

Zu Artikel 8

Im Hinblick auf die neu hinzugekommenen Straftatbestände passt Artikel 8 Nummer 1 des SUA-Änderungsprotokolls Artikel 8 Absatz 1 des Übereinkommens redaktionell an. Im neu gefassten Artikel 8 Absatz 1 des SUA-Übereinkommens 2005 wird die bisherige Bezugnahme auf „die in Artikel 3 genannten Straftaten“ auf „die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} genannten Straftaten“ und damit der Handlungsspielraum des Kapitäns zur Übergabe einer Person an andere Vertragsstaaten erweitert, die der Kapitän an Bord mitführt und von der er den begründeten Anlass zu der Annahme hat, dass sie eine Straftat im Sinne der zuvor genannten Artikel begangen hat. Die Umsetzung des Artikels 8 des Übereinkommens erfolgte in Artikel 3 seines Zustimmungsgesetzes, der durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16. Juni 2002 (BGBl. I S. 1815) eingefügt wurde. Es ist beabsichtigt, die Regelung gemäß Artikel 8 Absatz 1 des Übereinkommens in der Fassung von Artikel 8 Nummer 1 des SUA-Änderungsprotokolls durch den Verweis auf den erweiterten Katalog der Straftatbestände nach Artikel 8 Absatz 1 des SUA-Übereinkommens 2005 in dem neu zu erlassenden „Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale strafrechtliche Zusammenarbeit auf Hoher See“ umzusetzen. Die Regelung soll zudem durch eine Mitteilungspflicht für den Kapitän eines Schiffes, das die Bundesflagge führt, ergänzt werden, mit der sichergestellt werden soll, dass die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder zur Koordinierung von Gewaltabwehrmaßnahmen über die beabsichtigte Übergabe an einen anderen Küstenstaat informiert werden. Weiterhin soll der Kapitän zur Eintragung des wesentlichen Sachverhalts einer Übergabe nach Artikel 8 Absatz 1 oder 2 des SUA-Übereinkommens 2005 verpflichtet werden.

Artikel 8 Nummer 2 des SUA-Änderungsprotokolls führt einen neuen Artikel 8^{bis} in das Übereinkommen ein. Dieser enthält spezielle völkerrechtliche Regelungen für das Aufbringen und Durchsuchen fremder und eigener Schiffe auf der Hohen See auf Ersuchen oder mit Genehmigung des jeweiligen Flaggenstaats und ist somit – neben den Artikeln 3, 3^{bis} bis, 3^{ter} und 3^{quater} – die zentrale Bestimmung des SUA-Änderungsprotokolls. Die Schaffung des Artikels 8^{bis} war für die Bekämpfung terroristischer Handlungen gegen die oder mittels der Seeschifffahrt sowie zur Bekämpfung der Proliferation auf dem Seeweg aufgrund bestehender seevölkerrechtlicher Vorgaben erforderlich. Nach Artikel 89 SRÜ kann kein Staat für sich das Recht in Anspruch nehmen, Teile der Hohen See seiner Souveränität zu unterstellen und Eingriffe in die Freiheit der Schifffahrt anderer Staaten vorzunehmen. Einschränkungen dieses Grundsatzes sind nur nach Maßgabe des Seerechtsübereinkommens und nach

sonstigen Regeln des Völkerrechts zulässig (vergleiche Artikel 87 Absatz 1 Satz 2 SRÜ). Das allgemeine Seevölkerrecht stellt den Staaten nur in wenigen speziellen Fällen (zum Beispiel Sklavenhandel, Nachteile bei Verletzung von Rechtsvorschriften eines Küstenstaats) klare Eingriffsrechte gegen die Schiffe anderer Staaten auf der Hohen See zur Verfügung und überlässt die Weiterentwicklung dieses Rechtsregimes der internationalen Zusammenarbeit der Staaten aufgrund völkervertraglicher Verpflichtungen. Die Vorschrift des Artikels 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 ist gleichlautenden Regelungen in Artikel 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (Wiener Suchtstoffübereinkommen) (BGBl. 1993 II S. 1136, 1137) und Artikel 8 des Zusatzprotokolls vom 15. November 2000 gegen die Schleuung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (BGBl. 2005 II S. 954, 956, 1007; 2007 II S. 1348) nachgebildet. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Küstenstaaten in ihrem Küstenmeer (vergleiche Artikel 27 SRÜ) werden durch Artikel 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 nicht eingeschränkt.

Umsetzungsbedarf besteht mit Blick auf § 16 SeeAufgG nicht, der künftig materiell-rechtlich unverändert in das neu zu schaffende „Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale strafrechtliche Zusammenarbeit auf Hoher See“ überführt wird.

Der neue Artikel 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 trifft in Absatz 4 Regelungen im Hinblick auf das Hilfeersuchen eines Flaggenstaats. Hat dieser den begründeten Anlass zu dem Verdacht, dass eine der in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} genannten Straftaten unter Beteiligung eines seine Flagge führenden Schiffes begangen wurde, gerade begangen wird oder begangen werden soll, kann er andere Vertragsstaaten ersuchen, ihm bei der Verhütung oder Bekämpfung der Straftat zu helfen. Die darum ersuchten Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel diese Hilfe zu leisten.

Begegnen befugte Beamte eines Vertragsstaats seewärts des Küstenmeeres eines Staates einem Schiff, das die Flagge eines anderen Vertragsstaats führt, und besteht begründeter Anlass zum Verdacht, dass das Schiff oder eine an Bord des Schiffes befindliche Person im Zusammenhang mit einer in Artikel 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftat steht, können diese das Schiff nach dem neuen Verfahren gemäß Artikel 8^{bis} Absatz 5 des SUA-Übereinkommens 2005 anhalten, durchsuchen und die sich an Bord befindenden Personen befragen, wenn der Flaggenstaat dieses Schiffes dies ausdrücklich genehmigt. Dazu notifiziert die ersuchende Partei den Flaggenstaat unter Angabe aller bekannten Informationen über das Schiff unter Beachtung der in Artikel 8^{bis} Absatz 2 des SUA-Übereinkommens 2005 geregelten formellen Anforderungen. Dieser kann die Genehmigung vorbehaltlos erteilen, die Genehmigung von einer Bedingung abhängig machen, das Anhalten des Schiffes oder die Durchsuchung selbst durchführen, das Anhalten und die Durchsuchung zusammen mit der ersuchenden Partei vornehmen oder das Ersuchen ablehnen. Die Vertragsstaaten können beim IMO-Generalsekretär im Voraus eine allgemeine Geneh-

migung für diese Fälle mit oder ohne Bedingung notifizieren. Die Bundesregierung schlägt vor, von dieser Option keinen Gebrauch zu machen, da sie vor dem Hintergrund der umfangreichen Verpflichtungen, die sich aus dem Flaggenstaatsprinzip für die Bundesrepublik Deutschland ergeben, eine Einzelfallprüfung für unabdingbar hält.

Werden bei der Durchsuchung Beweise für die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} oder 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten gefunden, kann der Flaggenstaat nach Artikel 8^{bis} Absatz 6 Satz 1 des SUA-Übereinkommens 2005 das vorläufige Festhalten des Schiffes, der Ladung und der an Bord befindlichen Personen genehmigen. Werden bei der Durchsuchung Beweise für nicht von dem SUA-Übereinkommen 2005 erfasste widerrechtliche Handlungen entdeckt, unterrichtet die ersuchende Partei den Flaggenstaat hiervon unverzüglich.

Der genehmigende Flaggenstaat kann seine Genehmigung in Bezug auf das Anhalten, die Durchsuchung und das Festhalten des Schiffes von Bedingungen abhängig machen (Artikel 8^{bis} Absatz 7 des SUA-Übereinkommens 2005). Insbesondere kann der Flaggenstaat die Verantwortlichkeit und den Umfang der zu treffenden Maßnahmen bestimmen. Zusätzliche Maßnahmen dürfen aber seitens des ersuchenden Vertragsstaats zur Abwendung unmittelbarer Gefahr für das Leben von Personen getroffen werden oder wenn sie sich aus zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften ableiten.

Der Flaggenstaat kann seine Gerichtsbarkeit für anwendbar erklären oder in die Ausübung der Gerichtsbarkeit eines anderen Vertragsstaats einwilligen (Artikel 8^{bis} Absatz 8 des SUA-Übereinkommens 2005).

Bei der Durchführung der genehmigten Maßnahmen ist Gewalt im Allgemeinen zu vermeiden und in erforderlichen Fällen verhältnismäßig anzuwenden (Artikel 8^{bis} Absatz 9 des SUA-Übereinkommens 2005).

Der die Maßnahmen ausführende Vertragsstaat trifft dazu nach Artikel 8^{bis} Absatz 10 des SUA-Übereinkommens 2005 diverse Sicherungsmaßnahmen und haftet für Schäden, Verletzungen und Verluste, wenn die Maßnahmen widerrechtlich oder unverhältnismäßig durchgeführt wurden oder sich der Verdacht als unbegründet erweist.

Die Durchsuchungsorgane Dritter müssen als solche deutlich zu erkennen und von ihrer Regierung ordentlich ermächtigt sein. Sie haben beim Anhalten dem Kapitän des kontrollierten Schiffes entsprechende Ausweispapiere vorzulegen.

Artikel 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 enthält eine Unberührtheitsklausel hinsichtlich des für ähnliche Fälle geltenden Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrechts, beispielsweise das Recht der Nachteile (Artikel 8^{bis} Absatz 11 des SUA-Übereinkommens 2005).

Die Vertragsstaaten arbeiten so weit wie irgend möglich zusammen, um vom SUA-Übereinkommen 2005 erfasste widerrechtliche Handlungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu verhüten und zu bekämpfen.

Diese sollen dabei auf die von ihnen gestellten Ersuchen nach Artikel 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 eine schnelle Antwort des Flaggenstaats erhalten (Artikel 8^{bis} Absatz 1 des SUA-Übereinkommens 2005). Die Vertragsstaaten werden zudem ermutigt, standardisierte Vorgehensweisen für gemeinsame Einsätze nach diesem Artikel zu schaffen und Vereinbarungen zur erleichterten

Durchführung der Strafverfolgungseinsätze zu erarbeiten. Beim Anhalten des Schiffes auf See und bei der Durchsuchung der Ladung sind die damit verbundenen Schwierigkeiten und Gefahren durch die Vertragsstaaten zu berücksichtigen (Artikel 8^{bis} Absatz 3, 12 und 13 des SUA-Übereinkommens 2005).

Durch Artikel 8^{bis} Absatz 14 des SUA-Übereinkommens 2005 werden die Vertragsstaaten verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass ihre eigenen Strafverfolgungsbeamte und andere befugte Beamte ermächtigt sind, nach den Vorgaben des Artikels 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 zu handeln. Sofern Strafverfolgungsbeamte und andere befugte Beamte anderer Vertragsstaaten in seinem Auftrag tätig sind, muss jeder Vertragsstaat zudem sicherstellen, dass auch diese im Rahmen des Artikels 8^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 handeln.

Nach Artikel 8^{bis} Absatz 15 des SUA-Übereinkommens 2005 benennt jeder Vertragsstaat die Behörde, die Ersuchen um Hilfeleistung, um die Bestätigung der Staatszugehörigkeit und um die Genehmigung, geeignete Maßnahmen zu treffen, entgegennehmen und beantworten. Für die Bundesrepublik Deutschland ist bisher das Bundeskriminalamt als insofern zuständige Behörde nach § 16 Absatz 5 des Seeaufgabengesetzes, dessen Regelungsgehalt vollständig in das neu zu schaffende „Gesetz über die internationale Zusammenarbeit zur Durchführung von Sanktionsrecht der Vereinten Nationen und über die internationale strafrechtliche Zusammenarbeit auf Hoher See“ überleitet werden soll, benannt. Es ist beabsichtigt, sowohl für die Entgegennahme eingehender, auch für die Weiterleitung ausgehender Ersuchen zur Durchführung von Strafverfolgungsmaßnahmen – auch im Sinne des vorgenannten SUA-Übereinkommens 2005 – nach § 16 Absatz 1 Seeaufgabengesetz das Bundeskriminalamt zu benennen.

Zu Artikel 9

Durch diesen Artikel des SUA-Änderungsprotokolls wird Artikel 10 Absatz 2 des Übereinkommens neu gefasst. Artikel 10 Absatz 2 des SUA-Übereinkommens 2005 betrifft unter anderem die Gewährleistung eines rechtsstaatlichen Verfahrens bei Maßnahmen gegen einen Beschuldigten beziehungsweise Angeklagten, wie zum Beispiel Haft. Dies löst keinen Umsetzungsbedarf aus. Deutsche Behörden sind an Recht und Gesetz, insbesondere an das Grundgesetz (GG), gebunden. Die Wahrung dieser Rechte ist in der deutschen Rechtsordnung umfassend gewährleistet.

Zu Artikel 10

Durch diesen Artikel des SUA-Änderungsprotokolls werden Artikel 11 Absatz 1 bis 4 des Übereinkommens geändert und die neuen Artikel 11^{bis} und 11^{ter} eingefügt. Inhaltlich entspricht Artikel 11 des SUA-Übereinkommens 2005 den Regelungen der Artikel 3 und 4 des Europäischen Übereinkommens vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321, 322). Die Vorschrift soll eine Auslieferung wegen der in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten ermöglichen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die genannten Straftaten als auslieferungsfähige Straftaten anzusehen. Die Auslieferung erfolgt – ob auf der Grund-

lage eines Vertrags oder vertraglos – nach den Vorgaben des nationalen Rechts (Artikel 11 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des SUA-Übereinkommens).

Umsetzungsbedarf besteht nicht. In Deutschland ist eine Auslieferung auch auf vertragloser Grundlage nach § 2 IRG möglich. Die in den Artikeln 3 bis 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten sind grundsätzlich auslieferungsfähig im Sinne von § 3 Absatz 2 IRG. Eine Auslieferung deutscher Staatsangehöriger erfolgt nach Artikel 16 Absatz 2 Satz 1 GG grundsätzlich nicht. Ausnahmen von diesem Grundsatz lässt Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 GG nur bei Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof zu. Den Vorgaben des Protokolls, das die nationalen Rechtsvorschriften zur Auslieferung unberührt lässt, steht dies nicht entgegen.

Für diejenigen Vertragsstaaten, denen eine extraterritoriale Gerichtsbarkeit nicht bekannt ist, sieht der geänderte Artikel 11 Absatz 4 des Übereinkommens vor, dass für die Zwecke der Auslieferung die in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannten Straftaten nötigenfalls so zu behandeln sind, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch an einem der Hoheitsgewalt des Vertragsstaats, der um Auslieferung ersucht, unterstehenden Ort begangen worden. Die Bundesrepublik Deutschland kennt die extraterritoriale Gerichtsbarkeit.

Der neue Artikel 11^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 legt fest, dass die Straftaten nach seinen Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} nicht als politische Straftaten, aufgrund derer Auslieferung oder Rechtshilfe unzulässig ist, zu werten sind. Ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, welches auf einer Straftat nach den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 beruht, darf folglich nicht allein mit der Begründung zurückgewiesen werden, dass es sich um eine politische Straftat handle. Entsprechende Regelungen enthalten auch schon das Europäische Übereinkommen vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (BGBl. 1978 II S. 321, 322) in den Artikeln 1 und 8 Absatz 1 und viele andere Übereinkommen zur Terrorismusbekämpfung. Der in den meisten mehr- und zweiseitigen Übereinkommen auf dem Gebiet der Auslieferung vorgesehene Verweigerungsgrund „politische Straftat“ kann zu einer rechtlichen und tatsächlichen Besserstellung von Tätern führen, die politische Motive für sich in Anspruch nehmen. Denn eine Strafverfolgung im Aufenthaltsstaat ist regelmäßig bereits dadurch erschwert, wenn nicht sogar unmöglich, dass die erforderlichen Beweismittel dort nicht verfügbar sind.

Die Regelung löst keinen Umsetzungsbedarf aus. Zwar ist eine Auslieferung bei politischen Straftaten nach § 6 IRG ausgeschlossen, doch findet diese Bestimmung gemäß § 1 Absatz 3 IRG keine Anwendung, wenn die völkerrechtliche Vereinbarung unmittelbar anwendbares innerstaatliches Recht geworden ist.

Der neue Artikel 11^{ter} des SUA-Übereinkommens 2005 beschränkt das Ermessen bei einer Bewilligungsentscheidung für Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernstliche Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen wegen in den Artikeln 3, 3^{bis}, 3^{ter} und 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 genannter Straftaten oder das Ersuchen um Rechtshilfe in Bezug auf solche Straftaten gestellt

worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft, ihrer politischen Anschauungen oder ihres Geschlechts zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde. Die Regelung entspricht damit § 6 Absatz 2 IRG und beispielsweise Artikel 3 Absatz 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371). Sie löst keinen Umsetzungsbedarf aus.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel des SUA-Änderungsprotokolls passt Artikel 12 Absatz 1 des Übereinkommens im Hinblick auf die neu hinzugekommenen Straftatbestände redaktionell an und fügt einen neuen Artikel 12^{bis} in das Übereinkommen ein. Der neue Artikel 12^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 betrifft die vorübergehende Überstellung in das Ausland. Der Inhalt entspricht im Wesentlichen der Regelung des § 62 IRG. Allerdings stellt § 62 Absatz 1 Nummer 3 IRG darauf ab, dass der Betroffene „während der Zeit seiner Überstellung“ nicht strafrechtlich verfolgt werden kann. Artikel 12^{bis} Absatz 3 des SUA-Übereinkommens 2005 schließt demgegenüber die strafrechtliche Verfolgung einer Person lediglich für „Handlungen oder Verurteilungen aus der Zeit vor ihrer Ausreise“ aus dem Hoheitsgebiet des überstellenden Staates aus. Rechtlicher Umsetzungsbedarf folgt daraus jedoch nicht. Die Tatsache, dass Artikel 12^{bis} Absatz 3 des SUA-Übereinkommens 2005 einen Schutz vor Strafverfolgung gewährleistet, schließt nicht aus, dass Deutschland bei einem auf diese Bestimmung gestützten Ersuchen gleichwohl die weitergehende Regelung des § 62 Absatz 1 Nummer 3 IRG zur Anwendung bringt und eine entsprechende Zusicherung des ersuchenden Staates verlangt. Auch an anderer Stelle geht § 62 IRG über die Vorgaben des SUA-Übereinkommens 2005 hinaus: Nach § 62 Absatz 1 Nummer 1 IRG ist erforderlich, dass die betroffene Person ihr Einverständnis „nach Belehrung zu Protokoll eines Richters“ abgibt. Dagegen setzt Artikel 12^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005 weder eine staatliche Belehrung noch eine Erklärung des Einverständnisses zum richterlichen Protokoll voraus. Gleichwohl wird auch im Fall eines Ersuchens nach Artikel 12^{bis} Absatz 3 des SUA-Übereinkommens 2005 die innerstaatliche Verfahrensbestimmung des § 62 Absatz 1 Nummer 1 IRG zu beachten sein.

Zu den Artikeln 12 bis 14

Im Hinblick auf die neu hinzugekommenen Straftatbestände werden durch die Artikel 12 bis 14 des SUA-Änderungsprotokolls die Artikel 13 bis 15 des Übereinkommens redaktionell angepasst.

Zu Artikel 15

Artikel 15 Absatz 1 legt fest, dass das Übereinkommen und das SUA-Änderungsprotokoll als eine einzige Übereinkunft angesehen und ausgelegt werden.

Artikel 15 Absatz 2 bezeichnet die durch das SUA-Änderungsprotokoll geänderten Artikel 1 bis 16 des Übereinkommens zusammen mit den Artikeln 17 bis 24 des SUA-Änderungsprotokolls und der Anlage als Übereinkommen von 2005 zur Bekämpfung widerrechtlicher

Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt, in der Kurzform SUA-Übereinkommen 2005.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel fügt einen neuen Artikel 16^{bis} in das Übereinkommen ein, der die Schlussklausel des SUA-Übereinkommens 2005 beinhaltet.

Zu den Artikel 17 bis 24

Wie das Übereinkommen enthalten auch diese Artikel des SUA-Änderungsprotokolls die üblichen Schlussklauseln.

Die in Artikel 19 des SUA-Änderungsprotokolls vorgesehene Möglichkeit zur Kündigung des Protokolls ist bei völkerrechtlichen Verträgen eine nach Artikel 56 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge (Wiener Vertragsrechtsübereinkommen) (BGBl. 1985 II S. 926, 927) mögliche Option. Mit der Einräumung einer Kündigungsmöglichkeit soll die Bereitschaft der Staaten zum Beitritt erhöht werden.

Dem gleichen Ziel dient auch Artikel 20 des SUA-Änderungsprotokolls, der das Quorum zur Einberufung einer Änderungskonferenz daher niedrig ansetzt.

Nach Artikel 22 des SUA-Änderungsprotokolls kann die Anlage zum SUA-Übereinkommen 2005 ergänzt werden. In dieser Anlage sind diejenigen Verträge aufgeführt, in denen Straftatbestände geregelt werden, auf die auch Artikel 3^{ter} SUA-Übereinkommen 2005 Bezug nimmt. Artikel 22 des SUA-Änderungsprotokolls sieht das hierfür erforderliche Verfahren vor.

Die detaillierte Aufzählung der Aufgaben des IMO-Generalsekretärs als Verwahrer des SUA-Änderungsprotokolls in Artikel 23 des SUA-Änderungsprotokolls ist an dem Aufgabenkatalog der Artikel 76 bis 80 des Wiener Vertragsrechtsübereinkommens orientiert.

II. Plattform-Änderungsprotokoll

Das Plattform-Änderungsprotokoll besteht aus einer Präambel und 13 Artikeln. Die Präambel verweist auf die Erwägungsgründe des SUA-Änderungsprotokolls.

Zu Artikel 1

Die Vorschrift enthält die erforderlichen Begriffsbestimmungen.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel des Plattform-Änderungsprotokolls ändert Artikel 1 Absatz 1 des Protokolls von 1988.

Damit wird die sinnngemäße Anwendbarkeit bestimmter Artikel des SUA-Übereinkommens 2005 auf die in den geänderten beziehungsweise neuen Artikeln 2, 2^{bis} und 2^{ter} des SUA-Protokolls über feste Plattformen 2005 genannten Straftaten begründet, wenn diese Straftaten auf festen Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, oder gegen solche festen Plattformen begangen werden. Der Verweis bezieht unter anderem Definitionen (Artikel 1 des SUA-Übereinkommens 2005), den Vorbehalt des Völkerrechts und den Ausschluss der Streitkräfte (Artikel 2^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005), die Verantwortlichkeit juristischer Personen (Artikel 5^{bis} des SUA-Übereinkommens 2005), Untersuchungspflicht und konsularischen

Schutz (Artikel 7 des SUA-Übereinkommens 2005) sowie Rechtshilfe- und Auslieferungsbestimmungen (Artikel 10 bis 16 des SUA-Übereinkommens 2005) ein.

Zu den Artikeln 3 bis 5

Diese Artikel erweitern die Straftatbestände in Artikel 2 des Protokolls von 1988 um die Straftatbestände des Einsatzes bestimmter Stoffe und Mittel gegen Plattformen (insbesondere Kriegswaffen) in Anpassung an die entsprechenden erweiterten Straftatbestände für Schiffe im SUA-Übereinkommen 2005.

Artikel 3 des Plattform-Änderungsprotokolls betrifft nur redaktionelle Änderungen des Artikels 2 des Protokolls von 1988.

Artikel 4 des Plattform-Änderungsprotokolls fügt die Artikel 2^{bis} und 2^{ter} ein. Der neue Artikel 2^{bis} ist – neben dem bisherigen Artikel 2 des Protokolls von 1988 – dessen strafrechtliche Kernvorschrift und übernimmt sinngemäß die in Artikel 3^{bis} Buchstabe a Ziffer i, ii und iv des SUA-Übereinkommens 2005 aufgeführten Handlungen, wenn sie gegen eine feste Plattform gerichtet sind oder von einer solchen Plattform aus begangen

werden. Artikel 2^{ter} des SUA-Protokolls über feste Plattformen 2005 entspricht dem neuen Artikel 3^{quater} des SUA-Übereinkommens 2005 und bestraft unter anderem Versuch und Beteiligung an den Straftaten des Protokolls.

Das deutsche Recht entspricht den Vorgaben der Artikel 2^{bis} und 2^{ter} des SUA-Protokolls über feste Plattformen 2005 ebenso wie denen des SUA-Übereinkommens 2005, sodass kein Umsetzungsbedarf besteht.

Artikel 5 des Plattform-Änderungsprotokolls betrifft redaktionelle Folgeänderungen in Artikel 3 des Protokolls von 1988 in Bezug auf das Strafanwendungsrecht (Gerichtbarkeit) für die neu hinzugekommenen Strafvorschriften. Ein Umsetzungsbedarf ergibt sich hieraus nicht. Artikel 3 Absatz 4 des Protokolls von 1988 wird wegen der neu hinzugekommenen Strafvorschriften entsprechend Artikel 6 Absatz 4 des Übereinkommens geändert.

Zu den Artikeln 6 bis 13

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlussklauseln; es wird auf die Bemerkungen zu den Artikeln 15 bis 24 des SUA-Änderungsprotokolls verwiesen.